BULLETIN

SCHRIFTENREIHE DES ZENTRUM DEMOKRATISCHE KULTUR

1·1999

Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen

Zentrum Demokratische Kultur
Rechtsextremismus·Jugendgewalt·Neue Medien

Bulletin
1/99

Keine Akzeptanz von Intoleranz.
Grenzen der akzeptierenden
Jugendsozialarbeit mit
rechtsextremen Jugendlichen

Zentrum Demokratische Kultur
Rechtsextremismus · Jugendgewalt · Neue Medien

Inhalt

Einleitung 3
Sylke Kirschnick

Die reine Lehre ist die reine Leere -
Zur Kritik der akzeptierenden Sozialarbeit
Anetta Kahane 5

Rede des Präsidenten des deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse, anläßlich der Pressekonferenz der Amadeu Antonio Stiftung am 28.10.1999 7

Ist die akzeptierende Jugendarbeit gescheitert?
Jugendarbeit im Umgang mit Rechtsextremismus und Gewalt
Prof. Dr. Franz Josef Krafeld 9

Offener Brief an Prof. Dr. Franz Josef Krafeld zur Presseerklärung »Ist die akzeptierende Jugendarbeit gescheitert?«
Ilona Weber 11

Vaterfigur und Brücke in die Gesellschaft
Bernd Wagner 12

Chancen und Grenzen des »akzeptierenden Ansatzes« in der Jugendarbeit
Ilona Weber 13

Rechtsextreme Hegemoniebestrebungen in der Jugendszene Leipzig-Grünaus
Bernd Wagner, Ilona Weber, Sylke Kirschnick 19

Soziale Arbeit in rechten Szenen
Gero Hoffmann 34

Akzeptierende Sozialarbeit und Erwachsenenbildung
Lorenz Korgel 36

Soziokulturelle Animation und Projektmethode als Grundlagen einer demokratischen Jugendarbeit im Landkreis Muldental
Friedemann Bringt 39

»Wir begleiten Kinder und Jugendliche auf dem Weg zu selbständigen Persönlichkeiten.«
Ein Gespräch mit Margitta-Sybille Fahr (Ethnologin, Vorstand), Elke Reetz (Ingenieurin, Geschäftsführerin), Ralf Müller (Soziologe, Projektleiter Schulstation und Tagesgruppe schuldistanzierte Schülerinnen) von der GFAJ e.V. Berlin
Sabine Kritter 46

Rezensionen
Ethnische Säuberungen/Ethnical Displacements
Sabine Kritter 50

Zivilcourage gegen Rassismus?
Sabine Kritter 50

Literaturempfehlungen 52

Service 53

Redaktion: Sylke Kirschnick
Satz: LVD GmbH, Berlin
Druck: Ratzlow Druck

© Zentrum Demokratische Kultur, 1999

Wir bedanken uns für die freundliche Unterstützung bei der Europäischen Union und der Amadeu-Antonio-Stiftung.

Zentrum Demokratische Kultur
RechtsextFemismus - Jugendgewalt • **Neue** Medien

Chausseestraße 29
10115 Berlin

Telefon +49 (030) 282 96 27 und 28 39 45 32
Telefax +49 (030) 238 43 03
E-mail: BBB@IPN-B.comlink.apc.org
RA A-Berlin @ t-online.de

Einleitung

Rechtsextreme Jugendkulturen wurden und werden nicht ausschließlich durch den parteipolitischen Rechtsextremismus (vgl. Bulletin 3/1998: Rechtsextremismus heute) begleitet, gefördert und instruiert. Neben einer bereits in der alten Bundesrepublik etablierten rechtsextremen Kulturlandschaft aus Vereinen, Verlagen, Zeitschriften, Institutionen und modernen Netzwerken, die sich auch der Neuen Medien bedienen, werden sie durch die Ausbreitung völkischer Elemente in den öffentlichen Diskursen seit Anfang der 90er Jahre konzertiert. Dies betrifft nicht nur die verheerenden Signalwirkungen der Asyldebatte, der Äußerungen prominenter Politiker zu Fragen von Einwanderung und dem Status von Migranten, die Rede Martin Walsers und derjenigen, die sie beklatschten und später verteidigten, die spektakuläre Unterschriftenaktion der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft oder die zunehmende Salonfähigkeit offen geäußerter antisemitischer Stereotypen. Nach den weder ethisch noch sozial und politisch zu rechtfertigenden pogromartigen Ausschreitungen gegen Migranten in Ostdeutschland Anfang der 90er Jahre, buchstabierten sich völkische Stimmungen in der offiziellen Weigerung zahlreicher ostdeutscher Kommunen aus, Migranten überhaupt aufzunehmen, geschweige denn zu integrieren oder vor rechtsextremen Übergriffen zu schützen. Für diese Praxis steht die Kommune Gollwitz lediglich als Synonym. Die Ethnisierung sozialer Problemlagen hat sich im politischen Handlungsprogramm auf kommunaler Ebene in folgender Weise durchgesetzt:

politische Entscheidungen kommunaler Parlamente (z.B. 1997 Gemeinderatsbeschluß gegen die Aufnahme jüdischer Migranten in Gollwitz/Brandenburg: Gemeinderatsbeschluß gegen ein Asylbewerberheim in Wülknitz/Sachsen);
Gründung von Bürgerinitiativen und Durchführung von Unterschriftenkampagnen gegen den Zuzug »nicht-deutschstämmiger« Migranten (z. B. 1997 in Gehlberg/Thüringen; Hermannswerder/Brandenburg; 1999 in Neubrück und Görlsdorf/Brandenburg - eine geplante Lichterkette gegen den Zuzug von Asylbewerbern wurde in letzter Minute durch die Intervention eines Staatsekretärs verhindert)

Bezeichnend hierfür ist der Zusammenhang, der zwischen der Anwesenheit ethnischer Minderheiten und ökonomischen Unwägbarkeiten, sozialen Spannungen und der Frage der Inneren Sicherheit auf kommunaler Ebene konstruiert wird. Ethnische Minderheiten werden von Jugendlichen wie Erwachsenen gleichermaßen als:

- Kostenfaktor
- Kriminalitätsfaktor
- Bedrohung des Wirtschaftsstandorts (z. B. Gehlberg/Thüringen: Tourismus)
- Verursacher sozialer Konflikte
- potentielle Opfer und damit »Verursacher« rechtsextremer Übergriffe etc.

wahrgenommen. Komplementär zu diesen Zuschreibungen wird ein polarisierendes Modell kollektiver deutscher Identität konstruiert. Angeblich spezifisch deutsche Werte und Tugenden wie Ruhe, Ordnung, Sicherheit, Sauberkeit, Fleiß u. a. werden verabsolutiert und zur Essenz deutscher Kultur erklärt. Daraus wird dann entweder die Höherwertigkeit deutscher Kultur gegenüber anderen Kulturen abgeleitet oder aber die Geltung dieser Normen als für alle auf dem Territorium der Bundesrepublik lebenden Menschen verbindlich erklärt. Vertretern ethnischer wie kultureller Minderheiten wird nicht nur die Fähigkeit abgesprochen, Träger solcher Werte und Tugenden zu sein, sie figurieren gemeinsam mit denjenigen Deutschen, für die nicht diese, sondern andere Werte und Tugenden im Alltag zentral sind, als sozialer Risikofaktor und als Bedrohung der deutschen Kultur.
Bereits der Umstand, daß die Auffassung von der natürlichen Ungleichwertigkeit der Menschen, dem Kemelement rechtsextremer Ideologie, und der Unumstößlichkeit angeblich spezifisch deutscher Werte und Tugenden von vielen Erwachsenen in den neuen Ländern mit rechtsextremen Jugendlichen geteilt wird, stellt die Übernahme des akzeptierenden Ansatzes der Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen in Frage.

»Wenn ich mir die ganzen Ausländer, die bei uns auf dem Marktplatz rumlungerten, ansah, konnte ich meine Jugendlichen ehrlich gesagt, verstehen.«, sagte die ehemalige Mitarbeiterin eines Projekts in einer sachsen-anhaltinischen Kleinstadt, das Anfang der 90er Jahre mit rechtsextremen Jugendlichen arbeitete, rückblickend im Februar 1999. Heute, nach Auslaufen des Modellprojekts, ist sie in der städtischen Jugendpflege beschäftigt. Ähnlich äußerte sich über die Hälfte der 40, durchweg in der Jugendsozialarbeit tätigen Teilnehmer auf einer von der Friedrich Ebert Stiftung organisierten Fortbildungsveranstaltung zum Thema Rechtsextremismus und Jugendarbeit in Ostdeutschland. Keiner von ihnen hatte bei Aufnahme der Tätigkeit in der Jugendarbeit eine sozialpädagogische Ausbildung, nur wenige überhaupt pädagogische Erfahrungen als Lehrer in der DDR.

Mag das Defizit im Hinblick auf die sozialpädagogische Qualifikation noch in der Natur der Sache gelegen haben, da es eine an der bundesdeutschen Sozialarbeit gemessene Jugendarbeit in der ehemaligen DDR nicht gegeben hat. Von politischer Distanz zum Klientel, Kenntnis des bundesdeutschen Grundgesetzes oder gar Wertesicherheit bezüglich demokratischer Grundstandards (wie z.B. Minderheitenschutz) konnte bei den Erwachsenen, die Anfang der 90er Jahre in den neuen Bundesländern mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen zu arbeiten begannen, keine Rede sein. Mit anderen Worten: bereits die Standards, die der Ansatz der akzeptierenden Jugendsozialarbeit nach Krafeld selbst aufstellt, wurden bei seiner Übertragung auf die neuen Bundesländer systematisch unterlaufen.

Auf der erwähnten Veranstaltung bestritten diejenigen, die noch immer mit rechtsextremen Jugendlichen arbeiteten, Probleme zu haben: »ihre Jungs« seien fleißig (hatten den Club selbständig ausgebaut und renoviert), ordentlich (achten peinlich auf Reinlichkeit in den Räumen), seien sauber gekleidet, hilfsbereit, ließen ihre Hunde draußen (im Gegensatz zu den »Bunten«, den »schmuddeligen Chaoten«, die einmal aufgekreuzt seien und ihre »schmutzigen Köter«

mit in den Club hineingebracht hatten; da gab's dann »verständlicherweise« auch »Krach«) und übten keine Gewalt aus, sondern würden nach Feierabend friedfertig ihr Bier trinken und allenfalls ein bißchen über Ausländer herziehen. Die Wahl der Musik, die sie dabei hören, sei allein Angelegenheit der Jugendlichen; die Sticker und Aufnäher, die sie tragen, die Fanzines und Zeitschriften, die sie austauschen, ebenso. Daß sie sich offen und aggressiv gegen Migranten, Juden, Schwule, Bunte und »Linke« äußern, könne man schließlich nachvollziehen und sei noch lange kein Grund, Anstoß zu nehmen.
Hier tut sich eine Schere auf zwischen den Voraussetzungen, die der Krafeldsche Ansatz macht, und den tatsächlichen Voraussetzungen in den neuen Bundesländern: Denn es handelt sich bei der rechtsextremen Jugendszene in den ostdeutschen Kommunen nicht um einige marginalisierte Jugendliche, die sich in politischer und soziokultureller Opposition zu ihrem erwachsenen Umfeld befinden, sondern um eine die Jugendkulturlandschaft insgesamt zunehmend dominierende Monokultur, deren über Musik, Symbole und Mythen transportierte zentrale Werte, Tugenden und Denktraditionen (soziokulturelle Stereotypen, Hypergeneralisierung, Exclusion etc.) in der Welt vieler Erwachsenen nicht nur anschlußfähig, sondern geradezu konsensbildend sind.

Die vorliegende Ausgabe des Bulletins beschäftigt sich deshalb mit der Kritik an der akzeptierenden Sozialarbeit als methodischem Ansatz in der Arbeit mit rechtsextremen bzw. rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Ostdeutschland. Dabei geht es nicht nur darum, die Schwierigkeiten klar zu benennen, die der Ansatz in sich birgt und zu denen seine jahrelange Anwendung in den neuen Bundesländern geführt hat. Wichtig ist ebenso die klare Aufstellung von Regeln und Kriterien, die in der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen vonnöten sind, um zu verhindern, daß sich das Arbeits-Verhältnis umkehrt: die rechtsextrem orientierten Jugendlichen mit dem Sozialpädagogen »arbeiten« und die meist staatlich subventionierte Infrastruktur (Räumlichkeiten. Veranstaltungen. Internet etc.) zur noch festeren Verankerung der rechtsextremen Szene in der Alltagskultur funktionalisiert.

Die reine Lehre ist die reine Leere – zur Kritik der akzeptierenden Sozialarbeit

Anetta Kahane

Anfang der 90er Jahre entstand in Ostdeutschland angesichts der brennenden Asylbewerberheime und der Gewalt von Rechtsextremisten bei Politik und Verwaltungen ein gewisser Druck, etwas zu unternehmen. Da die meisten der Täter Jugendliche zu sein schienen, lag es in der Zuständigkeit des Jugendministeriums, zu handeln. Das Jugendministerium schaute nach seinen Instrumenten für solche Fälle und legte ein Sonderprogramm auf, das sich gegen Aggression und Gewalt richten sollte. Die Zielgruppe sollten gewaltbereite Jugendliche sein, die Methode akzeptierende Jugendarbeit. Es wurden Experten befragt. Darunter waren auch einige, die meinten, dass dieser Ansatz in keiner Dimension dem Problem gerecht werden könnte. Wie das Problem ostdeutscher Jugendlicher und des anwachsenden Rassismus in der Gesellschaft genau aussieht, aus welchen Elementen es besteht und was seine Symptome sind, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausreichend öffentlich diskutiert worden.

Obwohl bereits detaillierte Beschreibungen und auch quantitative Erhebungen dazu Vorlagen, hoffte man immer noch, es könnte sich um ein vorübergehendes Phänomen handeln, das im besonderen die Jugend in der Wendekrise betrifft. Wären die frühen Warnungen ernst genommen worden, hätte sich schnell herausgestellt, dass die Instrumente der offenen und akzeptierenden Jugendarbeit inadäquat sind, wenn man auf ein zentrales Problem der Gesellschaft im wiedervereinigten Deutschland reagieren will. Der zunehmende Rechtsextremismus und die soziale Bewegung gegen Ausländer - und um nichts anderes handelt es sich in Wahrheit bei diesem Phänomen - sind bis in die späten 90er Jahre hinein in ihrer politischen und kulturellen Bedeutung für Deutschland verleugnet oder unterschätzt worden. Ganz so, als lebte man in einem geschichtsfreien Raum, begann der Apparat zunächst von den zur Verfügung stehenden Methoden her, die Lage in Ostdeutschland zu analysieren. Die reine Lehre der akzeptierenden Jugendsozialarbeit wurde zum Kriterium der Bewertung der Situation in Ostdeutschland.

Diese reine Lehre basiert auf einer Theorie, deren wichtigstes Wort »Zielgruppe« heißt. Auf sie richtet sich die Aufmerksamkeit des Sozialarbeiters. Wenn Jugendliche auffällig werden, beispielsweise durch Gewalttätigkeit, werden sie zur Zielgruppe. Der einzelne Jugendliche oder die Jugendclique wird so zu einem Fall, hinter dem man individuelle Problemlagen vermutet. Es soll nun die Aufgabe des Sozialarbeiters sein, diese Jugendlichen zunächst mit ihren Problemen zu akzeptieren. Dann soll er mit ihnen arbeiten und sie Schritt für Schritt in den Schoß der Gesellschaft zurückführen, in der sie mit ihren Auffälligkeiten an den Rand gedrängt wurden. Das Bild des Sozialarbeiters erscheint dabei stark idealisiert. Er soll in sich die Welt von Normen und Werten verkörpern, die richtig und gut sind und ganz im Geist der Demokratie stehen. Als Partner, als Vertrauter, ja als Überjugendlicher geht er auf die Zielgruppe zu und wirkt auf sie durch sein positives Beispiel ein. Er soll es schaffen, ohne dabei die wichtige Peergruppe zu zerstören, den Jugendlichen zu helfen, mitsamt ihres kritischen Potentials ihren Weg in die Gesellschaft zu finden. Diese Gesellschaft in ihrer Heterogenität wird als Ort angesehen, der demokratisch organisiert ist und nach entsprechenden Regeln lebt.

Nun war die offene und akzeptierende Jugendarbeit auch im Westen längst in der Krise, als die Wiedervereinigung kam. Doch immerhin konnte man sagen, dass ein westdeutscher Sozialpädagoge die Normen und Werte seiner Gesellschaft mehr oder weniger kritisch zu durchleuchten gelernt hatte. Er hat in der Regel eine professionelle Ausbildung, ist einigermaßen konfliktfähig und weiß, wie er zivilgesellschaftliche und institutionelle Instrumente nutzen kann. Dennoch war die heile Umgebung, in die er die Jugendlichen führen kann, schon im Westen häufig eine Illusion. Ob sein Umfeld in Verwaltung und Zivilgesellschaft wirklich größere Probleme mitzutragen in der Lage war, blieb auch hier fraglich und erforderte immer die Probe aufs Exempel.

Ostdeutschland aber hat eine Geschichte, die nicht zu Unrecht als verschieden von der der Bundesrepublik gesehen werden muß. Hier finden sich alle Symptome einer Transformationsgesellschaft mit großen sozialen Problemen, stark nationalistischen Ausgangsbedingungen, schwachen zivilgesellschaftlichen Strukturen und einem enormen Mangel an Konflikt- und Organisationsfähigkeit. Rechtsextremismus ist nach der Logik dieses Vorgehens also, wenn er überhaupt als Phänomen wahrgenommen und anerkannt wird, ein Jugendproblem und somit eine durch Sozialarbeit mit Zielgruppen kurierbare Krankheit. Der Sozialarbeiter hat sein Klientel aufzusuchen, zu akzeptieren, sein Defizit an Zuwendung und Anerkennung auszugleichen, ihm auch auf die Finger zu klopfen und mit dem eigenen Beispiel zu zeigen, wo es langgeht. Wohin aber soll der ostdeutsche Sozialarbeiter seine Jugendlichen führen?

Die alte Bundesrepublik verlängerte nach der Übernahme der DDR die Koordinaten der demokratischen Systeme auf den Osten ohne dabei gleichzeitig ausreichend und nachdrücklich ihre Funktionen zu vermitteln. So erscheinen sie vollkommen leer und nur als unvollkommener Ausdruck ihrer selbst. Was sie bedeutet haben mögen, welchen Sinn sie hatten, wofür und wogegen sie eingesetzt wurden, bleibt bis heute häufig unklar. Politische Skandale und Affären vertiefen die Skepsis gegen die demokratischen Systeme. Ein Bündel von Faktoren hat dazu geführt, dass völkische Stimmungen sich im Durchschnitt der Gesellschaft und aus ihrer Mitte heraus verfestigen konnten. Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen sind zum mainstream geworden und in vielen Regionen konnte sich durch das Zurückweichen oder die Gleichgültigkeit der staatlichen Institutionen ein Klima entwickeln, in dem es normal geworden ist, dass Ausländer, Alternative oder andere Minderheiten Angst vor rechten Übergriffen haben müssen.

Es gibt keine heile Umgebung, in die Sozialarbeit die Jugendlichen zurückführen kann. Es gibt keine Vielfalt, auch nicht bei den Jugendeinrichtungen. Es gibt keine demokratischen Normen und Werte, die Sozialarbeiter zutiefst verkörpern könnten. Das Nichts und die Leere, auf der solches Vorgehen beruht, werden sofort augenscheinlich, wenn man sich den Alltag in ostdeutschen Jugendeinrichtungen genauer betrachtet. In vielen Fällen ist Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen zu einer Art Entertainment verkommen oder zur Verwaltung der Langeweile. Inwieweit sich diese Konstellation dann politisch rechtsextrem auflädt, wird von den erwachsenen Betreuern oft nicht gesehen. Dass sie es aber tut, steht außer Frage. Unter den Augen der Sozialarbeit wird antihumane Gesinnung verbreitet, proben Nazibands, treffen sich informelle rechtsextreme Gruppen, finden Rekrutierungen für die einschlägigen Organisationen statt.

Vor diesem Hintergrund wirkt die reine Lehre der akzeptierenden Jugendarbeit als reine Leere. Unter der Führung eines Sozialarbeiters allein kann in den Kommunen keine lebendige Demokratie erzeugt werden. Da die anfängliche Analyse das Demokratieproblem auf eine Zuständigkeitsfrage der Jugendeinrichtungen reduziert hatte, heißt es sehr häufig, dass der Kern von Gestaltung kommunaler Kultur in der Jugendarbeit kulminieren soll. Dies ist eine Überforderung der Sozialarbeit und reduziert das Bild eines demokratischen Alltags auf eine verschwommene Fata Morgana. Wenn in der ostdeutschen Realität Grundrechte und -Standards wie Minderheitenschutz übersehen werden können, dann fehlt die entscheidende Grundlage von Demokratie und es entsteht ein Bild von Ordnung, das Ausgrenzung grundsätzlich hinzunehmen bereit ist.

Ganz unabhängig von der persönlichen Fähigkeit des einzelnen Sozialarbeiters muß die Frage gestellt werden, ob es überhaupt eine Art von Person gibt, die die Erwartungen und Hoffnungen der reinen Lehre unter diesen Bedingungen erfüllen kann. Natürlich findet man Sozialpädagogen, die in ungewöhnlicher Weise das repräsentieren, was in den Umfeldern überhaupt noch möglich ist, und sie versuchen dies als starkes Mittel für Bindung der Jugendlichen einzusetzen: ihre eigene Würde. Sie selbst, wie der Fall eines Soziologen zeigt, der lange mit rechten Jugendlichen sozialpädagogisch gearbeitet hat, stehen für klare Werte und Grenzen, fördern Initiative, regen durch kluge Programme zum Nachdenken an und beherrschen die Sprache der Jugendkulturen. Sie setzen ihre ganze Kraft ein und dennoch steht am Ende oft ein Übergriff auf ihre Person oder die eines Freundes, Familienmitglieds oder Kollegen. So kann auf Dauer die Würde nicht geschützt werden und die Betroffenen geben auf.

Finden sich mehrere solcher engagierter Sozialarbeiter, entsteht mitunter eine Interessengruppe, die sich um Unterstützung und Fortbildung bemüht. Manchmal gibt es partielle Erfolge, wenn sich eine Unterstützungsagentur mit klaren, normativen Werten und Beratungskompetenz zur Verfügung stellt. Doch auch ihre Grenzen sind bald erreicht, wenn nicht Vertreter der Kommunalpolitik die Probleme aufgreifen und sie in ein größeres Konzept der Jugendarbeit einbringen. Dafür ist es unbedingt erforderlich, dass nicht nur dem rechten mainstream Beachtung geschenkt wird, sondern auch solche Gruppen Jugendlicher Unterstützung bekommen, die sich gegen die antihumanen und rassistischen Einstellungen in ihrer Umgebung wehren und Alternativen bieten. Natürlich kommen bald auch die anderen Orte in den Blick, an denen Jugendliche anzutreffen sind, wie Schulen oder Ausbildungszentren. Meist reicht auch dies noch nicht und Kommune und zivile Öffentlichkeit müssen den langen Weg gehen, in allen Bereichen über Demokratisierung nachdenken und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Das heißt, letztlich muß dem ursprünglichen soviel hinzugefügt werden, dass ein ganz anderes, systemisches Bild entsteht.

Dafür gibt es einen englischen Namen: community education. Dabei ist vor allem für die ostdeutschen Verhältnisse gemeint, dass education als Bildung oder Erziehung der Kommune und nicht durch die Kommune verstanden werden muß. Nicht das kommunale Klima, das häufig geprägt ist von einem völkischen Grundton. soll bestimmen, wie in Jugendarbeit und Schule die Standards aussehen. Diejenigen, die das Problembewußtsein über die Gefahren des Rechtsextremismus haben, sich um Lösungen bemühen und auf Grundrechte von Minderheiten bestehen, sind die zivilgesellschaftlichen Akteure und tragen die demokratischen Standards in die Kommunen und ihre Strukturen hinein. Das heißt, dass zivilgesellschaftliche Bemühungen und community education nicht weit voneinander entfernt sind - sie gehen aus von Personen und Initiativen, die eine demokratische Kultur wollen, in der Minderheiten geschützt und respektiert werden. In deren kulturellen Vorstellung sind Grundwerte und -rechte als Ziel bestimmt,' die auf Gleichwertigkeit und Vielfalt beruhen. Um diesen zentrale Kriterien kommt eine Gesellschaft mit dem Anspruch darauf, demokratisch genannt zu werden, nicht herum.

Was das bedeutet, ist klar: Partner suchen, Verbündete finden, den Konfliktfall nicht scheuen. Das ist ein langer, sehr mühsamer Weg und für diejenigen, die ihn gehen, nicht ohne großen persönlichen Einsatz zu leisten, oft auch nicht ohne Stigmatisierungen und Ausgrenzungen im eigenen Umfeld. Mitunter reichen die Möglichkeiten nicht, einen gangbaren Weg langsam und stetig von der Praxis her zu entwickeln. Dann können Impulse auch von der Seite oder von oben genutzt werden, es können die externe Öffentlichkeit oder Verbündete von außerhalb mobilisiert werden. Bei den Bemühungen um klare, demokratische Standards und einen öffentlichen Diskurs darüber in sehr abwehrenden Umfeldern ist das Konfliktmodell, zumindest in einigen Phasen, meist unumgänglich.

Diese Modelle gehen, um es hier deutlich zu sagen, oft von sehr engagierten und professionellen Sozialarbeitern aus. Und, auch dies sei betont, nicht sie sind Schuld am Scheitern des akzeptierenden Ansatzes der Jugendarbeit in der reinen Form. Es ist nicht möglich, ein so komplexes Feld der Sozialarbeit allein zu überlassen, das wäre ungerecht gegenüber den vielen die versuchen, ihr möglichstes zu tun. Die Verantwortung für das Thema Bekämpfung von

Rechtsextremismus liegt weder allein bei der Politik noch allein bei der Zivilgesellschaft. Sie kann und muß in ihren einzelnen Elementen betrachtet werden und als gemeinsame Aufgabe anerkannt werden. Gegen den Sog der stärksten Tradition in Deutschland ist die Alternative zur Sozialarbeit der reinen Lehre nicht, keine Sozialarbeit zu machen. Nur ist der Abschied von der Illusion nötig, man könnte Rechtsextremismus als einem Randgruppen- oder gar Unterschichtsphänomen durch sozialpädagische Domestikation beikommen. Die Alternative ist, die Realitäten anzuerkennen und den Begriff demokratische Kultur mit wirklichem Leben zu füllen.

Rede des Bundestagspräsidenten, Wolfgang Thierse, anläßlich der Pressekonferenz der Amadeu-Antonio-Stiftung am 28.10.1999 in Berlin

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Frau Kahane,

Ich freue mich, dass ich hier dabei sein kann, wenn die neuen Räume der Amadeu-Antonio-Stiftung offiziell eröffnet werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung, der »Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule« und des »Zentrums Demokratische Kultur« liegen hier unter einem Dach zusammen, und das ist gut so, denn die arbeiten vernünftigerweise zusammen.
Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio, war ein Angolaner, der vor neun Jahren in Eberswalde zu Tode geprügelt worden ist. Er war, wenn man so will, eines der ersten ausländischen Opfer der Vereinigung. Der Namensgeber erinnert uns daran, wie stark, wie gefährlich Rechtsextremismus und rassistische Gewalt in Deutschland und gerade auch in Ostdeutschland sind, und dass die Täter sehr jung sind. Schüler, Azubis, Arbeitslose. Und wir, diese Gesellschaft, sind jedes Mal zu recht schockiert und aufgeregt. Doch scheint das Thema dem Mechanismus einer medialen Konjunktur unterworfen zu sein, die es uns allzu schnell ermöglicht, sich wieder vom Problem abzuwenden. Wenn nun wieder etwas passiert, regen wir uns wieder auf und dann interessiert uns das Thema wieder nicht. Das ist ein Zustand, der nicht anhalten darf. Denn das sagen alle Untersuchungen, und wer aufmerksam die sogenannte Szene und unsere Gesellschaft beobachtet, der merkt ja, dass rechtsextreme, ausländerfeindliche und antisemitische Gewalttaten nur die Spitze von Eisbergen sind. Heftige, erschütternde Warnzeichen für die Ausbreitung und Wirksamkeit rechtsextremer Einstellungen, von Vorurteilen und Haß gegen alles, was fremd ist und gegen jeden, der fremd erscheint.
Aber wir müssen immer wieder neu fragen: Was genau geht in den Köpfen der Jugendlichen vor, die Ausländer, Obdachlose, Homosexuelle oder vermeintlich oder tatsächlich linke Jugendliche anpöbeln, verfolgen und zu Tode prügeln? Wer sich dem latenten Extremismus der Rechten nicht widmet, wird den manifesten und gewalttätigen Extremismus nicht in die Schranken weisen können. Und darum muss es uns gehen. Es gibt inzwischen zahlreiche Untersuchungen über dieses Phänomen. Ich will hier nur resümieren.
Da ist die Rede von dem Zusammenhang einerseits zwischen dem, was wir mit dem Schlagwort Globalisierung meinen, also von den komplexer werdenden gesellschaftlichen Verhältnissen, der Komplexität von Problemen, der Anonymität auch von Entwicklungen und politischen Entscheidungen und als Reaktion darauf der Versuch gerader junger Menschen, Nähe zu praktizieren, sich auf den Nahraum zu konzentrieren und Identität, die gefährdete Identität, durch Ausgrenzung des vermeintlich Fremden zu definieren: Das Eigene, das Originäre durch Ausgrenzung, durch Abgrenzung, durch Ablehnung zu bestimmen. Die Folgen davon sind pathologisch.
Ein weiterer Erklärungsansatz beschreibt die Sorge um die materielle Sicherheit, beschreibt Arbeitslosigkeit, beschreibt dramatische soziale Probleme, beschreibt gerade im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit auch das Phänomen der Konkurrenz um Arbeitsplätze, so dass der andere, der Ausländer, der Fremde als ein Konkurrent erscheint um den eigenen bedrohten Arbeitsplatz, den man in den meisten Fällen ja hat, aber die Angst um ihn führt zu einer solchen Konkurrenz. Das ist der Mechanismus des Sündenbocks. Das ist purer Wohlstandschauvinismus, denn wir leben trotz der sozialen Unsicherheit und der großen ökonomischen und sozialen Probleme in einer sehr reichen Gesellschaft. Und wenn man das auf Ostdeutschland anwendet, müsste man natürlich auch die Radikalität der Umwälzung beschreiben, die bei vielen Familien, bei Älteren, Unsicherheit erzeugt hat, die sich überträgt auf Jüngere, so dass vor diesem Hintergrund - jedenfalls in einer ganzen Reihe von Punkten - erklärbar ist, warum das Phänomen des Rechtsextremismus und der Gewalt in Ostdeutschland deutlich sichtbarer, fassbarer, vielleicht auch quantitativ größer ist.
Jedenfalls ist ja zu sehen, und auch das ist beschrieben, dass gerade im Bereich der Jugend Rechtsextreme und Rassisten zu kombinieren beginnen, und im Nazi-Jargon ist von den »national befreiten Zonen« die Rede. Das ist ja wohl nicht nur eine journalistische Übertreibung, nicht nur ein Schlagwort, sondern es beschreibt in Ostdeutschland schon eine bedrohliche, gefährliche, beunruhigende Realität. Und zu diesem Bedrohlichen und Beunruhigenden gehört, dass Eltern, Lehrer, Sozialarbeiter, Politiker häufig noch zusehen in einer Mischung von Ratlosigkeit, heimlicher Zustimmung, ich weiß nicht, was noch. Und deswegen sage ich, die konjunkturelle Beschäftigung mit dem Phänomen reicht nicht mehr, denn ich glaube, man kann ohne Übertreibung sagen, der Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit, Schwierigkeiten im Umgang mit dem Fremden, dramatische Schwierigkeiten mit einer hochkomplexen Gesellschaft fertig zu werden, das sind nicht Randphänomene, sondern sie sitzen in der Mitte dieser

Gesellschaft. Das ist für mich das eigentlich Beunruhigende. Ich will wenigstens ein paar Schlussfolgerungen nennen aus dem, was ich jetzt hier nur in wenigen Stichworten genannt habe. Die ausführlichen Untersuchungen werden die meisten von Ihnen kennen.

Erste Schlussfolgerung: Alle Bürgerinnen und Bürger, alle Politikerinnen und Politiker sind in der Verantwortung, in Zusammenarbeit mit Pädagogen, Sozialwissenschaftlern, Sozialarbeitern zu widerstehen. Es ist nicht nur, es darf nicht nur Sache von einigen wenigen Spezialisten oder Beauftragten für dieses Problem sein. In vielen Städten und Kommunen wird dem Rechtsextremismus eben nicht offensiv genug entgegengetreten. Häufig wird aus Furcht vor dem zweifelhaften Ruf, eine rechtsextreme Hochburg zu sein, abgewiegelt, abgeriegelt bis hin zum Totschweigen. Das ist, wie ich finde, eine Art von Feigheit, die eher rechtsextreme Jugendliche dazu verführt, sich noch stärker zu fühlen, als sie tatsächlich sind, was wiederum dazu führt, dass sie wirklich stärker werden als sie vorher waren. In einem langen Gespräch über diese Probleme hat eine Sozialarbeiterin aus Leipzig erzählt, dass dort in einem Stadtteil die Jugendclubszene von den Rechten beherrscht werde bis dahin, dass einer der Sozialarbeiter aktives Mitglied einer der rechtsextremen Parteien sei. Das ist eine beunruhigende Entwicklung. Man hat lange zugesehen und nicht gemeint, man müsse aktiv etwas dazu tun.

Zweitens: In vielen Städten und Gemeinden wird Jugendarbeit schlichtweg vernachlässigt, und das droht noch schlimmer zu werden angesichts der finanziellen Probleme, die dieser Staat auf allen seinen Ebenen in Bund, Ländern und Gemeinden hat. In Ostdeutschland fehlen zudem die Strukturen für eine umfassende und kreative Jugendhilfearbeit, für die auch in Westdeutschland immer öfter das Geld fehlt. Zudem hat die, ein besonderes Problem, bedenkenlose, nicht problematisierte Übertragung beispielsweise der akzeptierenden Jugendarbeit, ein westdeutsches Konzept, in Ostdeutschland teilweise fatale Folgen gehabt. Die rechtsextreme Szene wurde eher gestärkt. Aus Verständnis für die persönliche und familiäre Situation rechtsextremer Jugendlicher ist häufig Verbrüderung geworden. Das ist immer eine Gratwanderung, eine gefährliche.

Drittens: Weil die Dimension des Rechtsextremismus vielen nicht bewusst ist, muss sie beschrieben werden, immer wieder auch öffentlich beschrieben werden. Mancherorts sind bereits rechte soziale Netzwerke entstanden. Man hilft sich. Man vermittelt sich Jobs und kleine Aufträge und bindet so junge Menschen langfristig an die Szene. Wann wird der qualitative Sprung von vielen locker verbundenen lokalen Szenen zu einer sozialen Bewegung getan sein? Wenn diese Schwelle überschritten wird, könnte es für couragierte Gegenwehr zu spät sein.

Deswegen der vierte Punkt. Das ist für mich der wichtigste Punkt, und deswegen finde ich diese Stiftung hier so außerordentlich wichtig. Es gilt jetzt Gegenwehr zu ermutigen. Wir müssen unsere Aufmerksamkeit denjenigen Jugendlichen zuwenden, die sich nicht mit den Rechtsextremen einlassen, sondern die versuchen, auf ihre mehr oder minder intelligente, mehr oder minder verfolgte Weise Widerstand zu leisten. Nicht immer nur die Faszination, die ich journalistisch verstehe, der Rechtsextremen, sondern wir müssen die Aufmerksamkeit auf die richten, die tatsächlich die demokratische Jugendarbeit betreiben, die ihren ganzen Mut zusammennehmen, um Widerstand zu leisten. Gelegentlich ja auch unter großer persönlicher Gefahr.

In Wurzen, eine inzwischen auch öffentlich beschriebene Situation, kann man das sehr genau studieren, wie es solchen Leuten geht, die sich zu wehren versuchen. Wie sehr sie darauf angewiesen sind, dass Kommunalpolitik, dass Öffentlichkeit ihnen beispringt und sie unterstützt. Ich selber möchte gerne solche Initiativen aufsuchen, solche Menschen kennenlernen, die Zivilcourage gegen Rechts entwickeln. Sie brauchen - ich wiederhole es - Öffentlichkeit und sie brauchen Rat. Und ich will das Meine tun, um Öffentlichkeit herzustellen, um Unterstützung auch, soweit es geht, vor Ort zu organisieren. Der Bundestagspräsident ist kein Minister, der Geld verteilt, aber es ist eine meiner Aufgaben, Öffentlichkeit herzustellen und eine Art von Unterstützung zu gewähren, und auch zu erreichen, dass es so etwas gibt wie Netzwerke der Demokratie. Ich möchte in öffentlichen Gesprächsrunden vor Ort zusammen mit Jugendhilfepolitikern, Sozialarbeitern, Wissenschaftlern und vor allem mit Jugendlichen über die Auswirkungen des Rechtsextremismus sprechen, mit ihnen beraten und zuhören, was sie selber tun können auf ihre entsprechende Weise. Weil es ja nicht nur darum geht, dass man eine Art von Betreuungsverhältnis entwickelt, sondern demokratische Aktivitäten, demokratisches Selbstbewusstsein unterstützt und die Überwindung von Angst miteinander beredet und erlernt.

Deswegen finde ich die Arbeit der Amadeu-Antonio-Stiftung so wichtig, des Zentrums und der RAA und möchte Frau Kahane und allen Mitarbeitern, Herrn Wagner, und den anderen ausdrücklich gratulieren für ihre engagierte Arbeit und Ihnen Dank sagen und Ihnen meine Unterstützung zusichem. Wo immer Sie konkrete Projekte kennen, wo Sie positive oder auf dramatische Weise negative Beispiele kennen, berichten Sie mir das. Ich will dazu beitragen, dass Positives wie Negatives öffentlich wird, dass wir bei unserem Betreiben gelegentlich auch mit dem Finger darauf zeigen, wo Politiker versagen, wo Gemeinderäte versagen, wo Feigheit dominiert, wo plötzlich die Rechten praktisch schon die Szene beherrschen und die anderen nichts dagegen tun. Herzlichen Dank fürs Zuhören.

Ist die akzeptierende Jugendarbeit gescheitert? Jugendarbeit im Umgang mit Rechtsextremismus und Gewalt

Franz Josef Krafeld

Presseerklärung anläßlich einer Weiterbildungsveranstaltung für Sozialpädagogen am 4. Oktober 1999 in Leipzig

Wenn es um die Ausbreitung von Rechtsextremismus und Gewalt in unserer Gesellschaft geht, dann wird immer häufiger auch die akzeptierende Jugendarbeit erwähnt und ihr vorgeworfen, sie habe im Kampf gegen diese Entwicklung versagt - oder sie habe diese Entwicklung gar noch gefördert. Da ich als »geistiger Vater« der akzeptierenden Jugendarbeit gelte (und diesen konzeptionellen Ansatz mit Praktikerinnen und Praktikern zusammen seit Ende der 80er Jahre entwickelt habe), sehe ich mich dazu aufgefordert, dazu öffentlich Stellung zu nehmen:

Grundsätzlich ist zunächst festzustellen: Nicht das *Konzept* der akzeptierenden Jugendarbeit ist gescheitert, sondern die Gesellschaft *insgesamt* ist bisher an dem Ziel gescheitert, Rechtsextremismus und Gewalt zurückzudrängen. Denn beides nimmt weiter zu - vor allem im Osten. Und das hat natürlich auch Konsequenzen für die Jugendarbeit - einmal für die Jugendarbeit insgesamt und speziell auch für jene Projekte, die gezielt mit rechten und gewaltbereiten Jugendlichen arbeiten, weil sie *auch* mit pädagogischen Mitteln gegen Rechtsextremismus und Gewalt anwirken wollen.

Gegen Rechtsextremismus und Gewalt können aber selbstverständlich nur solche Menschen wirken, die selbst grundverschiedene andere ethische Orientierungen und politische Orientierungen haben, die diese auch zeigen und die sie in ihrem Handeln lebendig werden lassen. Und wenn solche Leute dann *trotzdem* bereit sind, auf solche jungen Menschen zuzugehen, die sich von rechtsextremistischen Orientierungen leiten lassen, dann macht es Sinn, Akzeptanz zu betonen: nämlich die Akzeptanz des Gegensätzlichen als Ausgangspunkt von Einmischungs- und Veränderungsprozessen. Unter Gleichgesinnten dagegen - oder wenn man keinerlei Probleme mit den Einstellungen und Verhaltensweisen des anderen hat - braucht man Akzeptanz nicht zu betonen. Da ist Akzeptanz selbstverständlich! Wer da trotzdem von Akzeptanz spricht, will *Erstarrung* statt Veränderung. Und genau in diesem Sinne wird der Begriff der akzeptierenden Jugendarbeit immer häufiger gebraucht - nicht zuletzt auch von sehr vielen Jugendarbeitern, Jugendämtern und Kommunalpolitikern in Ostdeutschland. Mit dem Begriff wird dann nicht selten kaschiert, daß man die politische Seite der Aufgabe ausblenden will (und nicht selten sogar Jugendarbeitem politische Diskussionen im Dienst verbietet!). Oder es wird damit verschleiert, daß man eigentlich *überhaupt* kein Konzept hat und daher auf Anbiederung, Kumpanei und Gefälligkeit zurückgreift, um Jugendliche »von der Straße zu holen« und sie »irgendwie sinnvoll zu beschäftigen«. Pädagogische Kompetenz aber ist etwas anderes - und zumal pädagogische Kompetenz für die Arbeit mit extrem *anstößig* auftretenden Jugendlichen!

Immer häufiger wird aus einer »Akzeptanz *des tiefgreifend anderen«* ein gleichgültiges bis zustimmendes Hinnehmen gemacht. Zwei entscheidende Gründe dafür finden sich dafür gerade in Ostdeutschland immer wieder: Einmal sind in weiten Teilen Ostdeutschlands fremdenfeindliche, rassistische und andere rechtsextremistische Ansichten inzwischen derart verbreitet, daß sie geradezu als normal und selbstverständlich gelten - einschließlich daraus abgeleiteter Verharmlosungen oder Rechtfertigungen entsprechender Gewalttaten. Und zum zweiten ist beim bisherigen Aufbau von Jugendarbeit in Ostdeutschland in geradezu skandalöser Weise versäumt worden, kontinuierlich qualifiziertes Personal einzusetzen und dieses berufsbegleitend zu beraten und weiterzubilden. Hinzu kommt, daß dort, angefangen mit dem AgAG-Programm der Bundesregierung (Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt 1992-1996) eine konzeptionelle Entwicklung von Jugendarbeit bislang weitgehend vernachlässigt wird und man immer wieder die politischen Beweggründe vieler Gewalttaten bagatellisiert oder gar leugnet.

Die meisten Jugendarbeiter in Ostdeutschland, die von sich selbst behaupten, nach dem »akzeptierenden Ansatz« zu arbeiten, haben denn auch noch nie davon gehört, daß es unter diesem Begriff überhaupt eine ausformulierte Konzeption gibt - geschweige denn, daß sie irgendetwas dazu gelesen oder auf Fortbildungsveranstaltungen dazu gehört hätten. Sie verwenden den Begriff vielmehr als Synonym für eine persönlich vielleicht engagierte, aber fachlich völlig unprofessionelle und unvertretbare *Identifizierung* mit ihrer Zielgruppe.

Und wo vielleicht doch etwas aus dem Konzept aufgegriffen wird, da werden nicht selten ausgerechnet solche methodischen Umsetzungen der Konzeption herausgegriffen, die zwar unter den konkreten Entstehungsbedingungen in einer relativ liberalen norddeutschen Großstadt Sinn machten (das Konzept wurde ursprünglich in Bremen entwickelt), die unter typischen ostdeutschen Bedingungen aber oft das Entscheidende ins Gegenteil verkehren. Deutlichstes Beispiel: Dort, wo rechte Jugendliche wegen ihrer Einstellungen und Verhaltensweisen überall ausgegrenzt und vertrieben werden, da macht es Sinn, sich dafür einzusetzen, daß *auch* diese Jugendlichen sich irgendwo streßfrei treffen und aufhalten dürfen. Denn nur dann, wenn man irgendwo auch sein darf, Platz hat, gibt es auch Platz für Lernprozesse. Wo aber rechte Jugendliche die *Hegemonie* ausüben und wo sie *anderen* deren Recht auf gefahrlose sozial-räumliche Entfaltung bestreiten, da darf Jugendarbeit solche Herrschaftsverhältnisse nicht noch stärken! Denn der Grundsatz ist hier wie dort: *Alle* Jugendlichen brauchen sozial-räumliche Entfaltungsmöglichkeiten!

Genauso ist es mit der *Beziehungsarbeit.* Persönliche Beziehungsebenen sind in allen pädagogischen Handlungsfeldem unerläßlich, um Lern- und Entwicklungsprozesse zu fördern. Wer nur auf der Sachebene argumentieren und

handeln will, wer »denen was zu sagen hat«, sich umgekehrt »die aber nicht anhören kann«; der scheitert. Pädagogisch genauso schlimm ist aber, wenn man »um alles in der Welt das gewonnene Vertrauen bewahren will« und sich deshalb scheut, die Jugendlichen offen mit den eigenen Überzeugungen und Werthaltungen zu konfrontieren. Gerade die »Konfrontation mit dem Anderssein« ist ein wichtiges pädagogisches Mittel und gleichzeitig demokratisches Grundprinzip - zumal im Umgang mit extremen Auffassungen und Verhaltensweisen. Man muß Zuhören können, man muß Interesse für die Jugendlichen zeigen, aber man muß sich genauso auch selbst zeigen, auch mit den eigenen ethischen Grundhaltungen, Wertvorstellungen und Handlungsmustern konfrontieren. All das findet sich wieder in folgender Aussage eines rechten Jugendlichen: »Sag mal, was du dazu denkst. Ich weiß, du hast da eine völlig andere Meinung. Aber sie interessiert mich. Eben, weil's deine ist.«

Von Links wird der akzeptierenden Jugendarbeit häufig etwas vorgehalten, was in der Sozialarbeit als Grundregel für die Arbeit mit *allen* Menschen gilt (egal, was sie vielleicht angestellt haben): »Man muß die Klienten dort abholen, wo sie stehen.« Denn anders kommt man gar nicht an sie ran. Wohin es dann aber gehen soll und wie, das sind entscheidende Fragen an die pädagogische Kompetenz. Und in diesen Zielaussagen kommt gerade an der Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen allzu oft die politische Komponente nicht oder nur ganz am Rande vor - vor allem in Ostdeutschland.

Als zweites wird der akzeptierenden Jugendarbeit gerade von Links häufig vorgehalten, sie kümmere sich nur um diejenigen Probleme, die rechte Jugendliche *hätten* (und seien es sogar speziell solche, die sie als *Täter* hätten). Zweifellos gibt es das, gerade da, wo sich Jugendarbeiter mit »ihren Jugendlichen« eins fühlen gegenüber einer Umwelt, »die ihnen was will«. Aber mit professioneller Sozialarbeit hat das nichts zu tun - genausowenig wie die oft eingeforderte Kehrseite: Sich nur um diejenigen Probleme zu kümmern, die Jugendliche *machen.* Denn dann käme man nicht einmal an sie ran. Und jede Pädagogik (übrigens ähnlich auch jede ordnungspolitische und strafrechtliche Maßnahme) müßte erfolglos bleiben, die nicht nach Zusammenhängen sieht zwischen Problemen, die jemand *hat* und Problemen, die jemand *macht* - freilich, ohne damit gleichzeitig Täter in Opfer umzudefinieren, schlimme Taten zu verharmlosen oder solche gar zu entschuldigen. Und das Gleiche gilt, wenn nicht immer wieder unterschieden wird zwischen *Menschen* mit all ihren Lern- und Veränderungsfähigkeiten und mit ihren unveräußerlichen Grundrechten - und auf der anderen Seite konkreten Auffassungen und Taten, die angemessene Reaktionen verdienen! In der praktischen Arbeit zeigt sich solche Unterscheidungsfähigkeit in einer Aussage wie: »Du bist okay. Aber was Du da getan hast, find ich zum Kotzen!« Denn Pädagogik kann nicht geschehene Taten ungeschehen machen. Und sie ist nicht die Instanz, die für eine angemessene gesellschaftliche Sanktionierung zuständig ist. Was sie kann, das ist, dazu beizutragen, das Risiko und die Wahrscheinlichkeit zukünftiger Taten zu verringern.

Ein dritter pädagogischer Grundsatz, der überall gilt und der natürlich auch in der Arbeit mit rechten Jugendlichen nicht einfach außer Kraft gesetzt werden kann (so gern es viele tun würden), lautet: Menschen ändern sich nur dann, wenn sie *selbst* für sich einen Sinn darin sehen, wenn sie *selbst* es für sich besser finden, sich zu ändern. Mit Belehrung oder mit gewonnenen Wortgefechten ist das kaum zu erreichen. - Aber es ist auch um so schwerer zu erreichen, je mehr die Jugendlichen sich in Übereinstimmung mit ihrem Erwachsenenumfeld sehen und je mehr Anerkennung, Bestätigung und - teilweise klammheimliche - Sympathie sie dort für ihre Auffassungen und Taten bekommen. Wenn immer mehr Mut dazugehört, *nicht* fremdenfeindlich zu sein, es *nicht* selbstverständlich zu finden, daß Minderheiten immer mehr Diskriminierung, Bedrohung und Gewalt durchleben müssen, dann wird natürlich auch eine Pädagogik immer schwieriger, die dagegen anzugehen versucht. Und dann werden auch in pädagogischen Handlungsfeldem immer mehr Menschen tätig sein, die mit der Mehrheit mitschwimmen. Denn Pädagogik kann keine gesellschaftlichen Probleme lösen, auch in diesem Problemfeld nicht. Wer so tut, als ob sie es könnte, der will entweder von gesellschaftlichem Versagen ablenken oder seine eigene Erfolglosigkeit kaschieren. Pädagogik kann nur ihre Möglichkeiten *mit* einbringen in viel breiter getragene gesellschaftliche Prozesse. Dazu ist sie allerdings auch aufgefordert, selbst wenn die Spielräume dafür immer kleiner und enger werden, je mehr sich die Gesellschaft insgesamt mit der Problemlage einrichtet und teilweise die Attraktivität rechtsextremistischer Orientierungen gar weiter fördert. Und auch dafür haben wir in den letzten Jahren viele, viel zu viele Beispiele erlebt.

Akzeptierende Jugendarbeit in diesem Sinne ist keine Jugendarbeit der Anpassung oder Identifikation, sondern eine Jugendarbeit des Widerspruchs, der lebendigen und human ausgetragenen Konfrontation mit dem Anderssein, Anders-Denken und Anders-Handeln. Und sie ist schließlich eine Jugendarbeit, die da ihre Grenzen ziehen muß, wo ihr entsprechendes pädagogisches Handeln bestritten oder beschnitten wird - oder wo sie gar für ganz andere Zwecke instrumentalisiert werden soll. Die Grenze ist freilich oftmals nicht leicht zu ziehen, z.B. bei rechten Bands, die aus dem Besucherkreis einer Einrichtung erwachsen sind und dort proben wollen. Ihnen dafür Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, das läßt sich allenfalls dann vertreten, wenn die Pädagogen dadurch erhebliche Möglichkeiten sehen, sich in deren Entwicklung verändernd einzumischen, einschließlich^) der politischen Dimension. Es reicht also auf keinen Fall, wenn jene Jugendlichen in der Einrichtung auch mal an Freizeitangeboten teilnehmen oder wenn sie sich von den Jugendarbeitern auch mal bei ganz anderen Problemen Rat und Hilfe holen (oder holen könnten!) - und erst recht natürlich nicht, wenn ihr einziges Problem das ist, daß sie keinen anderen so günstigen Proberaum finden.

Prof. Dr. Franz Josef Krafeld lehrt im Zentrum für Soziale Beratung und Bildung im Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Bremen (ZEBB)

Offener Brief an Prof. Dr. Franz Josef Krafeld zur Presseerklärung »Ist die akzeptierende Jugendarbeit gescheitert?«

Ilona Weber

Lieber Franz Josef,
zu Deiner anläßlich einer Weiterbildungsveranstaltung in Leipzig vorgetragenen Presseerklärung zur Frage des Scheiterns der akzeptierenden Jugendarbeit möchte ich folgendes zu bedenken geben.

Richtig bemerkt ist zweifellos, daß die Gesellschaft bisher am Ziel gescheitert ist, Rechtsextremismus und Gewalt zurückzudrängen. Die Frage ist nur, ob dies mit oder trotz des Konzeptes der akzeptierenden Jugendarbeit geschehen ist. Der Umkehrschluß, daß der Ansatz richtig sei und (nur) die Gesellschaft versagt habe, ist Polemik und behindert die fachliche Auseinandersetzung mit dem Thema ebenso wie die fortwährenden Versuche, Kritikerlnnen umgehend im Lager von »Prügelpädagogen« zu verorten.

Das pädagogische Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit gehe von der These aus. daß jeder Mensch grundsätzlich positiv veränderbar sei. Als wäre dies nicht Grundlage allen pädagogischen Handelns. Die Kritik am Konzept bedeutet nicht, die Plattform solch grundlegender humanistischer Bekenntnisse zu verlassen.

Dabei ist die Frage doch gerade die nach den Möglichkeiten pädagogischen Handelns und zu diesem Instrumentarium gehören auch klare Regeln. Grenzsetzungen und - wo kontraproduktive Ergebnisse zu erwarten sind - die Verweigerung von Angeboten, besonders in einer Gesellschaft, die Aggressionen gegen ethnische und kulturelle Minderheiten, Andersdenkende und nonkonforme Lebensstile immer wieder belohnt. Wie Du selbst in Deiner Erklärung schreibst: »Menschen ändern sich nur dann, wenn sie *selbst* einen Sinn darin sehen, wenn sie *selbst* es für sich besser finden, sich zu ändern.«

In einer Zeit, in der »in weiten Teilen Ostdeutschlands fremdenfeindliche, rassistische und andere rechtsextreme Ansichten (...) derart verbreitet (sind), daß sie geradezu als normal und selbstverständlich gelten«, sollte sich Pädagogik konsequent zu humanistischen und demokratischen Grundwerten bekennen und danach handeln - das heißt, sich vor allem der Wahrung der Interessen und der Würde potentieller Opfer widmen.
Du schreibst selbst: »Wo aber rechte Jugendliche die Hegemonie ausüben und wo sie anderen deren Recht auf gefahrlose sozial-räumliche Entfaltung bestreiten, da darf Jugendarbeit solche Herrschaftsverhältnisse nicht noch stärken.«
Aber wo tun *sie* das inzwischen nicht?
Schon aus diesem Grund allein ist es in »Ostdeutschland« kaum mehr möglich, mit diesem Konzept in rechtsextrem-orientierten Szenen zu arbeiten.
(Im übrigen halte ich die Entwicklung für eine gesamtgesellschaftliche, die auch an »Westdeutschland« nicht vorbeigeht.)

Das Konzept ist von Dir und anderen zu einer Zeit entwickelt worden, in der rechtsextrem-orientierte Jugendliche ein Randgruppendasein zu führen schienen und deren »methodische Umsetzung (...) in einer relativ liberalen norddeutschen Großstadt (während der achtziger Jahre) Sinn machten«. Leider ist es in der Zwischenzeit kaum überarbeitet worden und alle - zumeist nur in der persönlichen Auseinandersetzung oder in wenigen Fachzeitschriften öffentlich gewordenen - Einschränkungen und Grenzziehungen werden immer wieder von Dir selbst durch den Verweis auf angeblich funktionierende Einzelbeispiele aufgehoben. In Deiner Presseerklärung z.B. bei dem Problem des Umgangs mit »rechten Bands« oder durch die Rechtfertigung der Arbeit mit rechtsextremen Organisationen unter dem Vorsatz, das Umfeld solcher auf sozialpädagogische Einflußmöglichkeiten hin abzutasten, wie Du es bei der Leipziger Weiterbildung erwähntest.

Zum ersteren: Nicht nur bei unserer beider so ziemlich zeitgleich (wenn auch unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen) abgelaufenen Adoleszenzphase war Musik das primäre Medium kollektiver Faszination und mehr als alles andere geeignet, Werteeinstellungen (besonders ideologische) in die Köpfe und Herzen junger Menschen zu transportieren. Die Kirchen der Welt und die militärischen Einrichtungen aller Länder legen nicht von ungefähr seit Jahrhunderten soviel Wert auf das (gemeinsam) gesungene Wort.
Die außerordentlich geringe Möglichkeit, in einzelnen Fällen eventuell positiv auf die Entwicklung von einzelnen Mitgliedern derartiger Bands und ihres Besucherumfeldes Einfluß nehmen zu können, rechtfertigt keinesfalls die Gestattung von Probe- und Auftrittsmöglichkeiten. (Im übrigen: eine der wenigen Hemmschwellen für den Besuch derartiger Konzerte und den Kauf von Tonträgern ist glücklicherweise immer noch die schlechte musikalische Qualität vieler Bands.)

Was die Infiltrationsmöglichkeiten rechtsextremer Organisationen betrifft (der Sozialarbeiter als indianischer Späher im feindlichen Lager), um eventuell Mitläufer »abzuschöpfen«, so gehört das meiner Meinung eher in die Ecke »männlicher« Sozialisationsmechanismen und daraus resultierender Omnipotenzphantasien.
Ich halte es für kreuzgefährlich, solcherlei Ideen in die weiterzubildende (Fach)Öffentlichkeit der ostdeutschen Trägerlandschaft zu tragen und dies nicht nur, weil hier dafür notwendige jahrelange Erfahrungen in Theorie und Praxis fehlen, sondern weil es generell die Möglichkeiten und die Aufgaben sozialpädagogischen Handelns weit überschreitet und mit diesen nichts mehr zu tun hat.

Wichtig und längst überfällig war es, die Problematik notwendiger innerer Grundhaltungen von Menschen anzusprechen, die mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen arbeiten. Aber gerade da bleibt die Erklärung ähnlich unklar wie die Beschreibung des eigentlichen Klienteis. »Rechte

Jugendliche« oder »extrem anstößig auftretende Jugendliche« sind Begriffe, die Stigmatisierungen vermeiden sollen, aber in der Realität dazu beitragen, rechtsextreme Orientierungen zu verharmlosen. Gerade weil die Gesellschaft insgesamt dieser Tendenz mehr und mehr verfällt, ist eine klare Definition notwendig. Auch im Hinblick darauf, daß der Jugendliche als - in diesem Fall rechtsextrem-orientiertes - Subjekt wahrgenommen wird. Das erst ermöglicht einen Umgang mit ihm, der ganzheitlich seiner Person gerecht wird.

Ich befürchte, daß die jahrzehntelangen Erfahrungen mit der Stigmatisierung linker und linksradikaler Einstellungen bis hin zum berüchtigten Berufsverbot es gerade dem betroffenen Personenkreis in Ost und West schwer macht, über notwendige antifaschistische und antirassistische Grundeinstellungen von Sozialarbeiterinnen offen zu diskutieren.
Du sprichst in Deiner Erklärung von (im Gegensatz zu rechtsextremen) »grundlegend anderen ethischen und politischen Orientierungen«. Da wir die weitverbreitete und immer beliebter werdende Totalitarismustheorie besonders im sozialpädagogischen Fachdiskurs nicht so einfach ausblenden können, sind diese Formulierungen mißverständlich und erfordern eine Präzisierung. Und natürlich auch die Diskussion über derartige Theorien, die u.a. Opfer immer öfter zu Tätern umformulieren (z.B. beim Analogieschluß bezüglich der von rechtsextremen Gewalttaten betroffenen Jugendlichen, die, sofern sie nicht behindert sind oder »ausländisch aussehen«, häufig per se der linksradikalen oder linksextremen Szenen zugeordnet werden.)

Trotz oder vielleicht gerade wegen aller Schwierigkeiten ist eine öffentliche Diskussion immens wichtig. (Wie kann man z.B. bei der Einstellung eines Sozialpädagogen absichem, daß er/sie genuin humanistisch wertorientiert ist, und gleichzeitig Gesinnungsschnüffelei ausschließen? Welche Träger entsprechen diesen Vorgaben vollständig?) Hier vermisse ich konkrete Kritik und Diskussionsbereitschaft.

Insgesamt hinterläßt Deine Erklärung auf mich den Eindruck großer Hilflosigkeit. Was die gesellschaftliche Entwicklung anbelangt, kann ich ihn nachvollziehen. Was den Ursachendiskurs betrifft, müssen wir dringend heraus aus der Welt unserer Teilprofessionen, deren Erklärungsmodelle sich teilweise unversöhnlich gegenüberstehen, hin zu interdisziplinären Ansätzen. Was den Fachdiskurs anbelangt, sollten wir längst auch an Counterkonzepten arbeiten, um die in vielen Regionen längst verlorengegangene Pluralität in der Jugendkultur wieder zu ermöglichen.

Um so mehr hoffe ich, daß wir im Gespräch und damit natürlich auch im Fachstreit bleiben werden. Dies gilt nicht zuletzt für die Notwendigkeit der Angleichung von Konzepten für die Arbeit mit diesem Klientel und auch den (hoffentlich gemeinsamen) politischen Diskurs in aller Öffentlichkeit.

Mit freundlichen Grüßen
Ilona Weber

Vaterfigur und Brücke in die Gesellschaft

Bernd Wagner

Von 27 000 Einwohner der brandenburgischen Stadt Neuruppin gehören mehrere hundert Jugendliche der »nicht harten« rechtsradikalen Szene an. Das verlautet der Neuruppiner Fast-Sozialmonopolist Initiative Jugendarbeitslosigkeit (IJN). Diese Jugendlichen sind ausländerfeindlich und nationalistisch, jedoch nicht politisch organisiert. Weil der Vater fehlt und die Familie schwach ist, verletzen die Jugendlichen Grenzen und rufen durch martialisches Aussehen und das Tragen verfassungsfeindlicher Symbole nach Normierung ihres Verhaltens. Unsicherheit und Verwirrung seien die Folge der sozialer Abwertung, die dann demonstrativ mit Nationalismus, Stärke, Kameradschaft, Inszenierung kollektiver Rituale und Zeremonien beantwortet wird.

Nun soll mit dem Segen und dem Geld der Stadt ein Sozialvater die Rolle der Familie übernehmen, um die Orientierung »jenseits von einseitig aggressiver und destruktiver Stärke« zu ermöglichen. In hunderten Fällen soll der Mann, ausgehend vom Bunker, einer seit Jahren in rechtsextremen Kreisen beliebten städtischen Jugendeinrichtung, »unter die Oberfläche der Symbolik schauen« und »hinterfragen, was das tatsächliche Bedürfnis der Jugendlichen ist«. Es soll auch väterliche Erlebnispädagogik mit »Grenzerfahrungen« helfen, eine Brücke in die »Gesellschaft« zu schlagen, vielleicht starkes Wandern in der Fremde australischer Wüsten? So soll es denn gelingen, daß die vielen Jugendlichen dem hartnäckigen Werben rechtsextremer Organisationen widerstehen. Um ganz ahnungslos nachzufragen: Wieso sollen diese Jugendlichen in eine Gesellschaft gebrückt werden, die die gesellschaftliche Abwertung vomimmt? Wo sollen sie sich da finden und platzieren? Gar nicht zu fragen nach Werten in einer »Gesellschaft«, in der die Höherwertigkeit deutschen Wesens weitgehend ausgemacht scheint. Vor diesem Hintergrund zeigt sich der Ansatz des IJN eher als nationale Jugendarbeit, denn als demokratische. An einer Stelle heißt es im Zukunftspapier auch: »parteiliche, akzeptierende Jugendarbeit«.

An demokratische und menschenrechtliche Werte verschwendet die IJN übrigens übrigens kein Wort. Abgrenzung wird lediglich zu »rechten Parteien« und ihren Programmen betont.
All diese Überlegungen befinden sich in einem Papier, das als Konzept zur weiteren Beschreibung des Bunkers als offenem Treff dienen soll, um den Bunker weiter betreiben zu können. Es ist ein Kaleidoskop von Theorien, das mit der wirklichen Situation kaum etwas zu tun hat. Aufschlußreich ist aber immerhin, daß die Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit offensichtlich die Lage hellsichtiger beschreibt als die Stadtväter, die fleißig ihre Illusionen polieren. Der Begriff Konzept ist jedoch eine Geschmacklosigkeit. Erstaunlich, wie schnell dem Steuerzahler so mal schnell 60 000 DM aus der Tasche gezogen werden können.

Kritiker hatten in der Vergangenheit die Schließung des Bunkers verlangt.
Ein Vertreter der vaterlosen Jugendlichen, Marco Schnee, Aktivist eines eingetragenen rechtsextremen Neuruppiner Jugendvereins, hat jüngst, sekundiert durch den Altnazi »Opa Lange«, wie er in der braunen Szene liebevoll genannt wird, gedroht, wenn dies geschehe, gäbe es »wieder schwere Zeiten«.
Ärger bestünde sicher auch bei den »stärker rechtsextremorientierten Jugendlichen« und ihrem Barkeeper, dem »jungen Erwachsenen«, der »im Auftrag des IJN und unter Kontrolle der Sozialarbeiter« den Bunker bewirtschaftet. Nur muß die Frage erlaubt sein, wann dort Sozialarbeiter Kontrolle ausübten. Haben die überhaupt Schlüssel für das Haus? Eines ist klar: Im Bunker herrscht deutsche Ordnung, was die Sozialdezementin Frau Jungblut (SPD) angesichts einer kürzlichen Besichtigung der Toiletten - »keine Graffiti!« - in Entzücken versetzte. Leckerbissen für jeden Rechtsextremisten.

Chancen und Grenzen des »akzeptierenden Ansatzes« in der Jugendarbeit

Ilona Weber

1. Konfrontation statt Akzeptanz

Der Begriff »akzeptierende Sozialarbeit« kommt ursprünglich aus der Drogenarbeit und geht auf ein Konzept der siebziger Jahre zurück. Der Diskurs innerhalb der Sozialarbeit ging damals darum, die gesellschaftliche Bedingtheit der Menschen aufzuzeigen und damit auch die Möglichkeiten gesellschaftlicher und individueller Veränderung. Der heute praktizierten akzeptierenden Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen fehlen diese emanzipativen Elemente völlig.
Dieser auf die Arbeit mit rechtsextremistisch-orientierten Jugendlichen übertragene Handlungsansatz vermittelt den Eindruck, als wäre Suchtverhalten gleichsetzbar mit menschenverachtendem Gedankengut und damit verbundenen Haltungen und Handlungen. Darin allein liegt schon eine gefährliche Verharmlosung, nämlich die Idee der Therapierbarkeit.
In der BRD der siebziger und achtziger Jahre - also in einem relativ ausgewogenen demokratischen Klima - war dieses Konzept für ein überschaubares Randgruppenpotential gedacht und wurde ein Jahrzehnt später unüberprüft auf eine völlig andere Situation - nämlich die eines vollständigen gesellschaftlichen Umbruchs - in die neuen Bundesländer transportiert. Besonders hier standen Sozialarbeiterinnen nach der Wende fassungslos, entsetzt und zunehmend überfordert einer offensichtlich immer stärker werdenden »rechten Szene« gegenüber, die ein generelles Überdenken alter Grundsätze sozialen Handelns erforderlich gemacht hätte. Aber genau dies konnten sie in den ersten Jahren unmöglich leisten. Die Situation war zusätzlich noch dadurch erschwert, daß es das Berufsbild des Sozialarbeiters/der Sozialarbeiterin in der DDR außerhalb des kirchlichen Bereichs und der staatlichen Fürsorge überhaupt nicht gab, sie sich also mit Handlungsansätzen nur parallel zur täglichen Arbeit beschäftigen konnten. Die Sozialarbeiterinnen der ersten Stunde kamen fast ausschließlich aus artverwandten Berufen oder waren gänzlich berufsfremd. Aus- und Weiterbildungsangebote - die es in den ersten beiden Jahren überhaupt nicht gab, danach nicht ausreichten - fingen erst viel später an zu greifen. Daneben war das fast ausschließlich über die FDJ laufende und oft an Betriebe angeschlossene Freizeitangebot für Jugendliche nach der Wende fast ganz zusammengebrochen. Beratungsstellen für Jugendliche gab es bis dato überhaupt nicht. Rassistische und rechtsextremistische Handlungen erfüllten außerdem in der DDR nicht nur Straftatbestände, sondern wurden - wo es sie gab - aus dem öffentlichen Bewußtsein verbannt, um den Ruf der DDR als antifaschistischen Staat nicht zu beschädigen.
Es erscheint aus der heutigen Sicht mehr als verständlich, daß gerade in dieser Zeit Erklärungsmodelle von Heitmeyer, Baacke u.a. und die praxisorientierten Ansätze wie z.B. von Krafeld, Möller u.a. wie rettende Strohhalme erschienen, an denen sich die Mitarbeiterinnen durch den sozialpädagogischen Alltag zu hangeln versuchten. Außer der praktischen Arbeit - die ja schon allein schwer genug war und ist - beinhaltete diese doch für die Sozialarbeiterinnen freier Träger in jener Zeit auch die Schaffung von funktionstüchtigen Trägern, die Konzeptionierung der Arbeit, die Erlangung notwendiger Räumlichkeiten und Mittel, die Aus- und Weiterbildung und vieles andere mehr - und dies in einer ungeheuren Umbruchsituation, die jeder auch persönlich bewältigen mußte - quasi nebenbei. Das betraf auch die Auseinandersetzung mit Theorie- und Praxisansätzen, die vielen Sozialarbeiterinnen nur über verkürzende Fachartikel oder innerhalb weniger Tage oder nur Stunden umfassender Weiterbildungsseminare vermittelt wurden. Hilfe und Unterstützung aus den »alten Bundesländern« blieb - wohl auch aufgrund der verschiedenen Gehaltstarife - lange Zeit gänzlich aus.
Zudem erschienen die Erklärungsmodelle für rechtsextremistische Orientierungen in einer Zeit kollektiver Schuldzuweisung vielen als erleichternde »Absolution« - wo die Ursachen auf die Ebene von »orientierungslosen Modernisierungsverliererlnnen« reduziert werden, mußte man sich nicht mit der Frage belasten, welchen Anteil das gerade untergegangene (pseudo)sozialistische Schlachtschiff mit seiner autoritären Erziehung zu hypertrophierten Werten, die mit denen rechtsextremer Orientierungen fast deckungsgleich waren, an der Entwicklung einer zunehmend erstarkenden »Faschoszene« hatte.
Eine kritische Hinterfragung des akzeptierenden Ansatzes und der Diskurs über alternative Handlungsansätze ist so bis heute fast vollständig ausgeblieben. Dies wundert nicht, führt man sich zudem vor Augen, wieviele Fördermittel (insbesondere innerhalb des AgAG-Programms) in diese Arbeit geflossen sind, und wieviele Projekte und Personen sich in den letzten Jahren mit dieser Art Arbeit pro-

filierten. Zudem ist heute noch interdisziplinäre Forschung die Ausnahme. Die Ursachen des Entstehens rechtsextremer Orientierungen erscheinen im allgemeinen immer noch als Karos auf dem Millimeterpapier der einzelnen Professionen, die sich teilweise rechthaberisch bis unversöhnlich gegenüberstehen. Nach dem Zusammenbruch des »größten Freilandversuches aller Zeiten« ist Kapitalismuskritik außerdem immer noch ein Tabuthema, d.h., die Ursachen werden außerhalb der gesellschaftlichen Bedingungen, in denen sie entstehen, gesucht.

Was als Randgruppenkonzept noch halbwegs zu funktionieren schien, ist in der heutigen Situation - in der gesellschaftliche Mehrheitsverhältnisse längst am Kippen sind - kontraproduktiv und gefährlich. Weder qualitativ noch quantitativ handelt es sich hier noch um »Randgruppen« und die »Szene« kann heute längst auf eine breite Verankerung in der Gesamtgesellschaft zurückgreifen. Sie ist eine nicht zu unterschätzende gesellschaftliche Kraft mit einer eigenen Jugendkultur, die - besonders, wenn sie einmal die Dominanz in einem Ort/einem Stadtteil erreicht hat - nur bekämpft werden kann, wenn man insgesamt das gesellschaftliche Klima auf kommunaler Ebene verändert. Nicht nur das Beispiel Wurzen zeigt auf, wie extrem schwierig dies ist.
Wie in der Gesellschaft vorgelebt, wird aggressives Verhalten zumeist belohnt. Die rechtsextreme Szene überzieht einen Ort, einen Stadtteil, eine Einkaufspassage mit Terror, verweist dann in Gesprächen auf angeblichen Frust, Langeweile und das Fehlen geeigneter Räumlichkeiten und erhält dafür genau das, was sie fordert. In Kommunen, die wenig Geld für Jugendarbeit aufbringen (können?), heißen diese dann zumeist »offene Treffs«, obwohl sie durch die Dominanz einer rechtsextrem-orientierten Szene höchstenfalls noch für die Sympathisantinnen dieser Gruppen nutzbar sind. Bei der Zielgruppenbeschreibung taucht zunehmend für dieses Klientel der Begriff »Stinos« auf, womit die Mitarbeiterinnen solcher Projekte nach außen dokumentieren wollen, daß sie nicht nur mit Rechtsextremistlnnen arbeiten und dabei gleichzeitig den Normalitätsbegriff gefährlich verlagern ...
Die Fördertöpfe für die Arbeit mit »rechtsorientiertem Klientel« sichern erst mal das längerfristige Überleben dieser Einrichtungen und zumeist ist es dann so, daß im Stadtteil oder in der kleinen Gemeinde für andere Jugendarbeit kein Geld mehr bleibt. Das Interesse der Öffentlichkeit geht zurück, sobald der Stadtteil oder die Gemeinde »befriedet« ist, d.h., die Überfälle und Ausschreitungen rückläufig sind. Dafür stehen dann andere Jugendliche - zumeist die potentiellen Opfer - ungeschützt auf der Straße. Die betroffenen Jugendlichen, die in der Regel durchaus ein demokratisch-humanistisches Weltbild haben, werden zugunsten einer Polarisierung auf einfache Erklärungsmuster als »Linke« bezeichnet. Besonders Mitarbeiterinnen aus Projekten mit »Rechten« beteiligen sich an dieser Stigmatisierung von Opfern unter dem Motto »Unsere Jungs hätten nicht..., wenn diese Linken nicht...«

Durch die Fokussierung auf die sozialen Probleme von sogenannten »Modernisierungsverlierem« werden die eigentlichen gesellschaftlichen Ursachen für einen weitverbreiteten »Wohlstandschauvinismus« verschleiert, d.h. die rigide Abwehr derer, die als Bürgerinnen der relativen Wohlstandsinsel BRD das für sie Selbstverständliche durch Einwanderung bedroht sehen.
Rechtsextremismus ist ein Bestandteil der immer weiter nach rechts rückenden Gesamtgesellschaft, in der traditionelle humanistische und demokratische Werte bereits als links gelten und in der sich eine Fokussierung auf Gewaltphänomene in jugendlichen Subkulturen längst verbietet. Indem die Täter zu Opfern umgedeutet werden, wird der Blick auf die eigentlichen Opfer verstellt und »rechte Biographien« werden im Rahmen einer auf Dienstleistung reduzierten »klientenorientierten Beliebigkeit« aufgewertet. Durch die Verschiebung auf das Feld der Pädagogik wird einer Entpolitisierung der Debatte um den Rechtsextremismus Vorschub geleistet.

Ebenso hat die pädagogische Fachöffentlichkeit kaum je auf die Grenzen der Möglichkeiten von Jugendarbeit hingewiesen, was suggeriert, daß rechtsextremistische Orientierungen Jugendlicher ein mit den Mitteln der Pädagogik lösbares Problem sei. Damit tritt Sozialpädagogik/Sozialarbeit an die Stelle politischen Handelns. Für die Sozialarbeiter ist der einzelne, auffällig gewordene Jugendliche problematisch, nicht aber dessen rechtsradikale Auffassungen - und erst recht nicht der gesellschaftliche Kontext, in welchem diese sich herausbilden. Schlimmstes Ergebnis ist die Einstellung bekannter Rechtsextremer als Sozialarbeiter in manchen Projekten mit dem Verweis darauf, das jene schließlich am besten mit dem Klientel klarkämen. Akzeptierende Sozialarbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen leistet rechten Tendenzen in dieser Gesellschaft Vorschub. Der gesellschaftliche akzeptierte und geförderte rassistische Konsens wird nicht problematisiert. Das Problem des Rechtsradikalismus wird zu einem Problem der Auffälligkeit.
Rechtsextremistisches Gedankengut ist besonders im Osten bei großen Teilen der Bevölkerung zu finden. Es ist in der Zwischenzeit vollständig in die Jugendkultur eingedrungen und erscheint neben der zunehmenden ideologisch verfestigten Haltung bei immer größerer Zahlen von Jugendlichen auch als eine Art »Modeerscheinung«. Es ist »in«, sich in Haltung, Kleidung und Auftreten »rechts zu geben«. Daneben ist es aber auch der Anpassungsdruck dieses aggressiven subkulturellen Jugendmilieus, der viele zumindest anfänglich erst einmal in Äußerlichkeiten (Kleidung, Auftreten, Sprüche u.ä.m.) zum Konformismus zwingt. Es ist in der Mehrzahl der Schulen und anderen Orten, an denen sich Jugendliche aufhalten, oft schon eine Notwendigkeit des täglichen Überlebens, sich der »rechten« Mehrheit anzupassen. Von da bis zur »Anpolitisierung« ist es nur noch ein kleiner Schritt. Der generelle Rechtsruck in Politik und Gesellschaft unterstützt diese Entwicklung zusätzlich.

Wo sich rechtsextrem-orientierte Jugendliche treffen, betreut und gefördert werden, werden Andersdenkende - soweit sie sich nicht anpassen - verdrängt. Akzeptierende Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen fördert also auch hegemoniale Bestrebungen einer deutschnationalen fremdenfeindlichen Kultur, in der Antifaschistinnen und Men-

sehen, die einfach keine Lust auf rassistische und nationalistische Sprüche haben, zunehmend keinen Platz mehr finden.

Die Erklärungsmodelle hinter dem »akzeptierenden Ansatz« entschuldigen einseitig die Täterinnen, ohne daß die Opfer auch nur die geringste Rolle spielen würden. Sie machen sie nicht nur zum Gegenstand sozialpädagogischen Handelns und entziehen sie damit auch ihrer Eigenverantwortung als Täter, sondern geben ihnen auch im großen Stil Raum, Zeit und Gelegenheit.
Akzeptierende Sozialarbeit heißt in Deutschland, die Täter von Rostock, Mölln, Solingen, Magdeburg, Hoyerswerda ... - diejenigen, die aus rassistischen Motiven Feuer legen und zuschlagen und alle, die dazu applaudieren, es verharmlosen - praktisch überall so zu akzeptieren, wie sie sind und sie so in die Gesellschaft zu integrieren. Diese Jugendlichen agieren dabei in einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem Wissenschaftler das Lebensrecht als behindert stigmatisierter Menschen wieder zur Disposition stellen, in dem Menschen allein aufgrund ihrer Herkunft in Lager und Abschiebeknäste gesperrt werden, in dem Politiker in jahrelangen »Asyldebatten« die ersten Serien von Brandanschlägen herbeireden und sie dann legitimieren.
Nirgendwo wird die Wichtigkeit der Unterstützung einer »antifaschistischen« Jugendarbeit, einer Arbeit, die sich dem Schutz und dem Erhalt anderer Jugendszenen besonders dort widmen muß. wo das Umfeld sowieso schon von einer erstarkenden rechten Szene bedroht ist, auch nur erwähnt. Wo man aber alternative Szenen in dieser Weise unberücksichtigt läßt, trägt man zur weiteren Dominanz und Verbreitung einer sowieso schon aggressiv Raum und Inhalte okkupierenden Szene bei und arbeitet dieser eindeutig zu. Akzeptierende Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen macht sich zur willfährigen Helferin. Sie dient dem Rechtsradikalismus, unterstützt die Organisierungsbemühungen der Neonazis und liefert Legitimation für rechte Täterinnen.

Viele Sozialarbeiter stellen sich nicht »nur« vor ihre Schützlinge und verteidigen sie vor öffentlicher Kritik - nein, sie leisten dem fremdenfeindlichen Denken außerdem noch Vorschub, indem sie z.B. erklären, daß die unmittelbare Erfahrung mit Ausländem den Grund für Rassismus abgebe oder rechtsextremistische Parolen nicht hinterfragt werden.
(Arbeit zuerst für Deutsche! - Was gibt es denn dagegen für Argumente? So fragten erst kürzlich Mitarbeiterinnen eines Leipziger Projektes der akzeptierenden Sozialarbeit verwundert bei einem Zeitschrifteninterview.)

Akzeptierende Sozialarbeit fördert die gesellschaftliche Akzeptanz gewaltbereiter Rechtsradikaler und sexistischer und rassistischer Orientierungen. Er verhilft ihnen zu Normalität. Läge es den Befürwortern der akzeptierenden Sozialarbeit wirklich daran, Jugendliche, die über noch nicht so gefestigte rechte Einstellungen verfügen, von der Straße und aus einem Umfeld herauszuholen, in dem sie anfällig für faschistische Parolen sind, dann dürfte nicht an der Tagesordnung sein, was in derartigen Jugendclubs noch immer allzu oft geschieht: Gefestigten rechtsextremen Jugendlichen wird nicht die Tür gewiesen, die Jugendlichen dürfen ihre rassistischen Stammtischparolen herausbrüllen, hören »ihre« Musik mit rassistischen und menschenverachtenden Texten, Nazikader gehen ein und aus, um mehr oder weniger offen Agitation zu betreiben - und nicht selten sind diese Clubs auch Treff- und Sammelpunkt für faschistische Aktionen. Der »akzeptierende Ansatz« hat in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit generell nichts zu suchen.

Das heißt nicht, daß zukünftig mit dieser Zielgruppe nicht mehr gearbeitet werden soll. Aber dies ist nur möglich, wenn gleichzeitig abgesichert wird, daß andere Jugendkulturen nicht verdrängt werden und man sich vor allem jenem Potential widmet, daß sich an demokratischen und humanistischen Werten orientiert. Und sie ist nur legitim, wenn im Mittelpunkt aller Bemühungen auch die Zurückdrängung der menschenverachtenden Ideologie aus den Köpfen junger Menschen steht. Derart niedrigschwellige Angebote wie der »akzeptierende Ansatz«, der fast alles zuläßt, damit der Kontakt zur Zielgruppe nur ja nicht abreißt, sind für ein rechtsextrem-orientiertes Klientel allerdings untauglich. Und hier ist die »Gruppe« auch nicht der erhaltenswerte heilige Gral, in dem der Jugendliche ein legitimes Lemfeld findet, um sich auszuprobieren und zu wachsen, wie Vertreterinnen der »Cliquenarbeit« immer noch meinen.
Neue Konzepte und Zielstellungen sind für dieses Klientel notwendig, die konsequent in Richtung Demokratiebefähigung gehen und durch klare Regeln jene ausschließen, die durch Jugend(sozial)arbeit nicht mehr zu erreichen sind. Und genau daran sollten wir gemeinsam arbeiten!

Diese Zielstellung ist ohne jeden Zweifel auch eine hochpolitische Aufgabe:
Einmal, weil wir innerhalb unserer Projekte dafür verantwortlich sind, daß sich Jugendliche zu kritischen, selbständigen und demokratiefähigen Menschen entwickeln und weil wir nach außen zu den Vertreterinnen ihrer legitimen Interessen gehören. Anders gesagt: Sozialpädagogik und in ihr besonders die Jugendarbeit ist eine zutiefst politische Vermittlungs- und Sozialisationsinstanz mit dem pädagogischen Anspruch, das emanzipierte und autonome Individuum zu bilden, das über seine Welt verfügt, statt sie dumpf zu erleiden. Arbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen stellt damit klare und unmißverständliche Anforderungen an die Person der Sozialpädagoglnnen als demokratische - sprich politische - Persönlichkeiten. Schließlich gehören wir oft genug zu den wenigen Bezugspersonen für Jugendliche, die durch ihre Haltung, Lebensauffassung und Werteorientierung positive Alternativen aufzeigen bzw. Vorleben können. Dies erscheint mir zumindest genauso wichtig wie konkrete Projektinhalte. Und dazu muß die Person des/der Sozialarbeiters/in vor allem anderen als demokratisch werteorientierte Persönlichkeit »wahrhaftig« und transparent sein. Die Ablehnung menschenverachtender Ideologien - also eine antifaschistische Orientierung - ist meiner Meinung nach damit unbedingt verbunden.

2. Warum Jugendarbeit gegen rechtsextremistische Strukturen in Wurzen nicht stattfinden kann

Wurzen ist leider beispielhaft für eine beunruhigende Entwicklung ostdeutscher Kommunen. Nicht überall kommen so viele ungünstige Bedingungen für einen Demokratisierungsprozess zusammen wie hier. Trotzdem, Parallelen und Ähnlichkeiten zu anderen Orten sind nicht von der Hand zu weisen - Wurzen könnte eigentlich überall sein. Ich denke, es ist deshalb wichtig, stellvertretend für mögliche und tatsächliche Entwicklungen anderswo die Situation in Wurzen einmal näher zu analysieren.

Zusammentreffend sind es eine Vielzahl von Faktoren, die das kommunale Leben Wurzens prägen, damit für das Erstarken der rechtsextremistischen Szene ausschlaggebend waren und letztendlich dazu führten, daß sich in Wurzen eines der bedeutendsten rechtsextremistischen Zentren in der Bundesrepublik etablieren konnte. Sie sind es auch, die die Möglichkeiten sozialpädagogischen Handelns erschweren und einschränken.
Eine rechte Szene gab es hier frühzeitig, die ihre Wurzeln noch in der DDR hatte und so auf eine schon existierende funktionierende Struktur zurückgreifen konnte. Angesichts der Erfahrungen mit dem »Überwachungsstaat DDR« kann davon ausgegangen werden, daß die Szene mit den Organisationsgesetzen der Illegalität vertraut war. Die DDR-Vergangenheit ist in Wurzen nur unzureichend aufgearbeitet worden. Praktisch hat sich hier am kommunalen »Politikstil« und auch personell seit der Wende nicht viel geändert. Er ist geprägt von Autorität, Konformität und Vormundschaftlichkeit im Zusammenhang mit ökonomischen Vorteilen und verstärkt damit Orientierungen, die Deckungsgleichheit mit den Werten einer nationalistischen Solidargemeinschaft (wie Fleiß, Ordnung, Pünktlichkeit, Arbeitssamkeit, Sicherheit u.ä.) aufweisen. Diese Orientierungen waren auch schon in der DDR verbreitet und sind bis heute nicht hinterfragt worden.

Das kommunalpolitische Leben der Stadt ist geprägt durch
1. eine auffällige Konfliktarmut,
2. den vor allem bei den einst während der Wende Aktiven erkennbaren Wunsch nach mehr Moral in der Politik,
1. ein nach wie vor - wenn auch modifizierter - obrigkeitsstaatlicher Führungsstil,
3. eine fehlende kritische Öffentlichkeit.

Die Kommunalpolitik ist zusätzlich belastet von einem totalitären Leitungsstil des Bürgermeisters, der in der Bevölkerung zu Anpassung und Resignation führt, aber damit eben auch zu jener Unzufriedenheit und Wut, die - wenn sie sich nicht in politischer Opposition niederschlagen kann - anderweitig kanalisiert wird. Ein solches Klima der Ohnmacht befördert in besonderer Weise auch die Hinwendung zu einfachen Erklärungsmodellen und Schuldzuweisungen und behindert den Prozeß der Demokratiebefähigung der Bürgerinnen.
Diese Entwicklung geht einher mit einer gesamtgesellschaftlichen, die besonders im Verhalten der bürgerlichen Parteien Niederschlag findet. Stießen die Ausschreitungen der Rechten gegen Ausländerinnen besonders Anfang der neunziger Jahre schon auf die Zustimmung eines Teils der Bevölkerung und wurden politisch dazu funktionalisiert, das Asylrecht gesetzlich auszuhöhlen, werden soziale Generatorthemen heute von den Parteien vorauseilend durch Populismus, irrationale Stigmatisierung und einen fragwürdigen Nationalismus gebunden.
Die Bevölkerung steht also zum großen Teil hinter »ihrer« Jugend, wobei sich nicht nur die Jugendlichen, sondern zunehmend alle flächendeckend im Dunstkreis rechter Ideologien bewegen. Dieser Zustand erscheint immer mehr als »normal«.
Die alltagskulturelle Dimension der rechtsextremen Szene wird erst gar nicht wahrgenommen. Dem liegen u.a. eben genau die proletarisch- kleinbürgerlichen Werte zugrunde, die von der rechten Szene propagiert werden. (»Unter Adolf oder Erich wäre das nicht passiert«)
Andersdenkende und - aussehende werden nun als »Störenfriede« empfunden, da sie durch ihre Existenz allein als Anlaß für Ausschreitungen und »Störungen des kleinstädtischen Friedens« begriffen werden können. In Wurzen sind dies in der Regel Ausländerinnen, Punks und Obdachlose. Gruppen also, die auch auf der Werteskala der »normalen« Bürgerinnen ziemlich weit unten stehen.
Demokratische und libertäre Werte wie Toleranz und Menschenrechte gelten bei vielen kommunalen Verantwortungsträgem und in der Öffentlichkeit allgemein heute schon wieder als »linke Thesen«, ihre Befürworter als »Linksextreme«. Der Feindbegriff der Rechten für Jugendliche und Erwachsene, die diese Werte öffentlich vertreten, heißt »Zecke«. Ein unmerklicher Schulterschluß bürgerlicher Kräfte mit den Rechten wird so vollzogen und die Schläger beziehen einen Teil ihrer Motivation von* dort. Sie können sich als elitäre Vorreiter einer breiten Mehrheit der Bevölkerung verstehen. Die einen stilisieren die nicht-rechten Jugendlichen zu einer Gefahr hoch, der mit allen repressiven rechtsstaatlichen Mitteln begegnet werden muß und für die anderen verkörpern sie ein Feindbild, das im »deutschen Völkskörper« keine Existenzberechtigung hat, also offensiv bekämpft werden muß. Unterschiedlich ist eigentlich nur noch die Wahl der Mittel. Kein Wunder, daß demokratisch orientierte Jugendliche in dieser Situation mitunter das Gefühl haben, daß letztendlich nur »Autonome« ihnen beistehen. Die Zusammenarbeit mit diesen bestätigte und dramatisierte dann wieder das schon von Anfang an bestehende Vorurteil - daß diese Jugendlichen links bzw. nunmehr als »linksextremistisch« einzustufen seien.
Diese Meinung wurde in den letzten Jahren durch die Jugendpolitik der Stadt und des Kreises systematisch verstärkt. Nach sanktionswürdigen Überfällen und ähnlichen Ereignissen der rechtsextremistischen Szene wurden die Täter für ihre gekonnten Aggressionen durch immer neue Clubs und Fördermittelzuwendungen belohnt. Fa>t unwidersprochen wurden die Opfer zu Täterinnen urr.-funktioniert (wie beim sogenannten »Runden Tiscr. nach dem Überfall auf ein Wohnprojekt in der Bergga'j-e im Januar 1995) oder spielten keine Rolle i * ie die portugiesischen Bauarbeiten bei einer Nachfelge\eranstaltung, in der der NPD-Kader Marcus Müller ah Vertreter der rechtsextremen Jugendlichen das Angebot für die

BB-Baracke annahm, die Tat selbst aber nicht thematisiert wurde).
Eine fundierte sozialpädagogische Arbeit fand dabei allerdings in keinem einzigen Fall statt. Viele der Clubs im Muldentalkreis funktionieren nach dem Prinzip der Selbstverwaltung, das dem Eindringen manifest rechtsextremistischer Strukturen Tür und Tor öffnet und eine dringend notwendige sozialpädagogische Begleitung unmöglich macht; die anderen Clubs werden noch immer zum größten Teil durch ABM-Kräfte betrieben, die fachlich für diese Aufgaben nicht qualifiziert sind. Das Prinzip der »Offenen Treffs« wird immer noch favorisiert, uneingedenk der Tatsache, daß selbst mit sozialpädagogischer Begleitung allein bei einem solchen Konzept der Gefahr der offenen oder schleichenden Okkupation dieser Räume nicht begegnet werden kann.
Diese Entwicklung wird durch den Umgang mit rechtsextremistischen Straftäter durch Ermittlungsbehörden und Justiz weiter Vorschub geleistet. Besonders verheerend wirkte sich dabei die Tatsache aus, daß nicht nur der Vater des NPDlers Marcus Müllers als Beamter des Polizeireviers Wurzen in den Verdacht geriet, Straftaten der Szene zu vertuschen. Auch weitere Beamte gerieten in Verdacht, der »rechtsextremen« Szene» symphatisierend gegenüber zu stehen. Obwohl das schon 1993 vor Ort ein »offenes Geheimnis« war. geriet das Verhalten der Wurzener Polizei erst im Sommer 1996 auf Druck von außen in die öffentliche Kritik. Disziplinarverfahren (u.a. wegen Strafvereitlung im Amt) wurden eingeleitet und einzelne Beamte abgelöst.
Viele Straftaten wurden in den darauffolgenden Jahren gar nicht oder zu spät bearbeitet. Die zumeist jugendlichen Straftäter konnten und können - wenn überhaupt - mit ungewöhnlich milden Urteilen rechnen. Die Zugehörigkeit zu einer rechtsextremen Szene wurde in keinem Fall nachgewiesen, sie spielte nach dem Motto »Alles nur Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Jugendgangs« auch keine Rolle mehr. Der ideelle Schaden ist schwer wieder gutzumachen. Die Opfer fühlen sich vom den Behörden im Stich gelassen und mit den Täterinnen in einen Topf geworfen. Die kritischen Bürgerinnen Wurzens bekommen zunehmend vermittelt, daß bei Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund kaum Chancen auf ausreichende Sanktionierung bestehen, was wiederum Angst und Anpassung fördert. Für andere ist das ein Beweis, daß alles gar nicht so schlimm ist. Wo es keine »Rechten« gibt, muß man sich auch weder mit ihren Konzepten und Strategien beschäftigen noch Gegenstrategien entwickeln.
Eine der kontraproduktivsten Verhaltensweisen aber ist die Tatsache, daß bis 1996 in Wurzen selbst - besonders vom Bürgermeister und seiner Verwaltung - die Existenz einer rechtsextremistischen Szene glatt geleugnet wurde. Seine Statements, aber auch sein persönlicher Umgang mit dieser Szene legt die Vermutung nahe, daß dies nicht allein aus Imagegründen geschah. Reagiert wurde erst, als Wurzen aufgrund des Druckes der Öffentlichkeit auch international ins »Gerede« kam. Aber selbst dann und auch heute noch wird versucht, das Problem zu verharmlosen und herunterzu spielen.
Niemand ist bisher auf die Idee gekommen. Projekte zu entwickeln, die eine Alternative zu denen von rechtsextremistisch-orientierten Jugendlichen dominierten Treffs sein könnten. Dies fällt heute auch nicht mehr weiter auf, da es kaum noch Jugendliche gibt, die einen solchen Bedarf anmelden könnten.
Eine Intervention auf Landesebene kam viel zu spät und reagierte nur punktuell auf Mißstände, nämlich mit wenigen Strafverfahren gegen Polizeibeamte und einigen Millionen aus dem Städtebauprogramm des Freistaates, daß dann noch zusätzlich in die Arbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen floß. In den Projekten selbst spielt nach Aussagen der Mitarbeiterinnen die politische Orientierung aber offensichtlich nicht die geringste Rolle.
Die »Störungen« im öffentlichen Raum hören auf, wo dieser systematisch kontrolliert wird und es niemand mehr wagt, in Kleidung und Engagement anders zu sein. Scheinbar ein Beweis, daß sich alles beruhigt hat. Eine Friedhofsruhe!
Die Existenz einer manifest rechtsextremen Szene liefert aber auch eine argumentative Entlastung der Kommunalpolitikerinnen und Bürger bei unliebsamen Themen. Ein Beispiel: Die Hohburger (119) Abgeordneten mußten sich im Jahre 1996 schon einmal mit der geplanten Aufnahme von 60 Asylbewerberinnen beschäftigen. Schon damals wurden Sicherheitsbedenken in den Vordergrund gestellt, obwohl die Ablehnung der Aufnahme dieser Menschen in der Gemeinde ganz offensichtlich auf den üblichen Vorurteilen wie Ausländerkriminalität und einer latenten Angst vor »fremden Kulturen« basierte. Im Mai dieses Jahres mußte das Thema erneut in der Gemeinderatssitzung diskutiert werden. Hauptargument der strikten Ablehnung war nun, »daß Rechtsradikale aus Wurzen die Sicherheit gefährden« würden. Er selbst hätte nichts gegen »Asylanten« in Hohburg, so ein weiterer Abgeordneter, doch aus dem genannten Grunde seien »die Leute hier nicht sicher«. Damit kann man den Verdacht der Ausländerfeindlichkeit weit von sich weisen und ist ein unliebsames »Problem« zudem los. Das dahinterliegende Problem, daß sich die Gemeinden von kleinen Gruppen von Extremisten durch Gewaltandrohung Entscheidungen diktieren lassen, wurde nicht thematisiert - falls es die alleinige Entscheidung von ExtremistInnen ist.
Die räumliche Nähe der wichtigsten Kader der NPD, aber auch anderer rechtsextremstsicher Gruppierungen machen ein verstärktes Agieren im Muldentalkreis überdies im besonderen Maße möglich und attraktiv. Die Entwicklung multipliziert sich selbst durch ein einfaches Wirkungsgesetz: Personen und Gruppen mit übereinstimmenden Interessen und Anschauungen gehen in der Regel dorthin, wo die Möglichkeit zur Durchsetzung ihrer Interessen am größten ist. Leipzig auf der einen und der Muldentalkreis auf der anderen Seite wirken also gleichsam wie ein Magnet auf die gesamte rechte Szene (»Hier bin ich doitsch, hier kann ich's sein!«)
Das erste völlig autonom betriebene Haus der rechtsextremistischen Szene in der Käthe-Kollwitz-Straße konnte über ein Dreivierteljahr existieren, obwohl allgemein bekannt war, daß von diesem Straftaten ausgingen und es einen Sammelpunkt der Szene weit über den Muldentalkreis hinaus darstellte. Letztendlich wurde es lediglich aus »baupolizeilichen« Gründen geschlossen. Das war für die Szene natürlich eine Ermutigung, es in der Stadt (und fast am selben Ort) wieder zu versuchen. Das neue Gelände war

wesentlich größer und bestand aus mehreren Objekten, darunter einem Saal, der sich noch im Ausbau befindet. Es wurde offiziell von der NPD angemietet und zum Teil vom »Mittelstand« des Muldentalkreises mit Material, aber auch finanziell unterstützt. Geschlossen wurde es wiederum nur aufgrund massiven Drucks von außen und gegen den Widerstand des Jugendamtes, der Verwaltung und jener Sozialarbeiterinnen, die befürchteten, die Szene könne jetzt ungebremst über ihre Projekte schwappen.
Im Hinblick auf die Kommunalwahlen im Frühjahr 1999 war die NPD daran interessiert, daß Ruhe in der Kommune herrscht. Dies war verhältnismäßig leicht zu erreichen, solange die Kräfte der »Kameraden« zum großen Teil mit dem Projekt -Ausbau gebunden waren. Außerdem gab es in Wurzen längst keine nennenswerten Gegenkräfte mehr und die Stadt ist fast »ausländerfrei«. In der Zwischenzeit ist die NPD mit ihrem Kandidaten Marcus Müller ins Stadtparlament eingezogen. Eine Reaktion der bürgerlichen Parteien und der Bevölkerung darauf gab es bisher nicht.

3. Falsche Jugendpolitik ist Nährboden für Rechtsextremismus:

Der Stellenwert, den Jugendliche als die künftigen Gestalter der Gesellschaft haben, spiegelt sich unverhüllt im Stellenwert der Jugendpolitik wider. Sie werden - wenn überhaupt - primär als Feindbild, als potentielles Sicherheitsrisiko wahrgenommen. Nicht die Probleme, die sie in der Gesellschaft haben, stehen im Vordergrund, sondern jene, die sie der Gesellschaft machen. Dabei werden gekonnte Aggressionen in der Regel gleichzeitig belohnt.
Nach dem ihr in der gesellschaftlichen Wertigkeitsskala zugewiesenen Platz ist Jugendhilfepolitik das schwächste Glied innerhalb einer nachrangigen kompensatorischen Ressort- und damit Teilpolitik. Sie beschränkt sich auf die Kemleistungsbereiche der Jugendhilfe - Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz. Damit sollen Defizite und Probleme, die in anderen Politikbereichen verursacht werden, durch die Tätigkeit eines nachrangigen Politikbereichs aufgefangen werden. Für die sozialpädagogische Praxis ergeben sich daraus erhebliche Probleme:

- Jugendhilfepolitik im Spannungsfeld zwischen Gesellschafts- und Ressortpolitik entbehrt einer echten politischen Basislegitimation und ist übergreifenden politischen Richtlinien (wirtschafts-, arbeitsmarkt-, sozial- und bildungpolitischen und auch wahlpolitischem Kalkül) unterworfen
- Jugendhilfepolitik (JHP) handelt weitgehend reaktiv auf Krisensituationen, soll Konfliktpotentiale »entsorgen« (Runter-von-der-Straße, Sicht auf Rassismus und Rechtsextremismus als jugendspezifische Phänomene)
- JHP organisiert mehr die Verwaltung sozialer Probleme, als sie zu deren gesellschaftspolitischer Lösung beitragen kann
- Durch die Reduktion auf die obengenannte Kembereiche der JH begrenzt, ist sie mehr institutions- und damit weniger klientenorientiert
- Jugendarbeit ist der normativ wie finanziell am schlechtesten abgesicherte Bereich

Um nur einige Probleme zu nennen. Daneben gibt es in den neuen Bundesländern spezifische Nachwendeprobleme. Die Inflation von Sonder- und Billigprogrammen hatte hier verhehrende Folgen für den Aufbau unbelasteter, tragfähiger und pluralistischer Jugendhilfestrukturen. Zum anderen führt sie bei zunehmender finanzieller Krise von Ländern und Kommunen oft zu der höchst gefährlichen und insgesamt wesentlich kostenaufwendigeren Fehlentscheidung, die Mittel für Jugendarbeit weiter einzufrieren bzw. zu minimieren.
Gesellschaftliche Ursachen bleiben in den Sozialwissenschaften weitestgehend unberührt, höchstenfalls werden sie mit der Bemerkung über die Folgenlosigkeit solcher Appelle wie »Die Gesellschaft müsse geändert werden« abgetan. Besonders mit dem Verweis auf ein Scheitern politischer Bildungsarbeit (in den 80er Jahren in der alten Bundesrepublik) wurde Jugendarbeit zunehmend entpolitisiert. Sozialpädagogische Konzepte wie das der akzeptierenden Jugendarbeit nach Krafeld haben so die Veränderung gesellschaftlich inakzeptablen Verhaltens im Sinne einer Wiedereinbindung in die (in der Zwischenzeit selbst zunehmend rassistischen Gesellschaft) mit den Mitteln klassischer Sozialarbeit zum Ziel. Oder in Anlehnung an Marcuse: »Indem sie die bestehende Gesellschaft als ihre eigene Norm proklamiert, befestigt diese Sozialpädagogik in den Individuen den glaubenslosen Glauben< an die Wirklichkeit, deren Opfer sie sind. Nichts bleibt zurück denn die Anerkennung des Bestehenden selber, Modelle des Verhaltens, das der Übermacht der Verhältnisse sich fügt.«

Sozialarbeit muß in diesem Dilemma um den Preis ihres Untergangs Handlungsfähigkeit demonstrieren. Sie versucht dies trotz kritikwürdiger Konzepte, fehlender Legitimation (und Lobby) im Politikbereich und mangelhafter materieller Ressourcen. So ist es - was in den ersten Jahren nach der Wende aufgrund des in der DDR fehlenden sozialpädagogischen Berufsbildes nicht anders möglich war - heute noch die Regel, die wenigen freien Stellen besonders bei den öffentlichen Trägem der JH im Jugendsozial- und Freizeitbereich mit aufgrund von Schließungen überzähligen Mitarbeiterinnen anderer Bereiche (z.B. aus Kitas) aufzufüllen und für das Überleben besonders der Freien Träger ist es ein Muß, auf befristete ABM-Stellen zurückzugreifen. Für die Jugendlichen bedeutet dies u.a. ständig neue Ansprechpartnerlnnen von unterschiedlicher Qualität und Zeitdauer und die Unsicherheit, ob und wie lange Angebote überhaupt abgesichert werden können. Tragfähige Beziehungen kommen so über die Aufbauphase oft gar nicht erst hinaus. Auf der anderen Seite kommen immer wieder Mitarbeiterinnen zum Teil völlig unvorbereitet und unqualifiziert in das Arbeitsfeld mit sogenannten »harten Szenen«, dem sie auf keiner Ebene gewachsen sein können.
Neuerdings wird daneben zunehmend das Glöckchen ehrenamtlichen Engagements geläutet; angesichts sozialer und jugendpolitischer Probleme und Aufgabenstellungen eine absurde und gefährliche Idee unverantwortlicher Politikerinnen, gegen die sich die Träger der Jugendhilfe ins-

gesamt bisher kaum verwahrt haben. Zu klären wäre, ob Jugend(sozial)arbeit unter diesen Bedingungen nicht droht, endgültig kontraproduktiv zum eigentlichen Anliegen zu verkommen, daß im klassischen Sinne lautet: Einen Beitrag zu leisten, daß sich junge Menschen (oder noch klassischer: beschädigte und benachteiligte Individuen) zu autonomen, kritischen Persönlichkeiten entwickeln können und zur Wahrung ihrer legitimen Interessen und ihrer Würde in der Lage sind.

Rechtsextreme Hegemoniebestrebungen in der Jugendszene Leipzig–Grünaus

Bernd Wagner, Ilona Weber, Sylke Kirschnick

I. Darstellung allgemeiner Entwicklungen[1]

Wie der *Verfassungsschutz* und die *wissenschaftliche Feldbeobachtung* bereits dargestellt haben, gibt es in den letzten Jahren seitens rechtsextremer Organisationen strategische Bemühungen, den Rechtsextremismus zu modernisieren und dessen Einfluß auszubauen. Die neuen Bundesländer stehen dabei im Mittelpunkt.
Seit den Verboten *nationalsozialistischer* militanter Organisationen - im wesentlichen der damaligen *Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF).* der *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei f FAP)* und *der Nationalistischen Front (NF),* der *Wiking-Jugend < WJ)* - werden veränderte Konzepte umgesetzt, die aus verschiedenen Organisationen stammen und unterschiedliche Erfahrungen berücksichtigen und synthetisieren. Bestandteile dessen sind:

- *»Nationale Jugendarbeit«* als ganzheitlicher Ansatz
- Prinzip der kleinen Gruppe (Kameradschaft), dezentrale Vernetzung und Eigenverantwortlichkeit
- Eroberung des kommunalen Nahraums und kulturelle Subversion zum Erlangen von Hegemonie. Anstreben von Dominanzen in soziokulturellen Räumen (»national befreite Zonen«)
- Aufbau kommunaler und regionaler politischer und kultureller Organisationen
- Ausweitung politisch-ideologischer Propaganda durch eigene politische und kulturelle Events, perforieren, disfunktionalisieren und konterkarieren demokratischer Veranstaltungen und Strukturen
- Attackieren des demokratisch politischen Systems durch Sammlung von Verdrossenen, Entwickeln kommunalpolitischer Kompetenz und Kapazität

Für die Umsetzung dieser konzeptionellen Leitlinien stehen - nach Auflösung der *Nationalen e. V.* im November 1997 in Berlin[2] - die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)* und ihre Jugendorganisation, die *Jungen Nationaldemokraten (JN).* Den Schwerpunkt bildet die Bindung der Jugend. Erhebliche Erfolge sind bereits zu verzeichnen. Sie wären nicht möglich gewesen ohne eine vorausgehende langjährige Entwicklung. Rechtsextremismus und rechtsextreme Orientierungen junger Leute sind im Osten Deutschlands nicht erst 1990 entstanden, sondern reichen weit in die Geschichte der DDR zurück.
Gegenwärtig glauben viele politisch Verantwortlichen und weite Teile der Öffentlichkeit noch, daß der gegenwärtige Rechtsextremismus nur ein politisches Organisationen-Gebilde sei, das sich vom *Dritten Reich* nicht lösen könne und in den modernen aufgeklärten Zeiten einen lediglich einen Neuaufguß des Alten anzubieten hätten. Einige Jugendliche seien diesem Anachronismus als Verführte und Verirrte erlegen (Betrachtungsmodell Sekten). Andere meinen, daß die Jugendlichen und ihre Eltern zu den Opfern der gesellschaftlichen Modernisierung zählten und deswegen in die behausende Aura des Rechtsextremismus hineinglitten. Dritte finden ihre Erklärung in psychologischen Faktoren und Effekten der Kindheits- und Jugendentwicklung. Manche rücken die Aggressions- und Sammlungsbereitschaft von Männergruppen in den Vordergrund. Und wieder andere finden ihre Erklärungsbotschaft in fortgeschriebenen ideologischen und politischen Klischees, wie dem vom Faschismus als Herrschaftsform des Finanzkapitals.
Diese und weitere Betrachtungsansätze haben punktuell durchaus erklärenden Gehalt, leiden aber an Vereinseitigungen, die in der Studierstube ungefährlich, aber auf der Handlungsebene - in der Politik und in der praktischen Jugendarbeit - zu erheblichen negativen Konsequenzen führen können. Ein Beispiel für die selbst verordnete Fehldeutung des Zusammenhangs zwischen Rechtsextremismus und den Einstellungen bzw. Verhaltensweisen Jugendlicher ist die Annahme, daß hier lediglich Muster der »normalen« jugendlichen Gruppenrivalität ausgelebt würden. Das träfe selbstredend auch auf die »Linken« zu. Entsprechende Gewalt von beiden Seiten sei ein Ausdruck dessen. Diese oberflächliche Sicht begünstigte in den neuen Bundesländern schwerste Ausschreitungen und verharmloste sie im Nachgang. Orte und Regionen wie Schwedt, Wurzen bzw. der Muldentalkreis und der Nordharz seien hier genannt.

Bei jungen Leuten, die sich am Rechtsextremismus orientieren, spielen für ihre Szenebindung folgende Faktoren gegenwärtig eine besondere Rolle:

- Diskurs der sozialen Benachteiligung als Deutsche/Ostdeutsche
- Bevorteilung von Migranten sowie politischer und wirtschaftlicher Funktionseliten und ihrer Organisationen
- Diskurs eines »volksgemeinschaftlichen Zusammenstehens« für eine »deutsche Zukunft«
- Revision bzw. »Korrektur« der Geschichte
- Diskurs gegen Migration, der oft zugleich einer für »ethnische Reinheit« ist
- Diskurs gegen die »Bedrohung« durch sogenannte Fremde bzw. Feinde; Diskurs der notwendigen Bekämpfung alles »Undeutschen«

- Existenz einer entwickelten und stabilen Szenelandschaft als Sozialisationsinstanz auf kommunaler Ebene
- Angebot einer vielfältigen Alltags- und Jugendkulturlandschaft, die sinnstiftend und attraktiv wirkt
- Als Vision wirkt häufig die Vorstellung vom *»nationalen und sozialen Erstarken Deutschlands in den Farben des Reiches - Schwarz-Weiß-Rot[3]«*. Die Bewegung und Aktivität dafür wird als *»Nationaler Widerstand«* definiert, der den Aufbau eigener Strukturen beinhaltet, die flexibel und zugleich von großer Lebensdauer sind.

Diese Strukturen und Diskurse bilden das Skelett des modernen Rechtsextremismus in der Jugendkultur und üben eine enorme Wirkung in der Schule, im Jugendklub, in der Lehrlingsausbildungsstätte, im Gefängnis und selbst bei der Bundeswehr aus. Sie schmieden die rechtsextrem orientierte Jugendszenelandschaft zusammen, die in sich sehr differenziert ist. Sie funktionalisieren Gruppen und Szenen in den Kommunen, Regionen und in überregionalen Zusammenhängen. Sie schließen Gewalt gegen »Feinde« (Migranten, »Zecken«, Schwule, »Asseln«, Juden usw.) im Sinne von »Raumordnung«, »Symbolik« und »Paralyse« ein.

Rechtsextremer Lifestyle

Die Gewalttaten gegen »Feinde« sind häufig keine direkt politischen Handlungen. Sie sind Ausdruck eines alltäglichen kollektiven Handlungsprogramms, das sich bis in die Vorbewußtheit hineinverlagert hat. Sie sind Bestandteil der Lebensart und der »Alltagskultur« der Bewegung jenseits von moralischen Erwägungen und Unrechtsbewußtsein. Sie sind Ausdruck des Elitebewußtseins, dem Willen der meisten Deutschen zum Durchbruch zu verhelfen.
Nicht der unmittelbare Griff nach der politischen Macht im Staat, sondern die Avantgarde im Alltag zu sein, auf der Arbeitsstelle, in der Familie, im Wohngebiet und in der Freizeiteinrichtung steht im Mittelpunkt des Denkens und Handelns. Avantgarde sein, ist die Voraussetzung dafür, an die politische Macht denken zu können *(»Einst kommt der Tag«)*.

Aus diesem Elitebewußtsein ergibt sich die Legitimität der eigenen Aktivitäten, das Sendungsbewußtsein und die Rechtmäßigkeit des Einsatzes von Gewalt gegen »alles, was dem deutschen Volke« schadet. Der Mythos der Gefährdung und Bedrohung der »weißen Rasse und des deutschen Stammes« wird mit der Tatsache sozialer Verwerfungen und mit virtuellen sozialen Bildern (»Feinden«) angereichert. Die Bewegung verschaffte sich mit der Gründung von Musikbands und Fanzines, die nicht allein in der »nationalsozialistischen Ästhetik«, sondern in der Moderne wurzeln (Rock- und Comic-Kultur, Undergroundliteratur etc.), zuerst die Stimmen, derer sie kulturell bedurfte. Verbunden war dies mit einer streng definierten Mode, die zugleich eine Uniformierung der Bewegung darstellte.
Das uniforme Muster wurde zum militanten und führte schließlich zur Soldatisierung der Bewegung. Die Pose des heroischen Kämpfers, der für Volk und Vaterland lebt, liebt, leidet und zu sterben bereit ist, wurde zur kollektiven Habitusform vieler junger Männer, die in der Anerkennung und Bewunderung durch zahlreiche junge Frauen ihre Bestätigung findet. Der »Soldat« - »mitten unter uns, einer von uns« - funktioniert als Vorbild einer totalitären Lebens- und Gedankenwelt und gibt als jugendkulturelle Attraktion den geistig suchenden Jugendlichen Orientierungen.
Diese sozial aufgeladene Ästhetik entfaltete sich nicht nur in der Optik des Outfits der Szenevertreter, sondern gelangte als Fluidum in den soziokulturellen Raum der Szene, besonders in Jugendfreizeiteinrichtungen, die von der »Bewegung« beherrscht werden.
Die Szene und »Bewegung« als lebensweltliche Sozialisationsinstanz ist zu einem bedeutsamen Faktor einer kulturellen, ideologischen und organisatorischen Gegenmacht zu den Werten der Demokratie und Humanität geworden.
Gegenwärtig findet die Transformation der ehemaligen rechtsextrem-orientierten Jugendkulturbewegung, die vor allem an die Skinheads gebunden war, in eine anwachsende kollektive soziokulturelle Selbstinszenierung, in eine Lifestyle-Strömung statt: »Wir sind deutsch und rechts«. In ihr können alle möglichen kulturellen, ideologischen und politischen Muster, Werte und Stile koexistieren: Death Metal, Oi-Rock, Stefanie Hertel, Frank Rennicke, Die Nationalen e.V., der Ku-Klux-Klan, Spreewaldgurken und das Plüschsofa.

Nach verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen und vielfältigen unmittelbaren Wahrnehmungen dürfte es mit dem Jahre 1996 gelungen sein, bis zu einem Drittel junger Leute für rechtsextreme Orientierungen zu interessieren oder gar in die Szene, Bewegung und den modernen Lifestyle-Zusammenhang zu integrieren. Dabei gibt es diesbezüglich örtliche und regionale Unterschiede. Es geht dabei überhaupt nicht nur um junge Leute, die deutliche neonazistische Bezüge erkennen lassen, gar die Lehrerinnen oder Sozialarbeiterinnen mit dem Hitlergruß empfangen und die der naiven Politiklehrerin und dem unwissenden Geschichtslehrer ihr fachliches Renommee bezüglich des Wissens um das *III. Reich* stehlen, sondern um junge Leute, die sich als normale Vertreter ihrer Art ausweisen, aber in ihren Bildbezügen der Vorstellungswelt der *»natürlichen Ungleichwertigkeit von Menschen«* und der Akzeptanz von physischer und struktureller Gewalt zur Durchsetzung dieses »natürlichen Prinzips« gegen andere Menschen frönen.

II. Zur gegenwärtigen Situation in Leipzig–Grünau

II. 1. Aktivitätslinien rechtsextremer Parteien

Um weiteren Einfluß auf die langjährig existente und aktive *rechtsextrem-orientierte Jugendszene* in Leipzig-Grünau bemühen sich gegenwärtig zwei *verfassungsfeindliche,* wenngleich zugelassene Parteien. Das ist zum einen die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*

(NPD) und ihre Jugendorganisation, die *Jungen Nationaldemokraten (JN),* die innerhalb der rechtsextrem-orientierten Jugendszene über eine eigene Basis verfügt und zum anderen die *Deutsche Volksunion (DVU),* die fast ohne Basis von außen versucht, Einfluß zu gewinnen.
Die Chancen auf Erfolg stehen bei der *DVU* wesentlich schlechter. Mangels Kontaktpersonen gelingt es ihr nicht, in die Grünauer Jugendklubs einzudringen, die von der *rechtsextrem- orientierten Szene* als Treffpunkte genutzt werden. Diese Kontaktpersonen sind nötig, da in den Einrichtungen ein formales Parteiwerbeverbot gilt. Außerdem verhindern dies zusätzlich die JN-Mitglieder und Sympathisantlnnen, soweit sie in den einzelnen Jugendeinrichtungen Fuß fassen konnten. Das *Kirschberghaus* ist dafür ein besonderes Beispiel.
Die derzeitigen Chancen der *DVU* liegen deshalb einzig auf der Straße, wo ihre Vertreter in Konkurrenz zu Streetworkerlnnen und Sozialarbeiterinnen versuchen, Einfluß auf rechtsextrem orientierte Cliquen, die sich im öffentlichen Raum bewegen, zu gewinnen. Spürbare Erfolge der Werbung der *DVU* in der rechtsextrem-orientierten Szene sind, trotz des »verschärftem Auftauchen(s) der DVU im Stadtteil«[4], jedenfalls bis jetzt nicht auszumachen.

In Konkurrenz zur Sozialarbeit befindet sich neben der *DVU* auch die *NPD.* Beispiel dafür ist das etwa 20-jährige NPD/JN-Mitglied Ronny G.. der in Stötteritz eine Art Familienhilfe und Krisensituationsbewältigung anbietet. Auch sei festzustellen, daß die Szene versucht, Einfluß auf die Belegung von Wohnprojekten zu nehmen.[5]

Bonus der rechtsextremen Werber zumeist aus dem Raum der *NPD/JN* sind konkrete Angebote. Zu nennen sind hier *Freizeitaktivitäten,* deren deutlicher Schwerpunkt auf *Aktionen* liegt, wie Plakate kleben. Flugblätter verteilen, Fahrten zu Demonstrationen der rechtsextremen Szene, die Förderung von rechtsextremen Musikprojekten u.ä. Sie haben die Funktion, bei den rechtsextrem orientierten Jugendlichen einen *Gemeinschaftssinn* und auf emotionaler Ebene eine *politische Bindung an die Partei* zu schaffen. Ebenso erreichen sie dies durch Angebote zur »Lebenshilfe«, z.B. Hausaufgabenhilfe für Jüngere oder die Vermittlung von Lehr- und Arbeitsstellen für Jugendliche.

In Leipzig-Grünau ist festzustellen, daß hochrangige Kader der *NPD/JN* soziale Schlüsselpositionen im Inneren der rechtsextrem-orientierten Jugendszene innehaben und eine »Führer«-Hierarchie etablierten. Dabei spielt das *Kirschberghaus* im Stadtteil eine besondere Rolle. So agiert z.B. im JBV dieses Objektes eine Gruppe, die von einem Sozialarbeiter als »Kopfgruppe« bezeichnet wird. Er charakterisiert sie als die, *»die wirklich obenauf sitzen. Das heißt: Wenn die reden, ist es still. Die haben einen derartig hochliegenden sozialen Status, daß ihr Verhalten als Muster genommen wird, daß ihre Meinung als maßgeblich angesehen wird. Von allen. Das sind Ältere. Da zählt die Erfahrung, die die haben. Die machen das schon so lange, die wissen doch, wo 's lang geht.«*[6] Weiter analysiert er die Publikums-Situation im *Treff 2* des Kirschberghauses folgendermaßen: Es gibt *»die >absoluten Führen, die >Unterführer<, die Gruppenangehörigen. Bindekraft hat nur der absolute Führer. Die Unterführer sind von seinen Gnaden abhängig. Zur Gruppe gehört, wer ein gewisses Maß an Respekt durch den absoluten Führer genießt«*[1].
Zu dieser »Kopfgruppe« - deren Mitglieder ausschließlich in Ausbildung/Lehre und Beruf stehen und »den Treff gemacht haben« - gehören u.a. *Dirk Amende* und *Mike Zimmermann.*
Amende (30) - nach der Wende zunächst DVU-Mitglied - trat Ende 1990 in die FA/*[8] ein, in der er bis 1993 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden aufstieg. In dieser Zeit führte er in Leipzig auch Parteischulungen durch und war schon früh an der Organisation von Nazikonzerten beteiligt. *Zimmermann* war schon in der DDR aktiv. Er gehörte schon 1990 gemeinsam mit Sven Drescher, Daniel Aster zum engeren Kreis gewaltbereiter *»volkssozialistischer«* Nazis der *Völkischen Front Leipzig* als örtlicher Träger der *FAP. Zimmermann* war an mehreren Überfällen beteiligt, so 1992 auf das Eilenburger Flüchtlingsheim und auf ein besetztes Haus in der Stemwartenstraße, das unter Inkaufnahme der akuten Gefährdung von Menschenleben in Brand gesetzt wurde.[9] Nach seiner Inhaftierung am 4.Oktober 1992 übernahm *Dirk Amende* seine Funktion.
Zimmermann war und ist als *Führungskader* beständig bestrebt, jene rechtsextremen Szenegruppen zu vernetzen und zu strukturieren, die sich in verschiedenen Phasen in Leipzig gebildet hatten[10] und haben, aber auch darüber hinaus, wie u.a. die Kontakte nach Zwenkau (Band *»Kroizfoier«)* oder in das Ruhrgebiet. Inzwischen ist Mike Zimmermann *NPD-Pressesprecher* und publiziert in der *Deutschen Stimme,* dem bundesweiten Presse-Organ der *NPD.*

»Wir bekommen jede Menge Zuspruch von den Leuten auf der Straße«, behauptet jedenfalls der Skinhead »Ossi«, NPD-Mitglied aus Leipzig. »Vor allem Ältere klopfen uns auf die Schultern.«
Der 23jährige (»Ich bin Nationalsozialist«) hängt in Stralsund seit 4 Wochen Plakate auf. Vor kurzem hat er sich mit einigen Linken geprügelt, die im Plattenbauviertel Knieper-West NPD-Plakate beschädigt hatten.

(zitiert aus: »Die Welt« vom 18.9.1998)

Zum Stammpublikum des Kirschberghauses gehört auch *Daniel Oswald,* genannt *»Ossi«,* der von der *NPD* gezielt für die Rekrutierung jugendlicher Mitglieder eingesetzt wird - *»bei dem mußt du auch aufpassen, weil der rekrutiert - das ist sein Job.«"* Dazu nutzt er Treffpunkte von Jugendlichen, die sich selbst als »rechts« einordnen - also Schulen und Jugendklubs, z.B. den *JC Mühlstraße* und die *125. Mittelschule.* »Ossi« ist auch überregional in Aktivitäten der rechtsextremen Szene involviert. Im Januar 1998 gehörte er zu einer kleineren Gruppe um den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der *NPD, Jürgen Schön* aus Leipzig, die auf einer Demonstration gegen die Ausstellung *»Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1939 bis 45«* am 24. Januar 1998 in Dresden marschierte. Ebenso war er im September 1998 in die Vorbereitung der Abschlußkundgebung der *NPD* zur Bundestagswahl in Rostock eingebunden.

Neben der NPD-Fiihrerriege, die von einem Sozialarbeiter naiv so charakterisiert wird: *»Bis auf einen einzigen NPD-Mann (hat) keiner von den NPD-Funktionären auch nur annähernd den sozialen Status, das er hier eine Chance hat.«*[12]- verkehren im Kirschberghaus aber auch Personen unter denen *»der größte Anteil an politisch organisierten Rechten zu finden ist. Sie nutzen den Treff 2 als Kontaktstelle. Verbindung für diese politischen Pendler ist meist >Ossi<.«*[13], z.B. die Altenburger und Riesaer Neonaziszene und die Führungsebene der *NPD* aus Wurzen[14] - *»Die kommen hier rein. Halten sich an das, was hier läuft und gut.«*[15] Dieser enge Kontakt zur Muldentaler NPD-Szene besteht schon seit langer Zeit.[16] Damals *bestand bei dem Treff 2-Publikum der Wunsch,* regelmäßige *Kameradschaftstreffen* einzuführen. Diese fanden einige Zeit mit Kenntnis der Mitarbeiterinnen des *JBV* auch im Kirschberghaus statt, wurden dann aber in eine nahegelegte Gaststätte verlegt.[17]

Obwohl offiziell untersagt, findet im Kirschberghaus Werbung für die *NPD/JN* trotzdem statt. *»Es ist in der Hausordnung untersagt, hier Propagandamaterial zu lagern, zu verteilen etc. Wir wissen auch, daß sich die Jugendlichen da nicht in jedem Fall dran halten. Bloß hier ist das Problem, daß, was von der NPD oder anderen, z.B. Junge Nationaldemokraten an Propagandamaterial hier über den Tisch geschoben wird, nicht dazu führen kann, daß wir jetzt die Polizei holen und das einkassieren lassen. Es ist ja auch kein Material verfassungsfeindlicher Organisationen*[18]*. (...) Wir wissen, daß einige der Jugendlichen als Werbemittelverteiler aktiv sind und wir versuchen, darauf Einfluß zu nehmen, wenn sie das unbedingt wollen, daß sie das nicht hier machen. Weil wir (...) nicht Gefahr laufen dürfen, dann als Szenelokal der NPD mißbraucht zu werden und diese Gefahr besteht immer«*.[19]

Doch das Kirschberghaus dient nicht nur als Umschlagplatz für Propagandamaterial. Parteischulungen und -ereignisse werden von hier aus gemeinsam besucht. Es ist Treffpunkt für gemeinsame Fahrten zu Konzerten, u.a. in das NPD-Haus in Wurzen. Vom Treff 2 wurde für die NPD-Demonstration gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1939-45« in München im März 1997 nach Angaben von Sozialarbeiterinnen sogar ein Bus organisiert, in dem Klientel und Mitarbeiterinnen gemeinsam fuhren.[20]

Kameradschaftsabende finden seit 1998 in externen Räumlichkeiten statt. *»Wir wissen, daß sie stattfinden. Die Jugendlichen kommen auch zu uns und sagen: >Jetzt melden wir uns ab, heute abend wird's bei Euch nicht voll sein, wir haben Kameradschaftsabend oder Führergeburtstag o.ä. Solche Dinge werden bei uns nicht gefeiert.«*[21]

Da sich die Jugendorganisation der *NPD* - die *Jungen Nationaldemokraten* - als eigenständige Kaderorganisation betrachtet und in ihrem Kurs durchaus von den Vorgaben der Mutterpartei abweicht, stellt sich die Frage, ob die *NPD* oder die *JN* dominierende Kraft im *Kirschberghaus* ist.

Die entscheidenden Kader, wie *Mike Zimmermann* oder *Marcus Müller* (NPD-Kreisvorsitzender im Muldentalkreis) stehen der *JN* sicher näher als der Mutterpartei, zumal sich in der Leipziger *NPD* um den stellvertretenden Bundesvorsitzenden *Jürgen Schön* eine Haltung etabliert hat, die vom gewaltbereiten, von Skinheads geprägten Image der *NPD* wegkommen will. Projekte wie das Kirschberghaus und der *NPD-Jugendklub* in Wurzen sind da eher hinderlich. In der Tat ist ja auch der Streit zwischen Schön und der Muldentaler *NPD* nicht zuletzt bei der Mandatsvergabe für die kommenden Wahlen entbrannt. Trotzdem erkennt *Schön* sehr wohl die Bedeutung solcher Jugend-Treffpunkte als Orte, wo *»national gesinnte Jugendliche erstmal zusammengefaßt werden«*[22] und dadurch erstmals für die *NPD* erreichbar und nutzbar gemacht sind. Andererseits setzt die *JN* nicht auf ungebremsten Mitgliederzuwachs. Als Kaderorganisation wählt sie aus. Die Verteilung von NPD-Propaganda und Werbung durch NPD-Mitglieder, wie *Daniel »Ossi« Oswald,* stehen also nicht im Gegensatz zu einer JN-Dominanz. Für diese spricht, daß die Kameradschaftsabende von den *Jungen Nationaldemokraten* organisiert werden.

II.2. Autonome, Freie Kameraden und Naziskinhead-Gewalt

Mittlerweile scheinen sich auch auf der praktischen Ebene die Konflikte zwischen aktionistischen »Jungfaschos« und der *NPD,* auch ein Kennzeichen der ideologischen Unterschiede zwischen Freien Nationalisten und *NPD,* zuzuspitzen.[23] Diese könnten zu einer Abspaltung von der *NPD/JN* führen. Derzeit kursieren Gerüchte über einen *»Leipziger Heimatschutzbund«*[24] um *Jaschi Lang* und *Sebastian Strauch,* der sich offensichtlich am 19. September in Rostock bei der NPD-Demonstration als Ordner betätigte[25] und eine Schlägergruppe anführt, die sich selbst *»Sturmtrupp Grünau«* nennt.

Strauch macht neben NVA-Outfit auch durch Drohungen, Überfälle und Straßenterror auf sich aufmerksam. So zum Beispiel mit der Ankündigung eines Überfalls auf das Max-Klinger- Gymnasium im November 1998[26] oder mit einem Überfall auf einen Schüler im Lichtenberg- Gymnasium (ein Verletzter) am Vormittag des 25. November 1998. Aber auch andere Cliquen entwickeln sich immer wieder zu Schlägertrupps.

Außerdem kommt hinzu, daß sich die Gruppierungen der *Hammerskins*[27] und der *Blood & Honour*[28]*-Skins im JBV-Bereich des Kirschberghauses nicht nur untereinander teilweise sehr rivalisierend gegenüberstehen, sondern deren »Führerpersönlichkeiten« auch den Beeinflussungs- und Rekrutierungsversuchen der Parteien ablehnend gegenüberstehen. Sie verfolgen eigene Ziele, sind aber für gemeinsame politische Aktionen durchaus aufgeschlossen.

Diese Gruppen sind zu einem späteren Zeitpunkt näher zu beleuchten.

Trotz der Ausrichtung der Grünauer Sozialarbeit auf Gewaltprävention scheint es so, daß Überfälle auch direkt vom *Kirschberghaus* ausgegangen sind.

In vielen Fällen dient es aber auch nur als Zentrum für Informationsaustausch und den Kontakt zu losen autonomen rechtsextrem-orientierten Cliquen.

Überfälle auf sich bildende Cliquen offensichtlich nicht rechtsextrem-orientierter Jugendlicher gab es im Robert-

Koch-Park, in dem offenen Treff *Völkerfreundschaft* (Völle), im Projekt der *Mobilen Jugendarbeit Schulgarten* und auf zahlreiche Einzelpersonen:

- Völle: In Anwesenheit von Mitarbeiter Marko passiert zwar im Jugendtreff selbst nichts, aber trotzdem kommt es davor zu Übergriffen. Im Frühjahr 1998 war sie für 1-2 Monate Treff für andere Jugendliche bis 20-30 »Faschos« aus dem Kirschberghaus kamen. Der Sozialarbeiter des *JBV* informierte kurz vorher den Mitarbeiter in der Völle. Dieser schickte die Jugendlichen mit dem Hinweis auf die heranrückenden »Faschos« kurzerhand nach Hause. Die Clique löste sich aufgrund der latenten Bedrohungssituation auf.
- Jugendklub »Schulgarten«: Nach anfänglicher Koexistenz im Sommer 1998 wurden einzelne Jugendliche auf dem Heimweg verprügelt. Daraufhin gaben sie den Klub als Treff auf und sind seitdem nur noch vereinzelt im Publikum und im Motorradclub.

Dies sind nur wenige Einzelbeispiele.

11.3. Verbotene verfassungswidrige Organisationen

»Es gibt sicherlich unter den Jugendlichen, die bei uns verkehren, auch einige, die in verbotenen Organisationen irgendwo und irgendwie integriert sind (...) da gibt's dann auch Quen'erbindungen zur Wiking - Jugend und zu anderen. «[29]

Bis zu ihrem Verbot am 10. November 1994 war die *Wiking-Jugend* in Leipzig besonders auch in Wurzen und Grimma aktiv und ist inzwischen von der *NPD* personell integriert worden. Gleiches trifft auf die Mehrzahl der mittlerweile verbotenen rechtsextremen Gruppierungen zu, wie z.B. die *Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP).* Es läßt sich feststellen, daß die NPD zum Sammelbecken der »Bewegung« geworden ist.[30] Es bleibt den Behörden der Inneren Sicherheit und der Justiz Vorbehalten, festzustellen, ob die Fortführung verbotener Organisationen gem. Strafgesetzbuch gegeben ist.

11.4. Rechtsextreme Musik/Bands

Nach Einschätzung eines JBV-Mitarbeiters wirkt *»(...) das gemeinsame >Rechts sein<, die gemeinsame Musik (...)«* bei dem Publikum des Kirschberghauses als verbindendes Element, also gemeinschafts- und sinnstiftend vor dem Hintergrund rechtsextremer Ideologie. Dies deckt sich mit Aussagen eines rechtsextrem-orientierten Jugendlichen aus dem *Kirschberghaus,* der auf die Frage, wie sich die Teilung des Hauses in JBV und kommunalen Teil auf das Publikum auswirkt, antwortet: *»Wir sind wie eine große Familie und wir sind rechts«.* Dementsprechend schätzt ein Mitarbeiter des *JBV* auch den Stellenwert des Musikmachens für die Mitglieder der Bands ein: Es sei *»eindeutig, daß die Aussagen, die Texte in ihrer Musik den wichtigeren Anteil bilden.«*[31] Ein JBV-Mitarbeiter hegte die Hoffnung, durch Einflußnahme auf im Hause probende rechtsextreme Bands eine Änderung zu erzielen, was zum einen ein pädagogisches Ziel sein kann, zum anderen darauf verweist, daß im JBV die rechtsextreme Kennung von Bands nicht unbekannt ist, was natürlich keinerlei strafrechtliche Relevanz besitzt, wie auch die Kenntnis des Verbreitens nicht strafrechtswidriger rechtsextremer Materialien oder der Hinweis auf die Fortexistenz einer verbotenen Organisation.

Dies festzustellen, ist im Zusammenhang mit dem Vorgehen des Jugendamtes in Person des Herrn Wischniewskis, nicht unwichtig, der die Kritik an der Situation in Leipzig-Grünau und wahrgenommene Funktion eindimensional auf Vorwürfe gegenüber Mitarbeiterinnen, dem Projekt-Trägerverein JBV bezieht und sogar Beschuldigungen wegen begangener Straftaten annimmt. Er hat nicht wahrgenommen, daß es sich um eine Kritik und den Ruf nach Hilfe in die Richtung des demokratischen Staates von jenen handelt, die die strukturelle Situation in Leipzig-Grünau gegen sich gekehrt sehen, weil rechtsextreme Kräfte und ihr Gefolge in Geist, Gruppen und Tat, die ihnen bürgerrechtlich zustehende Bewegungsfreiheit nehmen und die verfassungsmäßige Gewährleistung ihres Lebens, ihrer Gesundheit und ihrer menschlichen Würde begründet beeinträchtigt, gar bedroht sehen.

Nach Auffassung von Herrn *Wischniewski* - die sich auf Aussagen der Polizei zu stützen scheint - sei in Leipzig-Grünau kein Gewaltproblem vorhanden, daß seinen Hintergrund in Feindbildorientierungen in der rechtsextrem-orientierten Szene hätte. Zugleich wird verlautet, daß auch das Kirschberghaus nicht als bezeichneter Ausgangs- und Knotenpunkt fungiert.

Die zutage tretende Diskrepanz kann momentan noch nicht objektiviert werden. Nach Erkenntnissen des Zentrum Demokratische Kultur ist in den neuen Bundesländern das Dunkelfeld tatsächlicher Gewaltaktivitäten der rechtsextremen Szene offenbar neunmal größer als bei der Polizei angezeigt. Dies deckt sich mit einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen zur Gewalt unter Jugendlichen von 1998, wonach in Leipzig von lediglich 13% angezeigter Straftaten ausgegangen wird. Insofern ist die Erklärungsrelevanz des Jugendamtes und der Polizei unerheblich.

Im Eigentlichen geht es um die *Struktur der demokratisch gewaltfrei wertorientierten Milieus und Lebensauffassungen im Verhältnis zur tatsächlich präsenten rechtsextrem-orientierten Kontrastgesellschaft, die sich örtlich, räumlich, geistig und auch in gewalttätigem Handeln darstellt.*

Im *Kirschberghaus* verfügen mehrere Bands über vom Jugendamt der Stadt Leipzig direkt vermietete Proberäume. Es handelt sich dabei nach offiziellen Aussagen von Anfang Dezember 1998 um die Bands *»Odessa«* und *»Solution«,* ferner *»Loom«*[32] und die Mädchenband *»Ostara«.* Nach Angaben des Kriminalpolizeilichen Staatsschutzes Leipzig (Stand Januar 1998) probten dort zumindest bis Januar 1998 im Kirschberghaus die rechtsextremen Bands *»Odessa«*[33] und *»Sturmtrupp«, »Reichssturm«* und *»Stahleemer«,* die zwar selbst nicht verboten sind, aber - wie in dieser Szene üblich - verbotene rechtsextreme Lieder nachspielen. Der Kriminalpolizeiliche Staatsschutz schätzte

ein, daß die Mitarbeiterinnen *»von den Proben nichts mitkriegen«* und *»sicher die Texte nicht kennen«*r.[34]

II.4.1. Einwohneranfrage EF 172

In der vom Jugendamt erstellten Antwort auf die *Einwohneranfrage EF 172* in der Stadtratsversammlung vom 16.12.98 wird das Problem rechtsextremer Bands verharmlost.
Dort ist lediglich von vier Bands *(»Odessa«, »Ostara«, »Loom«* und *»Solution«)* die Rede, von denen nur zwei unter dem schwammigen und noch zu hinterfragenden Begriff *»Rechtsrock«* definiert bzw. als *»junge Rockbands und Tanzmusikformationen«* aufgeführt werden. Die Band *»Odessa«* hat dieser Antwort zufolge Hausverbot (allerdings - wenn überhaupt - erst wenige Tage und vermutlich aufgrund der Ausstrahlung des ARD-Berichtes über ein Konzert im NPD-Haus in Wurzen und des vermehrten öffentlichen Drucks).
Laut eines Interviews auf der Jugendseite der *Leipziger Volkszeitung LVZ* vom 17.12.98 probt *»Loom«* nach Eigenaussagen allerdings nicht im *Kirschberghaus*, sondern in der *»Friedenskirche«*.
Die Mädchenband *»Ostara«* wird bei der Aufstellung des Jugendamtes unter der Bezeichnung »OiV-Musik[35] geführt. Nicht nur der nordisch-mythologische Namensbezuges der Band läßt ihre Nähe zur rechtsextremen Vorstellungswelt deutlich werden, sondern sie werden auch im Internet auf einschlägigen Sites der rechtsextremen Szene geführt.[36]
Die offizielle musikalische Kategorisierung der Bands durch das Jugendamt der Stadt Leipzig erweckt bei Außenstehenden und in Sachen Rechtsextremismus Unkundigen den Eindruck, die städtischen Proberäume würden nicht an rechtsextreme Bands vermietet.
Auf die Frage, was sich hinter der Definition *»Rechtsrock«* verbirgt, antwortete der zuständige Dezernent Girardet folgendermaßen:
»Mit »Rechtsrock« bezeichnet man üblicherweise Rockmusik, deren überwiegend deutschsprachige Texte rechtes bis rechtsradikales Gedankengut transportieren. (...) Rechte Oi-Musik transportiert ebenfalls über die Texte rechtes bis rechtsradikales Gedankengut.«
Diese Einschätzung ist schon insofern problematisch, als sie den schwammigen Begriff »rechts« einführt, der auch für eine Band der demokratischen *Jungen Union* zutreffen könnte, und die in der kundigen Öffentlichkeit die rechtsextreme Qualität von Bands und ihrer Produktionen, die sich hinter dem Begriff *»Rechtsrock«* verbergen, herabmindert.

Die Bandproberäume im *Kirschberghaus* sind für die Mitarbeiterinnen nicht kontrollierbar. In der Antwort auf die *Einwohneranfrage EF 172* vom 16.12.98 heißt es zwar: *»Bandeigene Schlüssel wurden eingezogen (Allerdings nicht vor Dezember 1998 - d. Verf.). Dadurch wurde der unkontrollierbare Zustand der Einrichtung auf die Öffnungszeiten begrenzt. Probezeiten außerhalb der Öffnungszeiten sind nur mit Zustimmung des Leiters möglich.«* Die Aussagen der Mitarbeiterinnen[37] selbst belegen anderes. Ebenso muß festgestellt werden, daß bei derartigen Besichtigungen nicht nur die Proberäume der rechtsextremen Bands, sondern auch die ebenso in Selbstverwaltung befindlichen »rechten« Cliquenräume ausgespart werden, so daß natürlich der Eindruck eines »normalen« Jugendklubs entsteht.

Schwurbrüder gründete sich im Jahre 1996, als Nachfolgeband von OISTAR PROPER. Podi (Gesang), Zwiebel (Gitarre), Sachse (Bass) und Bretti (Schlagzeug). Leider nahm der Sänger die Sache nicht so ernst, wie erwartet, das es zur ersten Umbesetzung kam. Für Podi sprang Aster ein. Das selbe zählte auch für den Gitarristen, der durch Ullo ersetzt wurde. So wurde die derzeitige Idealbesetzung gefunden. Da alle schon Band-Erfahrungen hatten, viel der Anfang nicht schwer. (OISTAR PROPER, Askanier, Moiterei) Musikalisch probiert man sich an allen guten R. A.C. Bands zu orientieren. Es folgten die ersten Konzert-Auftritte im Raum Sachsen und Thüringen, z.B. mit »Sturmtrupp«, »Faustrecht«, »Idee Z«, und allen Leipziger Bands. Im Frühjahr 1998 wurde das erste Demo-Tape aufgenommen, welches sich qualitätsmäßig hören lassen kann. Für 1999 ist eine CD in Planung. Noch ist nicht klar bei welchem Label. Man ist für alles offen.

(Selbstdarstellung der Band Schwurbrüder. Nachzulesen auf der Homepage von Solution)

Musiker von *»Odessa«, »Schwurbrüder«, »Solution«, »Stroifoier«* und *»Ostara«* verkehren im Treff 2 und sind für die Szene maßgeblich meinungsbildend. Zum Repertoire der Bands gehören Lieder, wie *»Blut muß fließen«* und *»NSDAP«*[38]. In *»Blut muß fließen«* kommen folgende Textzeilen vor, die die Straftatbestände der Volksverhetzung und Aufforderung zu Straftaten erfüllen:

»Wetzt die blanken Messer auf dem Bürgersteig,
laßt sie flutschen in den Judenleib!«

»Blut muß fließen knüppelhageldick, wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik.«

»Ich brauch (...) keinen Nigger, um beim Fußball Tore zu sehen.(...) Ich will, daß wir uns vom Fremdenpack befreien.
Refrain: Tritt einfach noch mal rein in so 'n dummes Schwein, bis er aufhört, nach Mama zu schreien.« (Text von »Reichssturm«)[39]

Trotz Kenntnis der Strafwürdigkeit des Liedgutes seitens der Mitarbeiterinnen des *JBV* werden den Bands vom Jugendamt Leipzig - evtl. mit Ausnahme von »Odessa«[40] - bis heute Probemöglichkeiten zur Verfügung gestellt.

Über die Zielsetzung der sozialpädagogischen Betreuung der Grünauer Bands heißt es in den Prämissen des Jugendamtes u.a.:
I. Förderung der Bands in logistischer, beratender und informativer Hinsicht[41]

2. kulturpädagogisch kompetente Anleitung in bestimmten Bereichen
3. Schaffung einer *Atmosphäre gegenseitiger Achtung und Akzeptanz unter den Jugendlichen* mit verschiedenen sozialen Strukturen und *politischen Orientierungen*[42]
4. *Abbau von Aggressionen, Haß und Ausländerfeindlichkeit*
5. Selbstfindung und *Orientierung* junger Menschen mit den Mitteln der Rock- und Popmusik durch gemeinsames Musizieren
6. Durchsetzung von Ordnung, Sauberkeit und *Sicherheit* in den Proberäumen.

Kritisch zu hinterfragen ist, abgesehen von der Dürftigkeit, die Praxis der Umsetzung der Vorgaben des Jugendamtes:

- Es besteht keine Übersicht über die Selbstdefinition und die Veröffentlichungen der Bands und ihrer Einordnung in den Kulturbetrieb, insbesondere des rechtsextremen sowohl örtlich, regional und überregional.
- Es besteht keine Gewißheit darüber, ob Bands die Proberäume nicht für verfassungsfeindliche und rechtsextrem-kultursubversive Bestrebungen und Ziele nutzen.
- Es gibt keine qualifizierte, kulturpädagogisch kompetente Anleitung für die Orientierung junger Menschen an demokratischen Grundwerten.
- Es besteht keine Gew ähr dafür, daß Proberäume nicht für die Vorbereitung von Straftaten genutzt werden.
- Es nicht zu erkennen, welche sozialpädagogischen Standards und Ziele zum *Abbau von Aggressionen, Haß und Ausländerfeindlichkeit und zur* Schaffung einer *Atmosphäre gegenseitiger Achtung und Akzeptanz unter den Jugendlichen* mit verschiedenen sozialen Strukturen und *politischen Orientierungen* bestehen und lagebedingt fortgeschrieben werden.

Erstaunlicherweise aber berichtet ein ehemaliger Mitarbeiter des JBV[41], der jetzt ehrenamtlich im kommunalen Teil des Kirschberghauses tätig ist, daß zu keinem Zeitpunkt - weder von Mitarbeiterinnen des JBV noch des kommunalen Jugendklubs - mit den Bands sozialpädagogisch gearbeitet wurde, sondern die Bandproberäume in Selbstverwaltung durch die Bands genutzt werden - *»Das ist quasi ein luftleerer Raum«.* Dies deckt sich mit der Tatsache, daß eine Besichtigung der Proberäume mehrere Male nicht möglich war, weil die Mitarbeiterinnen gar keine Schlüssel zu ihnen hatten.[44] Ob mit den Bands überhaupt sozialpädagogisch gearbeitet wurde oder wird, bedarf aufgrund der Widersprüchlichkeit der Aussagen einer Klärung, die nur verwaltungsintem herbeigeführt werden kann.

Auch in anderen Grünauer Jugendklubs bestehen Probemöglichkeiten für rechtsextreme Bands. So proben in der *Völkerfreundschaft* u.a. die *»Schwarze Division«* (ehemals *»Stroifoier«), »Schwurbrüder«* und *-Donnerkeil«.* Die Band *»Schwarze Division«* beschreibt ihre Texte *»als vom 4. Reich handelnd«.* Mitglied der Band ist der oben schon erwähnte *Sebastian Strauch.*

Auch hier sind die Aussagen des Jugendamtes vom 16.12.1998 unvollständig. Auf der Liste der dort probenden Bands fehlt z.B. die *»Schwarze Division«,* aber auch andere.
Nach Auskünften des für die Proberäume verantwortlichen Mitarbeiters von Anfang Dezember sind diese nämlich an über 30 Bands vermietet, die Liste des Jugendamtes zählt allerdings merkwürdigerweise nur 27 Bands und Einzelpersonen auf.
Weiter heißt es in den Ausführungen des Jugendamtes zu beiden Häusern: *»Gesondert zu betrachten sind hierbei die Gruppen, die dem rechten Spektrum zuzuordnen sind und wo der Verdacht auf Verbreitung verfassungsfeindlichen Gedankenguts besteht. (...) Unter diesem Aspekt werden (außer »Odessa«) sieben weitere Bands geprüft (...) eine Beweislage für eine Indizierung bzw. Verbotsantrag der Bands ist derzeit nicht gegeben.«*
Abgesehen davon, daß auch rechtsextreme Bands nicht zu verbieten, sondern nur Produktionen über ein juristisches Verfahren zu indizieren oder einzuziehen sind oder Personen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen sind, stellt sich die Frage, ob solchen Bands über das Jugendamt staatliche Vorzugskonditionen gewährt werden sollen. Die Frage, ob Sozialarbeit in dieser Form überhaupt weitergeführt werden kann, muß dann gestellt werden, wenn nur noch eingeschränkte Raumverwaltung stattfindet und als Deckungsraum gegenüber öffentlicher Kritik fungiert. Aufschlußreich ist es, daß diese Situation bis zur Gegenwart andauert, obgleich seit dem Frühjahr ein einschlägiger Fortbildungszyklus zu all den aufgeworfenen Fragen durch das Jugendamt gefördert wurde. Anzumerken ist, daß alle externen Referenten den Eindruck hatten, daß sehr gedrosselt über die tatsächlichen und unmittelbaren Probleme gesprochen und mehrfach von verschiedenen Jugendarbeiterinnen verschiedener Träger geäußert wurde, daß es wohl nicht erwünscht sei.

Es scheint dringend notwendig, daß das Jugendamt:

- eine durch Kriterien gesicherte Evaluation aller Leipziger Projekte hinsichtlich der Möglichkeiten und Grenzen der Jugendarbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen auch unter Anwendung der Grenzkriterien der *Akzeptierenden Jugendarbeit* vollzieht und darüber berichtet
- die Fortbildung zu dieser Problematik wie beabsichtigt in Fortsetzung des Ansatzes des Facharbeitskreises »Strategie contra Ohnmacht« aus dem Jahr 1998 über die RAA Leipzig sichert
- eine Übersicht über alle im staatlichen Förderungsbereich agierenden Bands erstellt wird und eine Beurteilung erfolgt, welche Bands selbstdefinitorisch und kontextuell rechtsextrem sind
- diese Bands von der Nutzung öffentlich geförderter Räumlichkeiten künftig ausschließt.

Die Stadt Leipzig sollte eine längerfristig gestufte Untersuchung einleiten, die die Struktur der demokratisch gewaltfrei wertorientierten Milieus und Lebensauffassungen im Verhältnis zur tatsächlich präsenten rechtsextrem-orientierten Kontrastgesellschaft, die sich örtlich, räumlich, geistig und auch in gewalttätigem Handeln darstellt, eruiert

und ein ganzheitliches Konzept der kommunalen Selbstverwaltung und Demokratie *diskursiv* aufbaut. Deshalb sollten sich die Diskussionen nicht nur um die Jugendarbeit und die Sozialarbeiterinnen und das Jugendamt gruppieren, die z.T. auch zu Unrecht in Erklärungsdruck gebracht werden. Es gilt umgekehrt, nach einem motivierenden mitnehmenden Ansatz zu suchen, der sich von den meist noch spontanen Regungen in der jugendpolitischen Zuwendungspolitik leiten läßt. Das schließt die schrittweise Neuordnung der Jugendhilfeplanung ebenso ein.

II.4.2. Internet-Aktivitäten der Leipzig-Grünauer Musikszene

> Wir gründeten uns im Januar 1997, natürlich in Leipzig. Wir bestanden damals aus: Rudi und Andre' (vorher bei Oiphorie). FeWa (vorher Stoerenfried) und Linse (vorher Askanier). Wir hatten zu dieser Zeit viel geprobt, einige Auftritte, ein Demo veröffentlicht und natürlich den Traum von einer CD. Leider kam es im Herbst '97 zum Streit Zwischen uns, Grund: Gerüchteküche und Unstimmigkeiten, so daß wir uns auflösten.
> Anfang des Jahres '98 begannen wir wieder, in neuer Besetzung, zu proben. Mit von der Party waren neben Linse (Gesang) und Andre' (Gitarre), noch Erik (Schlagzeug) und Freddy (2. Gitarre) (beide vormals bei der Band Stahleemer vertreten) und Schelle (Bass).
> Unsere Einflüsse kommen wohl aus dem HC+R.A.C. Bereich. Vergleichen würden wir uns aber auf keinen Fall mit einer in,- oder ausländischen Band. Wir spielten ein »Proberaum« -Demo mit neuer Besetzung ein. Am 15. August 1998 hatten wir mit neuer Besetzung unseren ersten Auftritt, wo wir unserer Meinung nach ein gutes Debüt ablegten, gleich eine Woche darauf verloren wir unseren Proberaum in einem städtischen Jugendclub, wir fanden aber schnell Ersatz in einem bekannten Leipziger J.C.

(Selbstdarstellung der Band Solution auf ihrer Homepage)

Das Internet erfreut sich zunehmend größerer Beliebtheit in der Leipziger Szene. Leipziger rechtsextreme Bands nutzen die Homepage von »Solution«:
http://mitglied.tripod.de/~solution/index 1 ,htm

Wahrscheinlich aufgrund des seit Wochen andauernden öffentlichen Drucks und der angekündigten und z.T. schon erfolgten Reaktionen der Ermittlungsbehörden (z.B. die Beschlagnahme der Gesamtpressung der neuen CD von »Odessa«) sind die rechtlich bedenklichsten Seiten in der Zwischenzeit z.T. gelöscht bzw. verlagert worden.
Aber auch vorher mußte der Anbieter (z.B. Telekom) aufgrund des Inhaltes der Site mehrmals gewechselt werden. Dabei wurde immer wieder auf Server umgezogen, die schon von einschlägigen und auch international bekannten rechtsextremistischen Gruppierungen genutzt werden.
Augenblicklich ist die *Site* bei *tripod.de* zu finden, einem Anbieter für kostenlose homepages.
Die e-mail-Adresse läuft allerdings noch immer über die Telekom.
Seit dem Einrichten der Site am 16.04.98 wurde sie regelmäßig aktualisiert und ist bis heute über 1.100 mal aufgerufen worden[45], Tendenz kontinuierlich steigend. Die Mehrzahl der Aufrufe kommen aus Deutschland (ca. 42%), Europa (mit Deutschland 49,2 *%)* und den USA (13,2%).
Die Site enthält nicht nur die Selbstdarstellung der Band *»Solution«,* sondern gibt auch anderen rechtsextremistischen Bands des näheren Umfelds dazu Gelegenheit.
Hier können sich die Nutzerinnen aber nicht nur über die Bands und ihre zumeist illegal vertriebenen Tonträger informieren, sondern auch Texte verbotener Bands und Titel abrufen.
Über diese Seiten wird überdies ein funktionierender Verkauf und Tausch dieser Tonträger organisiert, der nachweislich über den *Treff 2* des JBV abgewickelt wird. Dabei sind indizierte Titel und Bands bewußt nicht in die Liste aufgenommen worden, der Erwerb solcher ist aber ohne Schwierigkeiten möglich, worauf auch schon allein der Vermerk, daß verbotene Bands und Titel natürlich nicht in die Liste aufgenommen werden können, hinweist.
Der Handel mit diesen Tonträgern wird über die e-mail-Adresse organisiert. Zu dieser e-mail-Adresse gehört die Homepage, auf welcher bis vor einiger Zeit die Seiten von *»Solution«* angeboten wurden.
Verantwortlich für diese Seiten ist *Paola Hammer*[*6],* bei Anruf unter der zu dieser Seite gehörenden Telefonnummer ist allerdings *André Rother* von *»Solution«* zu erreichen, über den auch der Vertrieb von Tonträgern abgewickelt wird.

Logo der Internetseite des United Skins webrings

Eine Gästeliste und deren Einträge[47] läßt in ihrer Deutlichkeit keine Zweifel offen: Hier tummelt sich alles, was in der rechtsextremistischen Szene Rang und Namen hat, so z.B. die Band *»Landser« oder die Gruppierung »Neue Deutsche Jugend«.* Es wird Werbung für andere bekannte Szeneseiten gemacht und sie dient den rechtsextremisti-

sehen Kreisen als ausgezeichnetes Kommunikationsmittel.
Dabei steht die Site von *»Solution«* in ständiger Verbindung mit internationalen Internet-Seiten und bildet mit diesen durch wechselseitige Verweise auf die jeweils anderen Homepages ein dichtes Verbundnetz. So gibt es einen direkten Verweis des *United Skins (webrings* http://www.unitedskins.com)) auf die Site von *»Solution«* und die Band rangiert (zusammen mit *»Oiphorie«, »Sturmtrupp«* und *»Oistar Propper«* als Leipziger Bands) inmitten internationaler und z.T. verbotener Gruppen auf der Liste von Deutschland. Bei *United Skins webring* handelt es sich um einen der bedeutendsten internationalen Server überhaupt. Verweise oder »links« bedeutet in diesem Zusammenhang, daß man sich über den Anbieter direkt Zugang auf die verwiesenen Homepages verschaffen kann. So gelangt man mit wenigen Mouseklicks zu http://members.xoom.com/Himmler88. wo man nicht nur Hitlers »Mein Kampf«, sondern auch verherrlichendes Bildmaterial zum Dritten Reich abrufen kann.

Bei *»RAC.NET«* (http://www.rac.notrix.net), für die es auch Werbung auf der *»Solution - Site«* gibt, wird *»Solution«* als *»deutsche Naziband«* bezeichnet. Im Vorwort dieser Aufstellung heißt es unter dem Titel *»rocking the reds«: »Alle der folgenden Bands sind nationalistisch, vom einfachen rechten Patriotismus hin bis zu rechtsextremen Nationalsozialismus. «*[49]
Der Wirkungskreis der Leipzig-Grünauer Bands - allen voran die Bands, die die Probemöglichkeiten des Kirschberghauses und den Freizeittreff des *JBV* nutzen - geht also weit über Auftrittsmöglichkeiten und Vertrieb von Tonträgern hinaus. Sie sind eingebettet in die internationale rechtsextremistische Kommunikationsstruktur.
In Leipzig-Grünau selbst genießen die rechtsextremen Bands großes Ansehen in der Szene, aber natürlich auch darüber hinaus. Durch ihre Musik, aber auch durch die Internet-Vernetzung verbreiten sie ungebremst rechtsextremistisches Gedankengut unter den Jugendlichen, das sich durch das Medium Musik, aber auch durch das Interesse Jugendlicher an neuer Technik und den *Datenautobahnen* am leichtesten und nachhaltigsten verbreiten läßt.
Möglich ist, daß für diese Kommunikationsschiene auch die Computer des *JBV* genutzt werden. Das wäre nunmehr auch festzustellen und nicht mit einer »Vernehmung« durch einen Vertreter des Jugendamtes zu überprüfen.

II.5. Konzerte rechtsextremistischer Band und Drahtzieher

Nachweislich werden von Nutzerinnen des *JBV-Treffs* auch Konzerte organisiert. Das letzte fand am Abend des NPD-Landesparteitages der NPD am 28.11.98 anläßlich des Geburtstages von *»Hilde«*[50] bei Leipzig statt. *»Hilde■<* organisiert nach Aussagen aus dem *JBV* solche Konzerte des öfteren und spielt in diesem Bereich keine unwesentliche Rolle. Auch bei dem NPD-Aufmarsch in Rostock-Dierkow am 19.09.98 war er mit anderen - zumeist jüngeren Besucherinnen des *JBV* vor Ort.

Die Einbindung der rechtsextremen Bands aus Leipzig in die Szene werden deutlich, wenn man sich ihre Aktivitäten im rechtsextremen Konzertgeschäft näher betrachtet. Sie sind überregional aktiv. Belegt wird dies sowohl durch das sächsische *Landesamt für Verfassungsschutz*[51] als auch durch verschiedene Artikel in Publikationen der rechtsextremen Szene selbst.
Leipziger Bands traten mit unterschiedlicher Häufigkeit im Jahr 1997 in Erscheinung. Besondere Erwähnung neben *»Oiphorie«* muß an dieser Stelle die Band *»Reichssturm«* finden, die ihre Proberäume im *Kirschberghaus* hat und häufig auftritt - beispielsweise:
- am 08.02.97 in Eilenburg zusammen mit *»Störfaktor«, »Proissenheads«, »Senfheads«*[52]
- am 28.06.97 in Leipzig zusammen mit *»Oiphorie«*[53]
- am 29.11.1997 in Heilsberg (Thüringen)[54]

Daneben:
- am 20.12.1997 in Dresden *»Sturmtrupp«* zusammen mit *»Faustrecht«*[55].

Auch im bundesweit erscheinenden rechtsextremen Musikmagazin *»Neue Doitsche Welle«* wird von Auftritten berichtet. So traten bei einem rechtsextremen Konzert im Sommer 1997 in einer Leipziger Gartenkneipe neben den Bands *»Oiphorie«* und *»Forever«* auch die im Kirschberghaus probende Band *»Reichssturm«* und die in der *Völkerfreundschaft* probenden *»Schwurbrüder«* (alle aus Leipzig) auf.[56] Ebenso findet man in der selben Ausgabe auch einen Erlebnisbericht über ein Konzert von *»Odessa«, »Idee Z.«* und *»Normannen«* am 07.03.98 in Heilsberg (Thüringen).[57]

»Odessa« gibt in einem Interview mit der *Aktion Freies Deutschland (AFD)* selbst an, bisher 12 Auftritte gehabt zu haben. Nicht zuletzt arbeiteten sie auch an einem Sampler beim Label »Süddeutsche Tonträger« mit.

Auch die ebenfalls im Kirschberghaus probende Band *»Solution«* hat ihren festen Platz in der rechtsextremen Musikszene:
Am 29.08.1998 fand nicht nur ein Konzert in Pölzig gemeinsam mit *»Sturmtrupp«, »Schwurbrüder«, »New Dawn«* u.a. statt, es wurde zugleich der szeneeigene Musikvertrieb übers Internet http://top-de.com/solution aufgebaut. Kontaktstelle und Übergabeort ist der *Treff 2 des JBV im Kirschberghaus.*

II.6. Grünauer Jugendklubs und rechtsextreme Erscheinungen

Die rechtsextreme Dominanz in den Grünauer Jugendklubs wird von deren Mitarbeiterinnen zwar häufig bestritten, da gerade in den offenen Bereichen die Forderung erhoben wird, *»für alle da zu sein als Sozialarbeiter und keinen Unterschied zu machen«* [58].
Differenziertere Aussagen ergeben aber ein Bild zielgerichteter Rekrutierung in die rechtsextreme Szene schon weit vor Beginn der Partei- oder Organisationsarbeit. Darüber hinaus sind dann Meinungshegemonie rechtsextremer

Parolen und Ideologeme und tätliche Bedrohungen sowie Überfälle fester Bestandteil der Realität in der Grünauer Jugendklubszene.
Ist die Tendenz vermehrt auch in anderen Stadtteilen zu beobachten, so ist diese Entwicklung in Grünau fast vollständig abgeschlossen. Die angestrebte Offenheit der Einrichtungen ist längst nicht mehr gewährleistet, da die am aggressivsten Raum- und Inhalte okkupierende rechtsextremistische Szene überall ein Klima der Anpassung erzeugt, daß all jene Jugendlichen ausgrenzt und auch körperlich gefährdet, die sich dem rechtsextremen mainstream nicht anpassen wollen.
Die immer wieder getroffenen Aussagen von Grünauer Sozialarbeiterinnen, die meisten Clubs würden zu Unrecht noch immer das Stigma ihres früheren rechtsextrem-orientierten Publikums haben, greift als Erklärung zu kurz.
Feindbildlich stigmatisierte Jugendliche ***können diese Einrichtungen schon aufgrund der latent vorhandenen Gefahr von Überfällen rechtsextrem-orienüerter Schläger nicht nutzen. Diese wären vorprogrammiert, sobald es Anzeichen einer anderen Kultur in irgendeiner der vorhandenen Einrichtungen gäbe, da sie als Gegenkultur begriffen würde. Auch Jugendliche, die diese Feindbild-Stigmata nicht tragen, sind dann gezwungen zu überlegen, ob sie sich in den Schutz durch Teilhabe an der Macht der rechtsextrem- orientierten Gruppen begeben.***
Die Auswirkungen des Treff 2 selbst auf den kommunalen offenen Treff im *Kirschberghaus,* sind nicht zu unterschätzen.
Schon nach Eigenangaben eines Mitarbeiters liegt das *»rechtsorientierte« Potential* in der betreuten Altersgruppe von hauptsächlich 13- bis 15jährigen. Der Einfluß wird besonders dann wirksam, wenn es zu Begegnungen der verschiedenen Gruppen kommt: Da *»kamen also vom Treff 2 immer mehr hier rüber. (...) und so verschiebt sich das.«*[59]

Das Problem der Dominanz rechtsextrem-orientierter Gruppen in *»offenen Jugendeinrichtungen«* scheint zwar bekannt, doch allein die räumliche Trennung in mehrere Jugendtreffs in einem Haus wird vom Leiter des JBV als ausreichend für die Wahrung der *Pluralität* der Gruppen erachtet.
Diese Trennung in einem Objekt ist in der Realität mit diesem Klientel jedoch nicht umsetzbar.
In einer Presseerklärung des *JBV* vom 16. November 1998 heißt es dann auch der tatsächlichen Sachlage entsprechend: *»Im kommunalen Freizeittreff Kirschberghaus und beim JBV bestehen ganz unterschiedliche Jugendtreffs nicht nur nebeneinander, sondern miteinander. Rechte Jugendliche werden nicht isoliert von anderen >aufbewahrt< und betreut, sondern in direkter Nachbarschaft mit einem offenen Kinder- und Jugendtreff und mit dem Umweltclub des JBV, mit der Schachschule und der AG Modellbau. (...) Das geht bis dahin, daß sich an der Neugestaltung der Außenanlagen des Kirschberghaus Kinder und Jugendliche aus allen Treffs beteiligen, auch rechte Jugendliche. «*[m]
Theoretisch kann eine zeitversetzte Präsenz für Gruppen Jugendlicher mit unterschiedlichen Freizeitinteressen sinnvoll sein. Dies ist allerdings bei ideologisch gefestigten rechtsextremistischen Strukturen nicht mehr praktikabel.
Da es allgemein als gesellschaftlich ausgemacht gilt, daß eine *AG Eisenbahnmodellbau* kaum ein Objekt konzentrierter Bemühungen rechtsextrem Orientierter sein dürfte, ist es als Beispiel für die Offenheit der Treffs relativ untauglich.[61]
Kaum symptomatisch erscheint es zudem tendenziell, wenn von einem Vertreter des Jugendamtes berichtet wird, ihm sei ein Bild nicht aus dem Kopf gegangen: »(...) ein glatzköpfiger junger Mann half einem vietnamesischen Mädchen beim Blumenpflanzen.«[62] Das mag im Einzelfall sicher stimmen. Angesichts der realen Situation im Stadtteil zeugt es aber von mangelnder Sensibilität des Jugendamtsmitarbeiters und ist deplaziert.
Die Realität ist längst über diese Annahme hinweggegangen. Sicher gibt es zwar noch eine formale räumliche Trennung, gleichzeitig aber auch einen *kulturellen Präsenzübergriff,* der bewirkt, daß diese eigentliche Vorteilsstruktur mehr und mehr aufgelöst wird, d.h. es entsteht tendenziell auch im kommunalen Bereich des Hauses ein Treff, in dem *normale* Interessen und Betätigungen von Kindern und Jugendlichen an rechtsextrem-orientierte Anpassungen gebunden und so in die rechtsextrem-orientierte Landschaft integriert werden.
Gerade im kommunalen Teil des Kirschberghauses, in dem mit einzelnen Kindern und Jugendlichen ab dem sechsten Lebensjahr - und inzwischen schon fast 10 Jahre
- gearbeitet wird, ist die Entwicklung zu rechtsextremen Orientierungen aufgrund des Umfeldes und der Entstehung des Treff 2 für die Mitarbeiter nachvollziehbar geworden:
»Wir kriegen manchmal den Vorwurf, daß wir Hochburg der rechten Szene sind. Aber eigentlich ist das die Entwicklung, was aus unseren Jugendlichen geworden ist. «[64]

Neben verbalen Dominanzstrukturen wie: *»Die haben mit Ausländem überhaupt nichts im Sinn, sagen: Die nehmen uns die Arbeit weg, taugen sowieso nichts, sollen sie alle rausschmeißen oder sofort erschlagen,«*[65] geht zugleich auch von den manifest rechtsextrem-orientierten Cliquen im offenen Treff des Jugendamtes körperliche Gewalt aus: *»Es gibt ein paar, gerade von der Gruppe, die suchen sich eben Stellen, wo sie mit linken Gruppen konfrontiert werden und wollen sich mit denen handgreiflich auseinandersetzen (...) außerhalb des Hauses, z.B. im Allee - Center, wo es zur S-Bahn runter geht oder sie gehen eben zu einer anderen Jugendeinrichtung oder fahren direkt woanders hin. Das sind auch noch einige ältere und größere, die nicht ständig hier sind, die aber ihre Idole sind. Die haben sich hier heiß gemacht und sagen dann: Die klatschen wir alle zusammen. Da machen wir einen großen Fischzug ,..«*[bb]

Aber auch sonst wird die Publikumszusammensetzung von der Dominanz der rechtsextremen Szene bestimmt. *»Was Drogen angeht (...) die haben sie alle rausgeekelt (...) dadurch, dab auch rechte Szenen sich stärker machen. Die sagen: >Wer so was macht, gehört nicht hierher. Für einen Deutschen ist das Getränk Bier und wir lehnen Drogen ab<. Und das machen sie auch.«*[61]

Wer nicht rechtsextrem - orientiert ist, aber aus anderen Gründen ins *Kirschberghaus* kommt, geht bald wieder. *»Wir hatten schon Fälle, wo Jugendliche dann weggeblieben sind, als ihre Probleme mit ein bißchen Unterstützung und Anschub gelöst waren, sie eine Lehrstelle hatten z.B., weil's ihnen hier zu rechts war.«*[68]
Die meisten jedoch kommen gar nicht erst in die Verlegenheit, nach einer Weile wieder wegzubleiben, weil sie entweder von vornherein wissen, daß sie nicht in diese Umgebung gehören oder weil es so ist, *»daß die Stammgruppe, die hier von Beginn an drin ist, für sich schon darüber wacht, wer hier reinkommt, wer toleriert wird und wer nicht.«*[69]

Genau das ist der zentrale Fehler im Verständnis des sozialpädagogischen Auftrages, der nur lauten dürfte, wie Kindern und Jugendlichen Orientierungen gegeben werden können, die einem menschenrechtlich-demokratischen Geist, gemäß der Essenz des Grundgesetzes - auch fixiert in den Schulgesetzen der Länder - entsprechen.
Hier scheint der Träger noch einmal in Klausur zum Thema Grundgesetz und dessen Werte im menschlichen und politischen Alltag gehen zu müssen.

Rechtsextreme Grundeinstellungen sind demzufolge auch im kommunalen Bereich des Kirschberghauses vorherrschend und rechtsextremen Kadern stehen die Türen weit offen. *»Da kommt eben auch einer mal mit einem Anzug, den habe ich noch nie gesehen, und setzt sich mit dazu. Sicherlich sind das Bekannte, die reden miteinander. Haben ihre Kontakte, verschwinden wieder und fassen wahrscheinlich nicht Fuß. Da lassen unsere Jugendlichen die wahrscheinlich auch nicht so ran. Nehme ich an.«*[la]
Innerhalb der rechtsextrem-orientierten Cliquen funktioniert der Zusammenhalt auch über Druck gegenüber potentiellen Aussteigem: *»Wenn jemand seine Meinung ändert? (...) dann kriegt er eben auf die Fresse und dann muß er eben platt gemacht werden. Das ist klar, das gehört zu ihren Werten und Nonnen, das bleibt so. das ist ewig so.«*[11]
Hier zeigt sich nicht nur die Frage, was unternimmt Sozialarbeit zur Sicherung des Ausstiegs und des Opferschutzes, sondern die Unverrückbarkeit einer einmal stattgefundenen ideologischen Beeinflussung wird als gegeben hingenommen.
Konsens der im Kirschberghaus gesetzten *Akzeptierenden Sozialarbeit* mit rechtsextrem-orientierten jungen Leuten scheint deshalb nicht die Zielstellung des Abbaus von rechtsextremen Ideologiesequenzen, sondern die *»Eingliederung dieser Jugendlichen in die Gesellscha ft«.*
Im Verständnis des *JBV* heißt das: *»Wir wollen diesen Jugendlichen helfen, ihren Platz im legalen Bereich dieser Gesellschaft zu finden. Und legaler Bereich ist eben bis einschließlich Rechtsaußen.* Was *noch mit dem Grundgesetz in Übereinstimmung steht, kann auch in der SPD sein, denn die NPD ist nicht verboten«. -*

Wie sich schon anhand der Bandproberäume zeigte, sind Cliquenräume in diesem Zusammenhang besonders problematische Elemente der Arbeit im Kirschberghaus.
Diese Räume werden von den rechtsextrem-orientierten Cliquen selbstverwaltet und sind für Außenstehende nicht zugänglich, ein Einblick oder gar eine Kontrolle rechtsradikaler Aktivitäten in diesen Räumen ist nicht möglich. Das Kirschberghaus dient als zentraler Koordinationspunkt, nicht nur für die in ihm beheimateten Cliquen, sondern für die gesamte rechtsextreme und rechtsextrem-orientierte Szene, wobei durch »Besucher« die Kontakte zwischen den Cliquen aufrecht erhalten werden.
Die räumliche Trennung der Cliquenräume vom Rest der Klubs macht es für »unbeteiligte Besucher« schwierig, ein umfassendes Bild vom *Kirschberghaus* zu erhalten.
Gerade, wenn Besuch angekündigt ist, achten Mitarbeiterinnen und Klientel verstärkt auf ihre Außenwirkung. *»Es wurde überall rumerzählt, daß eine Besichtigung stattfinden soll am Montag. Die haben sich alle Mühe gegeben, alles sauberst und akkurat zu haben. Sobald etwas nicht in Ordnung ist - war der Standpunkt - wird das Haus geschlossen.«*[13]
Doch der Anschein, der *Besuchern von außen* geboten wird, spiegelt so nicht die Realität wieder.
»Naja, ein Hakenkreuz malen sie gerne. Damit wollten sie auch ihre Wände dekorieren, aber wir mußten sie darauf aufmerksam machen, dab wir ein offener Klub sind und was da zugelassen ist und was nicht. Wir haben mit denen geredet und nachher ist das von denen selber aus beseitigt worden. Sie haben eine Wand neu gemalert. Da ist das wieder verschwunden. (...) Natürlich die Gauzeichen, die eigentlich auch verboten sind oder manche Aufschriften, machen sie trotzdem. Damit wollen sie gerne umgehen, aber die haben auch Angst, unsere Kinder und Jugendliche, daß sie ihr Haus verlieren könnten und wollen absolut nichts riskieren. «[1A]
Die Drohung einer Schließung des Klubs wirkt allerdings - wenn überhaupt - nur kurzfristig: *»Also ich habe Druck von außen*[15]*, d.h. ich arbeite stärker in der Richtung, wie beispielsweise gegen die Situation, daß ein Sack voll Wänster*[11]*' einen anderen Jugendklub überfallen hatte. Der Sozialarbeiter war hier und ich habe mir die Leute dann alle geholt, daß war eine ganze Gang von über 50 Leuten und habe denen derart die Meinung gegeigt, daß sie sich gefälligst für die nächsten drei bis vier Wochen mit solchen Aktionen definitiv absolut zurückhalten sollten. Weil: Wir haben hier genug Streß von anderer Seite und ich habe keine Lust, daß auch noch zu vertreten und sollte noch mal was passieren, hänge ich die einzelnen Leute auf und die Namen sind bei den Bullen - das ist mir scheißegal, weil ich den Laden hier schützen muß«.*[11]

Ein anderer Träger in Leipzig-Grünau ist die *»Mobile Jugendarbeit«.* Er sieht seine Erfolge in der Erklärung: *»wenn ich die Kids von 1992 jetzt mit ihren Kinderwagen sehe, das wird zwar auch immer mal in den Dreck gezogen, daß die dann ins gutbürgerliche Leben gehen, aber ihre politischen Einstellungen mitnehmen, wo schon was dran sein wird, aber ich finde es sehr erfolgreich, wenn sie nicht mehr mit der Baseballkeule durch die Gegend rennen und Leute tothauen oder wenn sie sich in keiner Partei mehr engagieren. Daß die alle vier Jahre NPD wählen dafür kann ich nichts und das werde ich, egal was ich mache. auch nicht ändern.«*[1*]
Das kann sicher ein Ziel in der sozialpädagogischen Arbeit sein, die Gewaltsequenz in den Mittelpunkt zu stellen.

Und es ist sicher richtig, wenn die rechtsextreme Option im Denken und Verhalten verhindert werden kann. Trotzdem reicht der Ansatz tendenziell für eine qualitative Differenzierung zwischen Gewalt und rechtsextremen Orientierungen nicht aus. Das ist jedoch nicht nur eine Frage des Trägers, sondern vorrangig der vorbehaltlosen sozialpädagogischen Diskussion und Forschung zur Frage des Rechtsextremismus überhaupt.

Doch in der Regel wird die strukturelle Mitverantwortung der Jugendsozialarbeit für die entstandene Situation nicht anerkannt. *»Es gibt einen Verdrängungsprozeß in Grünau, der findet statt außerhalb unserer Einflußsphäre.«*[19] Das impliziert die Vorstellung von einem von der Sozialarbeit unabhängigen nicht beeinflußbaren objektiven Prozeß, was so nicht zutrifft. Selbstredend sind die sozialen Gestaltungsmöglichkeiten von Sozialer Arbeit begrenzt, aber eben auch nur begrenzt. Genauso wenig wie die Problematik anerkannt wird, daß mit den geschaffenen und geschützten Szenetreffpunkten die Attraktivität des Rechtsextremismus nicht - nur für Jugendliche - über die Stadtgrenzen von Leipzig hinaus gesteigert wird. *»Da gibt es auch welche von anderen Szenen, aus Merseburg und Umgebung, die sagen: >Mensch dort ist heute mal was richtiges los, da gehen wir hin und mischen mit.<«*[m]
Die Entwicklung multipliziert sich selbst durch ein einfaches Wirkungsgesetz: Personen und Gruppen mit übereinstimmenden Interessen und Anschauungen gehen in der Regel dorthin, wo die Möglichkeiten der Durchsetzung ihrer Interessen am größten ist. Leipzig auf der einen und der Muldentalkreis auf der anderen Seite wirken also gleichsam wie ein Magnet auf die gesamte rechtsextreme Szene.

Die wesentliche Bedeutung der Jugendklubs in Grünau für die Situation im Stadtteil liegt neben ihrem Koordinations-Rekrutierungs- und Werbepotential in dem Verdrängungseffekt, der durch die ausschließliche Arbeit mit rechtsextremen und rechtsextrem-orientierten Jugendlichen gegenüber anderem Klientel längst eingesetzt hat und zum großen Teil dadurch überhaupt erst ermöglicht wurde.
Selbst als *»Offene Treffs«* ausgewiesene Freizeitstätten sind entweder von rechtsextrem- orientierten Cliquen dominiert oder für anderes Publikum nicht offen, weil Überfälle an der Tagesordnung sind. Es gibt seit Jahren keine Jugendarbeit in Grünau, die sich wirklich schützend vor ein anderes als das *»rechte«* Klientel stellt.

III.Zu Fragen der Interaktion zwischen Polizei und Sozialarbeit

Zwischen den Sozialarbeiterinnen und der Polizei hat sich in Grünau inzwischen eine sehr enge Zusammenarbeit entwickelt, die in ihrer Gesamtausrichtung offenbar darauf zielt, notwendige Repressionen zugunsten des Flusses weiterer Informationen möglichst abzufedern.
So gab es anläßlich einer *»Fotoausstellung mit Selbstporträts von Jugendlichen«* - die der Fotograf *Kober* in Zusammenarbeit mit dem *JBV* erstellt hatte - eine regelrechte Rechtsberatung durch den Leipziger Staatsschutz. *»Im Vorfeld dieser Ausstellung ging es uns darum, zu verhindern, daß wir als Veranstalter und die Jugendlichen, die auf den Fotos drauf sind, sich strafbar machen. Es ging da speziell um den Paragraphen 86a Strafgesetzbuch (das Benutzen vetfassungsfeindlicher Symbolik). Wir sind mit den Fotos, die für die Ausstellung vorgesehen sind zum Staatsschutz hin und haben gesagt: >Jetzt kuckt euch mal an, wo ist hier 'ne Straftat?<. Weil wir natürlich auch nicht alles im Detail wissen. (...) Es kamen ein paar Hinweise, das und das Fotos sollte man nicht zeigen, denn wenn einer von Amts wegen diese Foto sieht, dann ist er verpflichtet, an den Staatsanwalt Meldung zu machen. Und da das ganze als künstlerisches Projekt bei uns gelaufen ist, sind diese Fotos aussortiert worden, den Jugendlichen als Privateigentum übergeben worden und der Staatsschutz hat dies zur Kenntnis genommen und nichts dort weiter unternommen. Das war die Bedingung von unserer Seite für diesen Kontakt. Das ist dann auch gut gelaufen. Es hat eine Ausstellung stattgefunden, wo rechte Jugendliche sich selbst gezeigt haben, ohne dab irgendwelche Skandale drangehangen haben.«*'

Für die Sozialarbeiterinnen gibt es *»Kontaktbeamte«*. *»Wenn ich mit dem Polizeirevier des Stadtteils irgendwas zu besprechen habe, dann gibt es dort zwei oder drei Personen, mit denen ich das bedenkenlos kann, wo ich dann auch weiß, daß die Sache im Interesse der Jugendlichen dort behandelt wird (...) Und ähnlich ist es beim Staatsschütz auch.* «[82]
Die Toleranzgrenze für Straftaten liegt so in der Hand der Mitarbeiterinnen. Bei Verstößen im Bereich der Propagandadelikte gilt: *»Bis zu einem bestimmten Grade kucken unsere Leute darüber hinweg, denn wir können nicht bei der Jugendarbeit, die wir machen, jeden kleinen Gesetzesverstoß eines Jugendlichen zum Anlaß nehmen und sagen: >Also dich müssen wir jetzt anzeigen, weil du ein Runenzeichen oder irgendwas anderes als Aufnäher an der Jacke hast.< Sondern der kriegt den Hinweis: >Paß auf, wenn du mit den Dingen draußen in der Öffentlichkeit rumrennst, kann es passieren, daß dir jemand über den Weg läuft, der dir eine Anzeige wegen 86a gibt und dann wird deine Akte wieder ein Blatt dicker. <«*[K]
Doch die Toleranz bezieht sich nicht nur auf Propagandadelikte. Angezeigt wird *»auch nicht jede Körperverletzung«*[s4].
Angezeigt wird nur *»wenn es dann darum geht, daß hier bei einer Straftat für uns oder für den Mitarbeiter, der sie mitbekommt, erkennbar ist, hier sind wirklich niedere Instinkte im Spiel gewesen, Brutalität bis körperliche Gewalt gegen welche, die von vornherein unterlegen sind oder gegen völlig Fremde, Unbeteiligte oder sowas. Dort ist dann natürlich wirklich die Schwelle, wo man sagen muß, hier muß ich jetzt in dem Einzelfall entscheiden, es gilt das Prinzip, immer zugunsten des Jugendlichen nicht mehr.«*[S5]
Diese Unterscheidung von wahrgenommener Gewalt in tolerable und intolerable ist völlig inakzeptabel ebenso wie das Prinzip, immer zugunsten des jugendlichen Täter. Es widerspricht sogar eindeutig den Grundprinzipien der

Akzeptierenden Jugendarbeit. Es geht nicht an, daß Sozialarbeiterinnen bei Straftaten eine richterliche Instanz verkörpern, die wahlweise Absolution oder verbale Sanktion verordnet. Möglicherweise wird so auf das Anzeigeverhalten Betroffener mittelbar Einfluß genommen und Gewalt normalisiert. Gewalt muß immer ein Grund von Sanktionen sein, die bis zur Strafanzeige und dem Ausschluß des Gewalttäters aus der Einrichtung führen kann.

Seine Existenz verdankt das Kirschberghausprojekt des *JBV* vorrangig nur noch zwei Argumenten: Da ist zum einen die Angst, das rechtsextreme Klientel könne wieder auf der Straße Angst und Schrecken verbreiten und das Ruhe- und Sicherheitsbedürfnis der Grünauer Bürgerinnen und Gewerbetreibender erneut auf den Plan rufen. Damit würde aber auch plötzlich transparent, daß die Jugendarbeit mit rechtsextrem-orientiertem Klientel augenscheinlich keine Erfolge gezeigt hat. Dies liegt aber weder im Interesse der Träger der Jugendarbeit vor Ort noch des verantwortlichen Jugendamtes.
Straftaten gegen Andersaussehende und Andersdenkende spielen dagegen offensichtlich keine Rolle mehr, denn um jene kümmert man sich in der Jugendarbeit der Stadt schon seit langem nicht mehr. Eine gängige Begründung von Mitarbeiterinnen offener Treffs, in denen eine rechtsextrem-orientierte Szene die Dominanz erlangt hat, ist: *»Wir können doch nur mit den Jugendlichen arbeiten, die zu uns kommen.«*

Zum Zweiten spielt die unzulässige Verquickung sozialpädagogischen Handelns mit ermittlungsbehördlichen Interessen eine wesentliche Rolle. Die Ermittlungsbehörden geben unumwunden zu. daß sie ohne das *Kirschberghaus* vor einer wesentlich schwierigeren Aufgabe stehen würden. Das betrifft zum einen den ständigen Informationsfluß über die sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen (der sich erstaunlicherweise wohl nicht zum Träger und zum Jugendamt erstreckt) und zum anderen die Tatsache, daß die Szene hier immens besser zu observieren ist als auf der Straße.
Die Frage ist, ob Soziale Arbeit in Leipzig-Grünau insbesondere im *Kirschberghaus* den Interessen der Inneren Sicherheit frönt, eine neue - uns allen unverständliche - Strategie sozialpädagogischen Handelns ausprobiert oder in der Gegebenheit der rechtsextremen Prägung versinkt.

IV. Neue und alte Konzepte

So ist fatalerweise in den letzten Wochen - wahrscheinlich aufgrund des Druckes durch den *Ratsbeschluß der Stadt Leipzig zur Zuriickdrängung rechtsextremer Tendenzen* nach einem Antrag von *Bündnis 90/Die Grünen* von Mitte letzten Jahres - ein *Konzept der »Mobilen Jugendarbeit«* in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt im Gespräch, das auf der Idee einer *»Vermischung«* von sogenannten *»linken«* und rechtsextrem-orientierten Cliquen basiert. Man scheint davon auszugehen daß sich alle in einem (noch zu schaffenden) Club oder Cliquentreff schon vertragen würden, in dem durch persönliches Kennenlemen *und »praktizierte Gemeinsamkeiten«* wechselseitig Vorurteile abgebaut werden.

Die negativen Erfahrungen solcher gescheiterten Projektversuche aus anderen Bundesländern - aber auch direkt vor der »eigenen Haustür«[86] - scheinen hier unberücksichtigt geblieben zu sein.
Unberücksichtigt bleibt auch, dab es sich bei den nichtrechten Jugendlichen um potentielle Opfer handelt. Sie passen - unabhängig von Szenezugehörigkeiten - nach folgendem Prinzip ins Feindbildraster rechtsextremer Denkweise: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.
Vergessen wird auch, daß es sich bei rechtsextrem-orientierten Jugendlichen um die Angehörigen einer dominanten Szene handelt, die raumokkupierend Andere ausgrenzt oder zu Anpassung zwingt.
Dabei wissen die Sozialarbeiterinnen sehr wohl um solche Verdrängungsmechanismen, die sie folgendermaßen kommentieren: *»Das ist eine Sache, die wir nicht beeinflussen können. Es gibt einen Verdrängungsprozess in Grünau, der findet statt außerhalb unserer Einflußsphäre. «*[S1]
Falsch - aber man kann ihm durchaus auch noch mit solchen Konzepten und Sichtweisen in die Hände arbeiten.
Negiert wird so auch der berechtigte Wunsch von Jugendlichen, die ihre Freizeit nicht in einem Objekt mit »Faschos« verbringen wollen.
Die ideologische und politische Orientierung junger Menschen spielt insgesamt in der Jugendarbeit in Grünau offensichtlich keine Rolle. Sie scheinen als weit- und menschenbildliche Personen überhaupt nicht wahr- und emstgenommen zu werden.
Von einem seit Jahren im Projekt *»Kübel Inn«* beschäftigten Mitarbeiter und »Mitläufer« der ersten Generation Grünauer *»Faschos«* heißt es: *»Er lehnt mittlerweile diese politisch motivierte Gewalt ab.«*[m] Das scheint dem Projektverantwortlichen auszureichen. Dabei bleibt auch noch zu klären, was *politisch-motivierte Gewalt* meint und in welchem neuen Funktionskontext der junge Mensch steckt. Die *NPD/JN* hat schon längere Zeit, wie schon oben angedeutet, darauf orientiert, für die politische Arbeit disfunktionale Gewaltakte auszuschließen. Daraus ergibt sich z.B. die Frage, ob jener junge Mann, der nun jetzt kaum vor dem Hintergrund der verflossenen Zeit als ganz Junger gelten kann, von dieser Idee beseelt ist, ohne sein zentrales Einstellungskorsett ändern zu müssen und die Gewaltdisposition bewußt zurücknimmt oder ob er es ernst im Sinne einer generellen Bewußtseinsänderung meint. Und auf die Frage, was er den *»Kids«* denn erzählen würde, wenn diese ihm mit rechtsextremen Parolen konfrontieren würden, wird geantwortet: *»Es ist nicht unsere Aufgabe, den Wahrheitsgehalt dieser Aussage zu hinterfragen: »Arbeit zuerst für Deutsche! Welche ziehenden Argumente gibt es denn dagegen? (...)«*[m]

Zusätzliche Planstellen und Fördergelder sind offensichtlich für ein solch kontraproduktives Projekt schon bereitgestellt. Nicht-rechte Jugendliche und ein entsprechendes Objekt müssen wohl noch gesucht werden.
Das eigentliche Problem wird damit überdeckt:
Allen ist nämlich in der Zwischenzeit klar, daß die Installation eines alternativen Jugendprojektes in der heutigen Situation nicht nur keinesfalls ausreichend gegen Übergriffe zu schützen ist, sondern daß dessen bloße Existenz wieder zur Gewalteskalation auf der Straße führt, was das

Problem unvermittelt wieder öffentlich sichtbar machen würde.

Argumentiert wird statt dessen allgemein so:
Ein Haus für »Linke« (verkürzender Sprachgebrauch der Sozialarbeiterinnen der »Mobilen Jugendarbeit« für all jene, die die rechtsextremen Ideologiesequenzen ablehnen) »würde zu einer erneuten Polarisierung zwischen den >rivalisierenden Jugendbanden< führen und die Gewalt auf der Straße würde wieder zunehmen.«[90]
Damit wird die Verantwortung für Gewalttaten nicht nur relativiert, sondern unterschwellig auf eine überhaupt nicht existente Jugendszene hindelegiert - nämlich die der nicht-rechten Jugendlichen.

An diesem Beispiel zeigt sich noch ein weiteres Problem: Niemand nimmt die rechtsextrem- orientierte Szene als zeitliche und soziale Schichtung wahr. Alle reden nur über Jugendliche, als ob die Kinder nicht existierten und die über 21-jährigen keine Rolle spielten.
Ein Mitarbeiter des *JBV* verdeutlichte während einer der weiter zu begrüßenden Fortbildungen des Leipziger Jugendamtes zum Thema Rechtsextremismus im ersten Halbjahr 1998 in Leipzig, daß er im Kirschberghaus u.a. *mit über 30-jährigen Glatzen* zu tun hätte, die im Hause friedlich Bier tränken und ihre Ideologie und Lebensweise darstellten. Für ihn als Westmensch sei interessant gewesen, daß ein solches geistiges und kulturelles Band mit politischen Optionen in der DDR aufgebaut werden konnte und nunmehr fortlebt. Dieser wahrgenommene Tatbestand scheint in keiner Weise in irgendeine sozialpädagogische Konzeption eingeflossen zu sein, da wie es scheint, die Sozialarbeiterinnen die Groß-Segel der Anderen zu bedienen haben, im Eindruck der Kapitän zu sein.

Die Notwendigkeit von Counterkonzepten zu bisherigen Konzepten der Arbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen und die Wiederherstellung der dringend erforderlichen Pluralität der Jugendarbeit im Stadtteil wird in der Zwischenzeit auch von den meisten Grünauer Projekten und Sozialarbeiterinnen gesehen. Dies kommt eindeutig im Positionspapier der Facharbeitsgruppe »Strategie contra Ohnmacht« vom 25.01.1999 zum Ausdruck.
Die Analyse der Facharbeitsgruppe zur Situation im Stadtteil Leipzig-Grünau ist dabei im Wesentlichen deckungsgleich mit unseren Ergebnissen.

Anmerkungen

1 Nach Untersuchungen des Zentrums Demokratische Kultur, des Berlin - Brandenburger - Bildungswerkes und des Instituts für angewandte Konflikt- und Extremismusforschung (IKEF)
2 mit Ausnahme von einigen Kameradschaften der *Freien Nationalisten,* Sektionen der *Hammerskins* und *Blood & Honour-Bewegung*
3 Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf die kulturell - heidnisch esoterische Linie, die Farben Schwarz - Weis - Rot als tiefere Begründung des rituellen Lebenszusammenhanges zu verstehen. Vgl. B. Ulbrich, Im Tanz der Elemente - Kult und Ritus der naturreligiösen Gemeinschaften, Engerda 1995
4 Mitarbeiter JBV (Dieses und nachfolgende Zitate, soweit nicht anders gekennzeichnet, sind entnommen aus der Diplomarbeit von Jilek, Grit (1998): »Jugendarbeit Leipzigs angesichts kultureller Hegemoniebestrebungen und Subversionstaktiken rechtsextremer Parteien und Organisationen«, Anhang/Anlage B, HTWK Leipzig)
5 nach Angaben eines Mitarbeiters des ASD des Jugendamtes Leipzig
6 Mitarbeiter JBV
7 ders.
8 vgl. Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus, Reinbek 1994, S. 99 ff.
9 vgl. Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus, Reinbek 1994, S. 84, 144
10 *Wolf Leipzig - Gohlis, Hitlerjugend Schönefeld, Reudnitzer Rechte, Rechte Faschogruppe Mockau, Samson Bande*
11 Mitarbeiter JBV
12 derselbe
13 ebd.
14 Aussagen eines ehemaligen Sozialarbeiters des JBV jetzt ehrenamtlich tätig im kommunalen Teil des Kirschberghauses
15 Mitarbeiter JBV
16 Aussage des ehemaligen Sozialarbeiters des JBV
17 Diese Angaben eines ehemaligen Sozialarbeiters des JBV, decken sich mit Aussagen des Staatsschutzes Leipzig vom Januar 1998
18 NPD, JN und DVU sind wie oben schon erwähnt »verfassungsfeindliche« aber nicht verbotene Organisationen.
19 Leiter des JBV
20 »... ich habe mich gewundert, als ich das gehört habe mit München, daß die hier sogar einen Bus vom JBV organisiert haben und mit den Jugendlichen dorthin gefahren sind.« Mitarbeiter im kommunalen Jugendtreff Kirschberghaus
21 derselbe
22 Schön - Interview im Beitrag der *ARD - Kontraste* über die Wurzener Rechtsextremismusszene vom 03.12.98
23 vgl. auch die Auseinandersetzungen um die Zeitschrift *Einheit und Kampf- das revolutionäre Magazin für Nationalisten* im Jahre 1998
24 Ein Modell nach dem Vorbild des militanten und aggressiven *Thüringer Heimatschutzes (THS)* um die Funktionäre Kappke und Brandt, die rechtsextreme Schwerpunkte in Ostthüringen, so in Saalfeld, Rudolstadt und Jena setzten, und der in Beziehung zu Kriegswaffen und Bombenbau zu bringen ist
25 s. a. Foto
26 der glücklicherweise - wahrscheinlich durch die starke Polizeipräsenz - nicht stattfand
27 Sammelbewegung mit elitärer, rassistischer Zielsetzung strebt nach einer »Hammerskin-Nation« durch Vereinigung aller »weißen« Skinheads. Die sächsische Hammerskinbewegung besteht aus vereinzelten Aktivisten,

die aber durch ihre Kontakte zur britischen rechtsextremen Terrorgruppe *Combat 18* - kurz *C18* — auffallen. (Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen im Internet)

28 Rechtsextremes Netzwerk im In- und Ausland, das sich schwerpunktmäßig mit der organisatorischen Vorbereitung von Skinhead-Konzerten, Erstellung von Fanzines und interner Treffen von rechtsextremistischen Bands befaßt. (Landesamt für Verfassungsschutz im Internet). In der letzten Zeit tauchen in Leipzig verstärkt Blood & Honour-Flugblätter auf, so wurden z.B. im November 1998 Flugblätter an Jugendliche verteilt. Vgl. Laura Benedict, Sehnsucht nach Unfreiheit - Der Fall Kay Diesner, Berlin 1998

29 Leiter JBV

30 siehe auch die Diplomarbeit von Weber, Ilona (1998): »Kritische Analyse der Arbeit mit >rechtsorientierten< Jugendlichen ...« S. 57ff.. Evangelische Fachhochschule Dresden

31 gemäß einer Situationsanalyse eines Mitarbeiters des *JBV*

32 Metalband. früher ■>*Boild Kilt«*

33 Nach einem Telefoninten iew bestätigt die Band den Bezug zur SS-Organisation *»Odessa«: »Wir wollten mit dem Namen unsere Ehrfurcht gegenüber diesen Kämpfern zeigen. Weil w ir auch von der Arbeit dieser Organisation sehr fasziniert sind.«*

34 Mitschrift Inten iew Staatsschutz zur Diplomarbeit Jilek (1998)

35 selbstredend gibt es Ol - Bands die nicht rechtsextrem sind, wie *»SchloiderOiter-* oder *»Springtoifel«*

36 eine ähnliches Projekt war anderenorts die Mädchenband *»Lokis Horden*■■. ebenso ist eine Mädchenorganisation namens *»Skin Girl Front«* aktiv, die die Zeitschriften *Midgard. Irmgard* und *Walküre* herausbrachten

37 (s.a. Diplomarbeit Jilek. Grit. ı1998). HTWK Leipzig)

38 Mitarbeiter JBV

39 Aus dem Textarchiv des Internet - Servers rac.net

40 Einschätzung der Band »Odessa« durch einen Mitarbeiter des Jugendamt - Jugendclubs im Kirschberghaus: »>Wir nennen uns die "Odessa« <. Na da habe ich mir zunächst auch erstmal nichts gedacht, aber nachher da wußte ich eben, daß das also auch vereinigungsmäßig da, mit anderen Dingen da eine Beziehung hat zur rechten Szene. So das ist eigentlich so. daß es mit schlimmen aggressiven Dingen enden kann. ... Ja und das sind bestimmt auch sehr aggressive Leute dabei. Wo es manchmal Schwierigkeiten im Haus gab. Na. die nachher das Zeug zerstört hatten ...« (Mitarbeiter im kommunalen Teil, aus: Diplomarbeit G. Jilek)

41 Hier muß angemerkt werden, daß der Staatsschutz - laut Aussagen des Leiters des kommunalen Teils des Kirschberghaus - »Hausgast« ist und den rechtsextremen Bands Beratung gibt

42 Das ist allein schon durch die Tatsache unmöglich, daß dort nur rechtsextrem-orientierte Bands proben.

43 Eben dieser Mitarbeiter sponserte nach Eigenaussagen anläßlich des Schönauer Parkfestes im Sommer 1998 seinem rechtsextrem-orientierten Klientel das Geld für selbstgestaltete Fußballtrikots mit schw arz-weiß-rotem Streifen und der Aufschrift »88« - dem Synonym für »Heil Hitler«, s.a. Fotoausstellung von Bertram Kober. Nach unseren Erkenntnissen nahm daran bisher niemand Anstoß.

44 ebd.

45 siehe Anhang

46 siehe Anhang

47 siehe Anhang

48 *RAC* bedeutet *RockAgainst Communism*

49 siehe Liste im Anhang

50 s.a. Bild, hier bei einem Konzert im Juli 1998 im NPD-Haus in Wurzen

51 *http://www.sachsen.de.deutsch.buerger/lfv/i exor9.htm*

52 Sächsischer Landtag, Drucksache 2/8141

53 ebd.

54 Sächsischer Landtag, Drucksache 2/7753 vom 6.01.98

55 ebd.

56 Artikel im bundesweit erscheinenden rechtsextremen Musikmagazin »Neue Doitsche Welle« Nr.4, Sommer 1997, S. 5

57 ebd. S. 24

58 Mitarbeiter des JBV

59 Mitarbeiter im kommunalen Jugendtreff Kirschberghaus

60 Leiter JBV

61 s.a. LVZ vom 21.01.1999, Artikel: »Vorwürfe gegen das Kirschberghaus in Grünau entkräftet«

62 ebd.

64 Mitarbeiter im kommunalen Jugendtreff Kirschberghaus

65 Mitarbeiter im kommunalen Jugendtreff im Kirschberghaus

66 derselbe

67 Darstellung eines Mitarbeiters des kommunalen Treffs

68 Leiter *JBV*

69 derselbe

70 derselbe

71 Mitarbeiter JBV

72 Leiter JBV

73 Darstellung eines Mitarbeiter des kommunalen Teils des Kirschberghauses

74 derselbe

75 Diese Darstellung datiert vor dem 1. Mai 1998.

76 Dabei handelt es sich um Klientel im Alter unter 20 Jahre.

77 Darstellung eines Mitarbeiters des JBV

78 Katrin Zschuckelt (Mobile Jugendarbeit - Kübel Inn e.V.), Interview mit KlaroFix 12/98, S. 20

79 Rita Schmäche (Mobile Jugendarbeit - Kübel Inn e.V.), Interview mit KlaroFix 12/98, S. 18

80 Darstellung des Leiters kommunaler Treff

81 Darstellung des Leiters des *JBV*

82 derselbe

83 derselbe

84 derselbe

85 derselbe

86 Wir meinen hier konkret Wurzen, s.a. die Diplomarbeit von Weber, Ilona (1998): »Kritische Analyse der Arbeit mit >rechtsorientierten< Jugendlichen ...« S. 57ff., Evangelische Fachhochschule Dresden

87 Mitarbeiterin Mobile Jugendarbeit

88 dieselbe

89 Darstellung der Mobile Jugendarbeit in einem *Klarofix* - Interview im Dezember 1998

90 Sinngehalt mehrerer Gesprächsbeiträge während einer Weiterbildung im Jugendclub Völkerfreundschaft, Anfang Dezember 1998

Soziale Arbeit in Rechten Szenen

Gero Hoffmann

Die verschiedensten, von dem Phänomen des Rechtsradikalismus betroffenen Bevölkerungsgruppen versuchen, ausgehend von ihrem jeweiligen gesellschaftlichen Standpunkt, eine Definition oder wenigstens Erklärungswege zu finden, um herauszustellen was Rechtsradikalismus ist und wo die Ursachen des Rechtsradikalismus liegen. Fremdenfeindlichkeit wird (im Osten) mit einer plötzlich hereinbrechenden Flut von Fremden begründet, die Jugend hätte nie gelernt mit ihnen (den Fremden) umzugehen. Die Radikalität der heutigen Jugend wird von den Politikern auch gern mit fehlenden Lehrstellen und den damit verbundenen Zukunftsängsten begründet und damit die Verantwortung der Wirtschaft zugeschoben.
Auf diese Argumentationen möchte ich nicht näher eingehen, die Zahlen und Erkenntnisse der Extremismusforscher sprechen deutlich dagegen. Die Mehrzahl der heute (im Osten) aktiven Rechtsradikalen haben staatliche Jugendbewegungen nie oder nur im Geschichtsunterricht kennengelernt. Sie entstammen bürgerlichen, mittelständischen Familien und leben zu einem sehr geringen Prozentsatz von staatlichen finanziellen Zuwendungen. Dies bedeutet letztendlich, daß Rassismus und Antisemitismus aus der Mitte unserer Gesellschaft kommen und sich in den marginalisierten Gruppen in besonderer Form zeigt. Sie werden aus der Mitte kommend, an den Rand verwiesen, um wieder auf die Mitte der Gesellschaft zu wirken und wiederum an den Rand gedrängt zu werden.

Ich glaube, daß unsere Gesellschaft nie gelernt hat, die in ihrer Mitte entstandenen und entstehenden Extreme als einen Teil ihrer selbst zu erkennen und emstzunehmen. Es ist in den Schulen immer noch nicht an der Tagesordnung, Demokratie zu lehren oder den Schülern die Grundsätze und Aussagen der Menschenrechte zu verdeutlichen. Im Zuge ihrer Übernahme in den jetzigen Bildungsapparat wurde »vergessen«, Erzieher, Lehrer und Pädagogen in den Grundlagen der jetzigen Gesellschaftsordnung weiterzubilden. Woher sollten und sollen sie von heute auf morgen mit der Einführung neuer Lehrpläne, das Wissen und das Verständnis für die jetzige Staatsform nehmen?

Die soziale Arbeit ist hierbei in einer besonderen Position. In einigen Kommunen wird sie als »Feuerlöscher« gegen auffällige Jugendliche eingesetzt. Sie soll nicht nur bei der Bewältigung der Probleme der Jugendlichen helfen, sondern hauptsächlich die Probleme, welche durch die Jugendlichen entstehen, verhindern. Dieses Verständnis und diese Zuteilung von Aufgaben der sozialer Arbeit ist zum Scheitern verurteilt. Es erhebt sich der Ruf nach härteren Jugendstrafgesetzen und einer höheren Präsenz der Polizei.
Als Sozialarbeiter, welcher mit rechtsradikalen Szenen in Berührung steht, wird man feststellen, daß das klassische Bild des biertrinkenden, pöbelnden Skinheads aus sozial schwachem Umfeld nicht mehr stimmt. Zwar existieren diese »Gestalten« noch immer, aber sie sind mehr einer jugendlichen Alltagskultur, man spricht z. T. vom jugendkulturellen mainstream bzw. von einem Lifestyle-Phänomen (Bernd Wagner), zuzuordnen. In den Szenen ist zu beobachten, daß Rechtsextremismus kein Jugend-, Randgruppen-, Arbeitslosigkeits- und/oder Geschlechterproblem ist. Vielmehr wurzeln rechtsextremistische Haltungen unter Jugendlichen besonders in der Ablehnung des aktuellen politischen Handelns und des politischen Systems an sich.
Rechtsextremistische Einstellungen finden wir heute in vielen Gruppierungen junger Menschen z. B. bei Gymnasiasten, Azubis, Studenten, »normalen« Jugendliche usw. - sogar in vermeintlich linken Milieus, wie dem der Punks, sind Versatzstücke rechter Weltanschauung keine Seltenheit. Ich möchte davor warnen, Rechtsextremismus nur auf eine spezielle Spielart von Jugendkultur zu reduzieren. Es handelt sich um ein gesamtgesellschaftliches Phänomen.

Die hohe »Anfälligkeit« Jugendlicher für rechte Ideologien läßt sich gut in ein Verhältnis zur Zukunftsangst einer immer weniger gebrauchten (und verstandenen) Generation und den relativ einfachen Antworten rechter Ideologen auf komplexe gesellschaftliche Probleme setzen. Öffentlichkeit, Politik und Jugendarbeit haben in den letzten Jahren Rechtsextremismus viel zu sehr aus der öffentlichen und Fachdiskussion ausgeblendet. Ein Indiz dafür ist z.B. der beinahe völlige Rückzug der Jugendarbeit aus dieser Thematik seit Auslaufen der AgAG- Programme Ende 1996 und der beinahe zeitgleich laufenden staatlichen Repressionen gegen rechte Organisationen (z. B. dem Verbot der Wiking-Jugend im Dezember 1996). Jugend- und Sozialarbeit stellt sich uns heute als ein relativ unpolitisches Betätigungsfeld für »vermeintliche« Linke dar. Die Jugendlichen aus den rechten Szenen wissen, welchen Anspruch die Sozialarbeit an ihre Mitarbeiterinnen stellt. Sie haben sehr schnell gelernt mit den von der Sozialarbeit an sie gestellten Anforderungen umzugehen und diese auch für ihre politischen Ziele einzusetzen. Dazu kommt noch die Angst vieler Kolleginnen und Kollegen vor diesen scheinbar destruktiven Jugendlichen. Die »Skinheads-« werden heute auch noch als »gefährliche und unberechenbare Schläger« gesehen.

In Dresden läßt sich seit einigen Jahren ein Wandel im Auftreten rechter Jugendlicher beobachten. Eine einheitliche rechte jugendliche Szene gibt es nicht mehr, es handelt sich heute um eine Vielzahl von verschiedenen Gruppierungen, welche miteinander in Kontakt stehen. Dabei beson-

ders anzuführen sind Stadtteilszenen rechter Jugendlicher, welche oftmals im Umfeld ehemaliger Kameradschaften (weniger im Umfeld von Jugendarbeit, eher in Kneipen und Spielhallen) zu finden sind. Mit ihnen im Zusammenhang stehen zum Teil die jeweiligen »Hooliganszenen« im Stadtteil bzw. stadtweit. Es existiert aber auch eine stadtweite politisch rechte Skinheadkultur mit vielen Facetten von »White-Power-Skins« bis »Oi-Skins« Diese ist aber nicht mehr so aktiv wie am Anfang der 90er Jahre.
Parallel dazu beobachtet man die »organisierten Rechten«, z. B. Junge Nationaldemokraten (JN) und einen hohen Anteil junger Menschen in der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Diese Organisationen sind Kaderschmieden. Junge Menschen aus diesem Bereich sind angehalten, sich in ihrem Stadtteil normal in den Jugendgruppen zu bewegen, informelle Netzwerke außerhalb von Organisationen zu schaffen (vgl. stormfront; »Wie organisieren?«; thule-net i und eine jugendkulturelle Hegemonie im Stadtteil, im Wohnquartier oder einfach nur an Trefforten Jugendlicher aufzubauen (vgl. stormfront; »Schafft befreite Zonen-: thule-net).

Wir sehen uns heute einer •»systemkonformen« Bewegung gegenüber, welche die klassischen Ansätze der Sozialarbeit in radikalen Szenen ins Leere laufen läßt. Sozialarbeiter reagieren meist überrascht und hilflos wenn rechtsradikale Jugendliche in ihren Projekten auftauchen oder sie behaupten in Gesprächen mit Kollegen, daß in ihren Gegenden keine rechtsextremen Jugendlichen existieren. Die oft nur in Konzepten und Ansätzen vorhandene Vernetzung der Träger sozialer Arbeit steht einer zunehmend praktischen und informellen Vernetzung der rechten Szenen gegenüber. Gerade der stadtteilorientierte Ansatz sozialer Arbeit in den Kommunen erw eist sich immer wieder als hinderlich gegenüber stadtweit operierenden Gruppen.

Hat die soziale Arbeit im Umgang mit dem »klassischen« Skinhead durch die akzeptierende Jugendarbeit eine relativ stimmige Handlungsvorgabe. so gerät gerade die akzeptierende Arbeit bei ideologisierten Jugendlichen an ihre Grenzen. Bei diesen Jugendlichen haben wir es mit geschulten Werbern in Jugendhilfeeinrichtungen zu tun. Junge Menschen, welche durch ein gepflegtes (fast bürgerliches) Erscheinungsbild, hohe Intelligenz und Diskussionsbereitschaft auffallen, die bereit sind den Aktionismus der Sozialarbeiter zu unterstützen und mitzutragen, und immer mehr »nette« Freunde mitbringen, welche wiederum allein durch ihre Anwesenheit Jugendkulturen aus den Einrichtungen drängen. Sie wissen genau, was sie wie tun müssen, um an ihre Ziele (Neurekrutierung. Ausbau der Organisationen) zu kommen und das »Bauchmiezein« der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter gehört dazu. Szeneorientierte Sozialarbeit (szeneorientierte Streetwork) kann ein nützlicher Ansatz zur Beobachtung der Bewegungen sein. Sie kann durch ihr szenenspezifisches Fachwissen andere Kollegen zu Umgangsweisen informieren. Sie kann aber nicht gegen die Neuorganisierung ankämpfen, da sie nicht über die materiellen Ressourcen rechter Organisationen verfügt und dadurch nicht in Konkurrenz zur stetig wachsenden Angebotsbreite der Rechten treten kann. Szeneorientierte Sozialarbeit ist keine Sozialpolizei, welche gegen gesellschaftliche Phänomene angetreten ist, oder antreten kann.

Wie groß der Einfluß rechter Ideologen auf Jugendliche wird, liegt hauptsächlich in der Verantwortlichkeit politischer Gremien. Zielsetzung der sozialarbeiterischen Intervention in der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen sollte sowohl die Persönlichkeitsstabilisierung bei den Adressaten, als auch der Versuch der Beeinflussung von Persönlichkeit zur Veränderung von Einstellungsmomenten sein. Die soziale Gruppenarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen soll insbesondere soziale Lemfelder anbieten, die zum einen die festgefügten Rollenzuweisungen in den Gruppen relativieren und zum anderen durch gemeinwesenbezogene, selbstwertstabilisierende Aktivitäten die Integrationsfähigkeit der Jugendlichen im jeweiligen Stadtteil verbessern helfen.
Die Jugendarbeit bemüht sich um rechtsorientierte Jugendliche, arbeitet aber nicht mit Funktionsträgern rechter Strukturen, diese sollten, wenn möglich, aus der »Zielgruppenliste« sozialer Arbeit gestrichen werden. Von der Jugendarbeit kann nicht die »Umerziehung« von rechtsorientierten und teilweise gewaltbereiten Jugendlichen erwartet werden. Ein Erfolgserlebnis kann aber schon die Relativierung verfestigter Welt- und Feindbilder, die Integration in ein bürgerliches Leben und die Akzeptanz demokratischer Willensbildung sein.

Gero Hoffmann ist Absolvent der
Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit
und Diplomsozialarbeiter in Dresden

weiterführende Literatur:
»neue Praxis« Heft 1+2 93 Neuwied 1993
»Gewalt und Rechtsextremismus« Möller/Schiele (Hrsg.) Schwalmbach/Ts 1996
»Entstehung von Fremdenfeindlichkeit« Friedrich Ebert Stiftung 1993
»Hitlers Schatten verblaßt« G. Paul (Hrsg.) Bonn 1990
»Rechtsextremismus im vereinten Deutschland« Ch. Butterwegge/H. Isola Berlin 1990
»Die Szene von innen« M. Stock/P. Mühlberg Berlin 1990
»Jugend und Gewalt« G. Eisenberg/R. Gronemeyer Hamburg 1996
»Jugendarbeit in rechten Szenen« F.J. Krafeld/K. Möller/A. Müller Bremen 1993
»Akzeptierende Jugendarbeit in rechten Jugendcliquen« F. J. Krafeld Bremen 1992
»Skinheads« K. Farin/E. Seidel-Pielen München 1995
»Ohne Gewalt läuft nichts« K. Farin/E. Seidel-Pielen Köln 1993
»Im Griff der rechten Szene« B. Schröder Hamburg 1997
»Rechtsextremismus - Warum handeln Menschen gegen ihre eigenen Interessen?«
Heitmeyer Köln 1991(>ran< Handbuch, Beiheft zum >ran< Handbuch)

Akzeptierende Sozialarbeit und Erwachsenenbildung

Lorenz Korgel

Rechtsextremismus als Thema der Erwachsenenbildung

Wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZDK das Thema Rechtsextremismus als Gegenstand der Erwachsenenbildung einbringen, wird zuweilen von den teilnehmenden Multiplikatoren und Multiplikatorinnen die Frage nach dem »richtigen« Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen aufgeworfen. So wird beispielsweise gefragt, ob es nicht den Bedürfnissen der Jugendlichen widerspräche, wenn man ihre Musik oder ihre rechtsextremen Symbole vor die Tore der Schule oder des Jugendclubs verweise.
Diese Frage berührt eine brisante Diskussion um die Theorie und Praxis der Jugendsozialarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen, die spätestens seit den 90er Jahren auch für die Erwachsenenbildung relevant geworden ist. Im Zentrum dieser Debatte steht eine neuartiger Ansatz der Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen, der Ende der 80er Jahre u. a. von dem Bremer Hochschulprofessor F. J. Krafeld entwickelt wurde. Innerhalb dieses Konzepts gelten rechtsextrem orientierte Jugendcliquen als Zielgruppen einer sogenannten »akzeptierenden Jugendarbeit«, die versucht über gegenseitige Akzeptanz von Jugendlichen und Pädagoglnnen eine Beziehungsarbeit aufzubauen, so daß es den Jugendlichen schließlich möglich sein soll, ihre Alltagsprobleme in den Griff zu bekommen. Ein derartiger jugendpädagogischer Ansatz kann für den Bereich der Erwachsenenbildung nicht folgenlos bleiben. Sollen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in einer Art fortgebildet werden, die sie auf den Alltag der akzeptierenden Jugend- und Beziehungsarbeit vorbereitet? Hinter dieser Frage verbirgt sich zudem die grundsätzliche Suche nach den Leitlinien der Fortbildungsarbeit zum Thema Rechtsextremismus.
Für eine erfolgreiche Suche ist es notwendig, sich mit dem Konzept der »akzeptierenden Jugendarbeit« zu befassen, um sich daraufhin positionieren und eine dem Thema Rechtsextremismus angemessene Erwachsenenbildung vorschlagen zu können.

Das Konzept der »akzeptierenden Jugendarbeit«

Das Konzept der »akzeptierenden Jugendarbeit« ist zum Ende der 80er Jahre aus einer Kritik an der bis dahin üblichen »antifaschistischen Jugendarbeit« entstanden. Das Ausgrenzen und Bekämpfen rechter Jugendlicher durch den »moralisierenden Antifaschismus« , so die Kritik, habe sich als »hilfloser Antifaschismus« erwiesen, der die rechtsextremen Strukturen nicht austrocknet, sondern ausgegrenzte Jugendliche stigmatisiert und »möglicherweise erst zu Neonazis gemacht« hat[2]. Anstatt also ständig bestimmte Verhaltensweisen und Deutungsmuster aufzubrechen, sollte eine Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen interessen- und bedürfnisgeleitet sein.[3]
Grundsätzlich hat die »akzeptierende Jugendarbeit« das Ziel, die Jugendlichen bei ihrer gesellschaftlichen Integration zu fördern, wobei von der These ausgegangen wird, daß bei zunehmender Integration auch die Fähigkeit zu sozialverträglichem Verhalten zunimmt[4]. Dementsprechend besteht »akzeptierende Jugendarbeit« primär aus »Beziehungsarbeit« und der »konkreten Hinwendung zum Lebensmilieu« der Jugendlichen[5]. Einzelgespräche bilden einen Kern dieser Arbeit, wofür das Zuhören und Anhören jeglicher Positionen Voraussetzung ist. Darüber hinaus sollen sich die Jugendlichen frei organisieren dürfen; sie sollen ihre Auffassungen frei äußern und ihre Stilformen ausleben dürfen. Für die Pädagogen und Pädagoglnnen gilt es, Situationen herzustellen, in denen alle Auffassungen gegenseitig vertreten werden können. Die Grenze zur Bereitschaft des Anhörens rechtsextremer Positionen sollte dort sein, »wo man etwas innerlich, vom inneren Empfinden her nicht aushalten kann.«[6] Diese Akzeptanzgrenzen müssen aber stets auf ihre Berechtigung hin zu überprüfen sein. Prinzipiell besteht eine Toleranzgrenze aber dort, wo gezielte rechtsextreme Propaganda, z. B. für politische Parteien, betrieben wird und wo sich Androhungen körperlicher Gewalt gegen Personen aus der Jugendarbeit wiederholen.[7] Außerdem ist den Jugendlichen in den Gesprächssituationen klarzumachen, daß die Jugendarbeiterinnen friedliche Konfliktregelungsmuster für richtig halten. Ansonsten muß innerhalb der »akzeptierenden Jugendarbeit« das Bemühen der Jugendlichen bei der Gestaltung ihres Lebensalltages ernst genommen werden. Voraussetzung dafür ist das Akzeptieren ihrer sozialen Organisationsformen.
In der Praxis steht die Schaffung eines offenen sozialen Raumes für die rechten Jugendlichen an erster Stelle. Für das Verhalten innerhalb dieses Raumes gibt es nur geringe Auflagen. Eine davon ist die Beteiligung der Jugendlichen als »Raumwärterinnen« und die Akzeptanz der Anwesenheit von Betreuern und Betreuerinnen. Die rechtsextrem orientierten Jugendlichen sollen ansonsten das Leben des Clubs nach ihrem Willen gestalten. Es ist ihnen erlaubt, ihre Musik zu hören und den Raum mit ihren Symbolen zu gestalten.[8] Erfolg hat »akzeptierende Jugendarbeit«, wenn der Pädagoge oder die Pädagogin sich unterstützend auf die Jugendlichen einläßt und ihnen bei der Problembewältigung in ihrem Alltag helfen kann.[9]
Die Berichte der Vertreterinnen und Vertreter einer »akzeptierenden Jugendarbeit« aus ihrer Praxis vermelden Erfolge. Als Modell gilt dafür ein Projekt der »aufsuchenden Jugendarbeit« in Bremen, daß rechtsextrem orientierten Jugendcliquen Räume bietet und darin betreut. Dort ist es den Pädagogen und Pädagoglnnen gelungen, persönliche Beziehungen zu den Jugendlichen zu knüpfen, obschon es anfangs Schwierigkeiten gegeben hat, die ständige Propagierung faschistischer Ideologie-Elemente anzuhoren. Darüber hinaus wird als Erfolg betrachtet, den Jugendlichen Möglichkeiten geschaffen zu haben, eigenständige Aktivitäten und Erfahrungen entwickeln zu können. So beteiligen sich die Jugendlichen an Ausländerkulturfesten, ohne gewalttätig zu werden: es entstehen Kontakte zu behinderten Menschen und eine jugendliche Musik-Gruppe setzt im Mu-

sikraum zur Verwunderung der Pädagoglnnen eine »kleinbürgerlich-spießige«[10] Atmosphäre unter einer Reichskriegsflagge durch. Auch ein Skinhead-Konzert kann organisiert und mit 300 Besuchern durchgeführt werden .[11]

Eine politische Kritik der »akzeptierenden Jugendarbeit«

Etwas mehr als zehn Jahre wird das Konzept der »akzeptierenden Jugendarbeit« nun angewendet und inhaltlich auch weiterentwickelt.[12] Ob Bremen, Berlin oder Leipzig, die »akzeptierende Jugendarbeit« ist in deutschen Städten weit verbreitet, auch wenn sie längst nicht einheitlich und schon gar nicht flächendeckend betrieben wird. Trotz dieser Uneinheitlichkeit ist es sinnvoll nach den politischen Implikationen zu fragen, die das Konzept der »akzeptierenden Jugendarbeit- in sich trägt. Mit anderen Worten: Kann eine »akzeptierende Jugendarbeit« mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen auch als *gesellschaftspolitisches* Projekt Erfolg haben?

Einige dem Konzept der »akzeptierenden Jugendarbeit« innewohnenden gesellschaftpolitischen Voraussetzungen lassen eine positive Beantwortung dieser Fragestellung kritisch erscheinen.

Zunächst muß gefragt werden: Was will »akzeptierende Jugendarbeit« eigentlich fördern bzw. was will sie verhindern? Fördern will sie mittels Beziehungsarbeit die soziale Integration der rechtsextremen Jugendlichen, was auch ein sozialverträgliches Handeln nach sich ziehen soll. Denn umgekehrt wird der Ausgrenzung der Jugendlichen aus den gesellschaftlichen Zusammenhängen der Kampf angesagt. Im Mittelpunkt der »akzeptierenden Jugendarbeit« stehen also die Probleme, die Jugendliche haben und nicht die, die sie machen.[13] Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive ist diese Haltung problembehaftet. Denn spätestens seit 1990 hat sich in Deutschland und insbesondere in Ostdeutschland eine Jugendkulturszene entwickelt, in der die rechtsextrem orientierte Subkultur ein fester Bestandteil ist und sich inzwischen in den unterschiedlichsten Formen weiterentwickelt und anpaßt[14]. Aufgrund dieser Entwicklung muß sich ein Ansatz der »akzeptierenden Jugendarbeit« fragen lassen, von welchen gesellschaftspolitischen Folgewirkungen er ausgeht, wenn sein wichtigster Inhalt aus der Förderung und Bestätigung einer rechtsextrem orientierten Jugendkultur besteht. Zur Erinnerung: In der »akzeptierenden Jugendarbeit« ist es vorgesehen, rechten Jugendcliquen einen öffentlichen Raum zu bieten, in denen sich rechte Ästhetik, rechte Musik und rechtsextreme Deutungsmuster ungehindert einrichten dürfen. Ein solcher Ansatz ignoriert offensichtlich die strukturellen Entwicklungen des deutschen Rechtsextremismus in den 90er Jahren. Denn Rechtsextremismus vollzieht sich längst nicht mehr nur auf parlamentarischer Ebene, sondern als gesellschaftliches Phänomen, das rechtsextreme bzw. rassistische Werthaltungen aus einer vermeintlich privaten Sphäre in die gesellschaftliche Öffentlichkeit transferieren will. Neben der gewöhnlichen rechtsextremen Parteiarbeit hat sich eine rechtsextreme Bewegung entwickelt, die konkret nach Hegemonie in der Sphäre der zivilen Gesellschaft strebt[15]. Jugendliche sind nicht der denkende und lenkende Teil dieses Bestrebens. Aber sie vollziehen für den jugendkulturellen Raum, was auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene erst noch angestrebt wird: Öffentlicher Raum, in dem rechte Deutungsmuster in Worten, in der Musik und Symbolik vorherrschen, gerät zum geschlossenen Terrain. Die von den Pädagoglnnen angestrebte Gesprächssituation ist nur für diejenigen möglich, die in das völkische Weltbild der rechten Szene hineinpassen.

Unterdessen ergibt sich für einige Kommunen in Ostdeutschland die reale Gefahr einer Dominanz rechter Jugendszenen. Alternativen oder linken, aber selbst ganz gewöhnlichen Jugendszenen ist das offene Ausleben ihrer Lebensvorstellungen in manchen Kommunen nur noch eingeschränkt möglich[16]. Der Ansatz der »akzeptierenden Jugendarbeit« kann in einer solchen Situation nur dem Dominanzbestreben der rechten Szene nützlich sein. Wo Pädagogen und Pädagoglnnen die Dominanz rechtsextremer Denkmuster freiwillig akzeptieren und hinnehmen, müssen sich die rechtsextremen Kader nicht mehr um eine »Übernahme« kümmern. So verwundert es auch kaum, daß es in einer solchen Jugendarbeit nur selten zu gewalttätigen Konflikten innerhalb der Jugendclubräume kommt. Die Polizei, die öffentliche Verwaltung und die Nachbarschaft, sie alle können zufrieden sein, denn die Jugendlichen lungern nicht mehr auf der Straße herum und entwickeln ihr Selbstwertgefühl in betreuten Räumen.

Auf einzelne Jugendcliquen bezogen mag das Konzept der »akzeptierenden Jugendarbeit« positive Wirkungen erzeugt haben. Dazu gehört sicherlich, daß es innerhalb der Jugendarbeit tatsächlich gelingt, einen Kontakt zu den Jugendlichen zu entwickeln und sie, meist erstmalig, in reflektierende Gesprächssituationen einzubeziehen. Als gesellschaftspolitisches Projekt ist dieser Ansatz aus den zuvor angeführten Gründen jedoch höchst fragwürdig. Dies liegt schon in den teilweise widersprüchlichen Voraussetzungen des Ansatzes begründet. Rechtsextreme Orientierungsmuster bei Jugendlichen werden von den Vertreterinnen der »akzeptierenden Jugendarbeit«, in Anlehnung an die Studien des Soziologen Wilhelm Heitmeyer, als Ergebnis der ökonomisch-sozialen Alltagserfahrungen gewertet[17]. Diese Erfahrungen sind bestimmt durch Handlungsunsicherheit, Ohnmachtserfahrungen und Vereinzelungserfahrungen, was zu einer Unterordnung unter den Stärksten, zu Statusängsten und zur Abwehr aller, die den Status bedrohen könnten, führt[18]. Entsprechend wird Gewalt bei rechtsextrem orientierten Jugendlichen nicht politisch interpretiert, sondern als ein Versuch zur Stärkung des Selbstbewußtseins als Selbstinszenierung und Selbstentfaltung.[19] Diese unpolitische Beurteilung der Gewalt birgt in sich allerdings die Gefahr, die Entwertung und Entmenschlichung der Opfer rechtsextremer Gewalt zu verkennen. Es handelt sich dabei um eine Gewalt, die mit der Minderwertigkeit der Opfer begründet wird. Sie als unpolitisch zu begreifen widerspricht der von den Vertreterinnen der »akzeptierenden Jugendarbeit« selbst vorgebrachten Feststellung, daß Rechtsextremismus unter Jugendlichen eigentlich nur einen Teil eines gesamtgesellschaftlichen Problems darstellt. Jugendliche drücken allenfalls die gesellschaftlichen Mißstände und politischen Deutungen radikaler aus als es Erwachsene tun.[20] Die ras-

sistischen Deutungsmuster lassen sich jedoch auf allen gesellschaftlichen Ebenen finden und dienen den Jugendlichen zur Legitimation ihrer Einstellungen. Dies bedeutet im Umkehrschluß, daß rechtsextrem orientierte Jugendliche stärker in die deutsche Gesellschaft integriert sind, als es uns die Pädagoglnnen der »akzeptierenden Jugendarbeit« nahelegen wollen.[21] Aus dieser Perspektive wird deutlich, daß es sich bei rechtsextrem orientierten Jugendlichen um politische Jugendliche handelt, auch wenn sie keiner rechtsextremen Organisation an_gehören oder sich selbst als völlig unpolitisch bezeichnen .[22]

Wenn derartige Jugendliche das Klientel der Jugendsozialarbeit sind, bedarf es einer politischen Pädagogik, die sich nicht in gruppenspezifischer oder individueller Konfliktberatung erschöpft, sondern den Jugendlichen Angebote eröffnet, sich jenseits von rechtsextremen Handlungsnormen zu betätigen. Dafür muß sich die Jugendsozialarbeit ihrer Möglichkeiten und Grenzen bewußt sein und die optimalen Bedingungen ihrer Arbeit ständig öffentlich anmahnen[23].
Daß der Verzicht auf die »akzeptierende Jugendarbeit« nicht gleich einen »hilflosen Antifaschismus« bedeutet, haben die unterschiedlichsten Projekte bewiesen. Beispielsweise sind rechtsextrem orientierte Jugendliche in die Arbeit der Milmersdorfer »Bruchbude« oder des SJC Sportjugendclub in Berlin-Hohenschönhausen integriert, obwohl die dortigen Pädagogen das Tragen rechtsextremer Symbole und das Abspielen der Musik rechter Gruppen nicht akzeptieren. Das Ergebnis dieser langfristigen Projekte ist eine Jugendarbeit, die ihren Teil gegen die Verfestigung rechtsextremer Denkmuster mindestens für die Dauer der Teilnahme am Clubgeschehen leistet. Jugendclubs dieser Art sind grundsätzlich keine geschlossenen Terrains oder gar »national-befreite Zonen«, sondern sind im Gegenteil Treffpunkt für jugendliche Gruppen mit unterschiedlicher Identifikation. Für eine derartige Jugendarbeit bedarf es allerdings einer Qualifikation, die es den Pädagogen und Pädagoglnnen ermöglicht, die rechtsextremen Strukturen und Subkulturen in ihrer Kommune oder ihrer Region zu erkennen und zu beurteilen. Spätestens hier wird Rechtsextremismus zum Thema der Erwachsenenbildung.

Schlußfolgerungen für den Bereich der politischen Erwachsenenbildung

Die politische Erwachsenenbildung hat es, wenn ihr Thema Rechtsextremismus ist, nicht mit einem Thema des gesellschaftlichen Randes zu tun. Vielmehr handelt es sich um einen gesamtgesellschaftlichen Komplex, so daß auch hier die bereits vorhandenen Leitlinien der Erwachsenenbildung, wie sie beispielsweise aus der gewerkschaftlichen oder antirassistischen Bildungsarbeit bekannt sind, ihre Gültigkeit haben[24]. Demgemäß setzt politische Bildungsarbeit auf die Erweiterung von Einflußmöglichkeiten auf die eigenen Lebensverhältnisse. Sie deckt gesellschaftliche Unterwerfungsfunktionen und illegitime Herrschaftsstrukturen auf und vermittelt Handlungsmöglichkeiten innerhalb demokratischer Spielregeln. Idealerweise wird das Thema Rechtsextremismus in der Erwachsenenbildung in allen seinen Ursachen, Wirkungen und Formen behandelt. Insbesondere bei der Ursachenanalyse ist es von Bedeutung verschiedene Erklärungsmodelle heranzuziehen, wobei vor allem die verschiedenen Dimensionen von Rassismus einen festen Bestandteil bilden sollten. Den teilnehmenden Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ist weiterhin die Entscheidung zu überlassen, in welche Richtung das Thema eingehender behandelt wird.
Darüber hinaus ist politische Erwachsenenbildung »als eine Variante demokratischer Öffentlichkeit zu begreifen«[25]. Mit freien und offenen Diskursen vollzieht die politische Bildung eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren einer zivilen Gesellschaft. Damit wirkt politische Erwachsenenbildung unmittelbar dem rechtsextremen Bestreben nach Homogenisierung und Einebnung der zivilen Sphäre entgegen. Sie kann für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen Kompetenzen vermitteln, die das Akzeptieren eines nach Hegemonie strebenden Rechtsextremismus unnötig machen. Zunächst muß hierfür die Wahrnehmung für rechtsextreme Strukturen, Formen und Aktionsebenen geschult werden. Dabei ist es von Bedeutung rechtsextreme Deutungsmuster. Ästhetik und Symbolik als solche zu erkennen, um angemessen gegen sie vorgehen zu können. Denn »Zillertaler Türkenjäger« oder »Störkraft« aber auch »Keltenkreuze« und »Gau-Abzeichen« müssen auf keinem Schulhof oder Jugendclub geduldet werden. Das Dilemma der »akzeptierenden Jugendarbeit« macht die Notwendigkeit deutlich, in der Erwachsenenbildung das Selbstbewußtsein und das Rüstzeug für eine Konfrontation mit rechtsextremen Hegemoniebestrebungen zu schaffen. Gerade für die Situationen der Konfrontation sollten innerhalb der Erwachsenenbildung an konkreten Fällen Handlungsbedingungen und -möglichkeiten entwickelt und durchgespielt werden. Leider ist in dieser Hinsicht noch nicht viel publiziert worden, so daß sich das Thema Rechtsextremismus in der Erwachsenenbildung weiterhin in einem Prozeß befindet. Dieser bedarf der Diskussion und Kooperation all derer, die Rechtsextremismus in der politischen Erwachsenenbildung behandeln.

Anmerkungen

1 Müller, Andrea: Rechtsextremismus und Gewalt - Schwerpunkt politischer Bildungsarbeit. In: Ausserschulischer Bildung. S. 159.
2 Ebenda.
3 Vgl. Heim/Krafeld u. a.: »Lieber ein Skinhead, als sonst nichts?« Grundsätze einer akzeptierenden Jugendarbeit in rechten Jugendcliquen. In: Krafeld. F. J. (Hrsg.): Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen. Bremen 1992. S. 64.
4 Vgl. ebenda. S. 72.
5 Vgl. ebenda. S. 74.
6 Vgl. ebenda. S. 75.
7 Vgl. Heim/Krafeld u. a.: Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen - Handlungsansätze aus der Praxis. In. Krafeld (Hrsg.): a. a. O. S. 42.
8 Wobei Hakenkreuze nicht gestattet sind.

9 Vgl. Heim/Krafeld: 70 f.
10 Vgl. Heim, G./Krafeld F. J. u. a.: Projekte der Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen - Grundlagen und Erfahrungen. In: Krafeld, F. J. (Hrsg.): a. a. O. S. 49.
11 Vgl. ebenda.
12 Vgl. z. B. Krafeld, F. J./Möller, Kurt/Müller, Andrea: Jugendarbeit in rechten Szenen. Bremen 1993.
13 Vgl. Ausserschulische Bildung 2/93: Berichte aus dem AdB und seinen Mitgliedseinrichtungen. S. 204.
14 Vgl. Wagner, Bernd: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern. In: Bulletin. Sonderausgabe 1998. Schriftenreihe des Zentrums Demokratische Kultur. Berlin 1998.
15 Vgl. Korgel. Lorenz: Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Freien Universität Berlin. Fachbereich Politische Wissenschaft. August 1999.
16 Vgl. den Fall der Stadt Wurzen. Schweikle, Johannes: Wo rechts gilt. In: Die Zeit. Nr. 27, 01.07.1999. S. 11-14. "
17 Vgl. Heim/Krafeld u. a.: Lieber ein Skinhead ... S. 73.
18 Vgl. Heitmeyer. Wilhelm: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim. München 1992. Und Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Das Gewalt-Dilemma. Frankfurt/M 1994.
19 Vgl. Heim/Krafeld u. a.: »Anhören war für mich erst mal das Wichtigste!« In: Krafeld (Hrsg.): a.a.O. S. 13.
20 Vgl. Müller. A.: S. 156.
21 Ute Schad hat indessen überzeugend dargelegt, daß sich ein Zusammenhang zw ischen Ausgrenzungserfahrungen und der Zuneigung zu autoritären Einstellungen nicht eindeutig herstellen läßt. Vielmehr ist Rechtsextremismus auch unter Jugendlichen verbreitet, die gerade nicht über Statusängste und Selbstwertverlust klagen. Vgl. Schad. Ute: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen und soziologisch-pädagogische Defizite. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B26/99. S. 23 ff.
22 Vgl. hierzu Kirschnick. Sylke: »Es gibt nichts Gutes - außer man tut es« - Eine Checkliste für Lehrer. In: Bulletin. Schriftenreihe des Zentrums Demokratische Kultur, 3/1998. S. 41-44.
23 Vgl. Möller, Kurt: Jugendarbeit als Lösungsinstanz gesellschaftlicher Gewaltv erhältnisse: Eine magische Inszenierung. In: Heitmeyer. W ilhelm (Hrsg.): Das Gewalt-Dilemma. Frankfurt/M. 1994. S. 242-272.
24 Vgl. IG Metall (Hrsg.): Rahmenkonzeption für die Bildungsarbeit der IG Metall. Frankfurt/M. Juli 1998. Und Muhs, Mirjam: Konzeptionen politischer Jugend- und Erwachsenenbildung zu Themenbereich Einwanderungsgesellschaft/Multikulturelle Gesellschaft. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Freie Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft. August 1999.
25 Ciupke, Paul/Reichling, Norbert: Politische Erwachsenenbildung als Ort öffentlicher Verständigung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45-46/1994. S. 14.

Soziokulturelle Animation und Projektmethode als Grundlagen einer demokratischen Jugendarbeit im Landkreis Muldetal

Friedemann Bringt

I. Die Theorie

1.1. Herkunft des Begriffes >Projekt<

>Projekt< bedeutet »nach vom werfen«.[1] Diese zukünftige Dimension (nach Wahrig: Entwurf, Plan, Ziel) ist der konzeptionelle Kem von Projekten der Soziokulturellen Animation. Zwei wichtige Faktoren sind Grund für die derzeitige Popularität des Begriffes >Projekt<: Der Begriff definiert einen begrenzten Rahmen (zeitlich, räumlich, organisatorisch, finanziell) und er legt klare Aufgaben fest. Diese Art inhaltlicher und zeitlicher Begrenzungen sind für große und bürokratische Institutionen aber auch für kleine Organisationen, die viel improvisieren müssen, von Bedeutung.
Oft wird angenommen, daß die Projektmethode eine aus der Wirtschaft übernommene Handlungsmethode sei. Viele Schlüsselwörter aus dem Umfeld der Projektmethodik gehören heute zum >common sense< von modern geleiteten Wirtschaftsbetrieben. Organisationsentwicklung, corporate identity<, Lerngruppen, Matrixorganisation, Netzwerkplanung usw. sind moderne und häufig angewendete Begriffe. Aber der heutige wirtschaftstheoretische Fokus mißachtet die Tatsache, daß schon lange vorher in der Sozialen Arbeit nach diesen Prinzipien gearbeitet wurde.
Schon die Begründerin der Chicagoer Schule, Jane Addams, arbeitete um die Jahrhundertwende nach den Prinzipien der Projektmethodik. Etwas später war es der Radikaldemokrat Saul D. Alinsky der sich mittels der Gemeinwesenarbeitsmethode sowie Prinzipien der Projektarbeit in den USA der 30er Jahre für Bürgerinnenrechte und gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung einsetzte. Er nannte seinen Beruf >Antifaschist<, denn er machte die Ursachen für rechtsextremes Wertepotential in den sozialen Lebensbedingungen und Traditionsmustern der unteren Klassen Amerikas aus. Dieser geschichtliche Backround scheint mir für eine demokratische Jugendarbeit im Osten der BRD von Bedeutung.

1.2. Systemtheoretische Überlegungen

Die Projektmethode in ihrer heutigen Form ist eine Reaktion auf Überlegungen zur inneren Logik von Systemen, wie sie von verschiedenen Wissenschaften nach 1950 angestellt wurden. Die Rezeption dieser Theorie im sozialen Feld ist insbesondere durch Niklas Luhmann dargestellt wurden. Systeme sind danach Konstrukte der menschlichen Erkenntnis. Systeme sind keine realen Fakten. Sie werden von einem Beobachter wahrgenommen und sind Ergebnis von dessen Betrachtungsweise. Um Beziehun-

gen zwischen Systemen und ihrer Umwelt beschreiben zu können, ist die Feststellung von Grenzen wichtig. Grenzen entstehen in sozialen Systemen durch Vereinbarungen darüber, wer dazu gehören soll und wer nicht. Über die Mitgliedschaft definiert ein System seine Identität und seinen inneren Sinn. »Sinn ist die aktive Auswahl, über die aus der >Überfülle des Möglichem das menschliche Erleben Ordnung herstellt: >Erleben und Handeln ist Selektion nach Sinnkriterien<.«[2] Luhmann legt in seiner Theorie der sozialen Systeme Wert auf deren >*Selbstreferentialität*<. »Selbstreferenz ist ein Aspekt, der in Verbindung mit der Vorstellung der >Selbstschöpfung< (Autopoiese) auf die Geschlossenheit eines jeden Systems verweist: Es schafft sich durch seine Operationen selbst, hält sich dadurch aufrecht. Operationale Geschlossenheit meint dabei, daß jedes System fortwährend seine Selbstorganisation verwirklicht [,..].«[3] Die in unserem Zusammenhang wichtigsten Eigenschaft sozialer Systeme sind ihre Autonomie und ihre Geschlossenheit:

Autonomie: Soziale Systeme sind nicht instruierbar oder durch Einflüsse von außen bestimmbar. Erwünschte Veränderungen können angeregt und ausgelöst, nicht aber von außen verursacht werden.

Operationale *Geschlossenheit:* Soziale Systeme können nur mit ihren Eigenzuständen operieren, nicht jedoch mit systemfremden Komponenten. Die sie umgebende Umwelt wird nur dann relevant, wenn sie im System Eigenzustände anzustoßen vermag und das System sie demzufolge in ihre Struktur einbezieht.

1.3. Systemische Projektarbeit als Veränderungsstrategie:

Im >Problem Solving Model< und der >Planned Change Theorie< van Bennis, Benne & Chin von 1961 liegt die Basis für einen Handlungsansatz, der trotz der (Selbst-)Beharrungstendenzen geschlossener Systeme Erfolg verspricht. Diese Wissenschaft kennt eine Reihe Strömungen. Die mir am Wichtigsten erscheinende ist die Organisationsentwicklung. Sie wird insbesondere durch:

- bewußt in Gang gesetzte und begleitete Veränderungsprozesse und
- einen demokratischen und humanistischen Ausgangspunkt[4] gekennzeichnet.

Der >professional<, der die Veränderungen begleitet und auf demokratische Prozesse während der Veränderungen achtet, wird >change agent< genannt.

Ein wichtiger Vorreiter auf dem Gebiet der Organisationsentwicklung war Kurt LEWIN. Er entwickelte kurz nach dem Zweiten Weltkrieg die Methode der Gruppendynamik und der reflektierten Aktion. Seine Methode kann sowohl für kleinere Gruppen (Subsysteme) als auch innerhalb von Organisationen in größeren sozialen Vernetzungen (soziale Systeme) angewendet werden.

Das Problemlösungsmodell ist eine systematische, in Phasen ablaufende, Methode mit folgenden Eckpunkten:

- das Problem steht zentral (vgl.: II)
- die Analyse startet vom Problempunkt (vgl.: III)
- systematisches, in Phasen geteiltes Arbeiten an möglichen Lösungen (vgl.: IV)
- die Partizipation der direkt Betroffenen ist Ausgangspunkt

Nach Lewin wird eine bestimmte (Problem-)Situation durch die Konstellation bestimmter Faktoren hervorgerufen. Er spricht dabei vom >Gleichgewicht der Faktoren<, wodurch die Situation so bleibt, wie sie ist. Verändern sich die bestimmenden Faktoren, verändert sich auch die Situation. Will man also einen bewußten Veränderungsprozeß in Gang setzen, ist es nötig, das bestehende Gleichgewicht zu durchbrechen. Lewin nennt diesen Prozeß >*unfreezing - moving -freezing*<.

1.4. Soziokulturelle Animation innerhalb rechtsextrem dominierter Sozialräume in Ostdeutschland

Gemeinwesenarbeit, begriffen als ein nach Veränderung strebender, Wertemuster einer demokratischen Gesellschaft fördernder Handlungsansatz, sieht sich in den meisten ländlich und kleinstädtisch strukturierten Gebieten Ostdeutschlands in einer Minderheitenposition. Die immer wieder attestierten hegemonialen Tendenzen rechtsextrem orientierter Jugendkulturen sind nur Folge eines mehrheitlich nationalen, Fremde(s) ablehnenden Wertekonsenses innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung. Verändernde Arbeit innerhalb dieses sozialen Systems bedeutet, Eigenzustände anstoßen,[5] >change agent< sein, ob als Sozialarbeiterln oder Lehrerin, als Pfarrerin oder Bürgermeisterin, beinhaltet aus dem System heraus und mit der Sprache der in diesem System lebenden Menschen zu agieren. Die unreflektierte Übernahme westdeutscher Handlungstheorien, wie der Krafeldschen Methode des akzeptierenden Ansatzes in der sozialen Jugendarbeit muß hier ebenso scheitern, wie antifaschistische Bildungskonzepte der 80er Jahre. Veränderung kann nur innerhalb der Kleinstadt, dem Dorf, dem Landkreis usw. entwickelt werden. Grundlage sozialer und sozialpädagogischer Arbeit bleibt also eine professionelle Feldanalyse vor Ort und Empowerment, also die Motivation bzw. Befähigung von vor Ort lebenden Menschen zur Veränderung der Situation. Selbstbestimmte, mündige Bürgerinnen sind zwingende Voraussetzung für die Veränderung der heutigen Situation. Wo Verantwortung auf Instanzen von außerhalb des eigenen Systems, wie Jugendhilfe oder Polizei delegiert werden, kann wirkliche Veränderung, kann demokratische Gesellschaft nicht Fuß fassen.

Gehen wir von einer Analyse aus, nach der gesellschaftliche Wert- und Normvorstellungen kulturelle Hegemonie[6] anstreben und begreifen somit den kulturellen Raum als ganzen von der Konkurrenz der Nonnen betroffen, müssen auch die soziokulturellen Handlungskonzepte neu definiert werden. Wir müssen erkennen, daß unsere demokratisch verfasste Gesellschaft nicht von ihren extremen Rändern gefährdet wird, sondern die Gefahr in unserer aller Mitte entsteht. Demokratie und kulturelle Vielfalt muß von einer mündigen Zivilgesellschaft verteidigt und ge-

staltet werden. Jugendarbeit in Ostdeutschland heute muß demokratische Alternativen schaffen. Angebote und Räume müssen bereitgestellt werden, die attraktiver erscheinen als rechtsextreme Sinnangebote. Bereits bestehende Initiativen müssen gefördert und vor allem auch ausreichend geschützt werden. Wir müssen weg von der Stigmatisierung von Jugend als Problemgruppe und wieder ihre gesellschaftsverändemde Kraft erkennen. Wir müssen Opfer rassistischer Gewalt schützen, statt Täter wider besseres Wissen allein zu Opfern (sozialer Transformation etc.) zu erklären. Die demokratische Zivilgesellschaft muß sich den öffentlichen Raum zurückerobem. Dazu sind Räume nötig, in denen bürgerschaftliches Engagement ausprobiert und frei von Reglementierungen gelernt werden kann. Wir brauchen heute demokratische Schutzräume!

II. Die Praxis

II.1. Situationsanalyse für Wurzen (Problembeschreibung):[7]

Die mittelsächsische Kleinstadt Wurzen ist für das eben angeschnittene Problemfeld ein besonders deutliches Beispiel. Wurzen ist mit etwa 17.000 Einwohnern eine der beiden Metropolen des Muldentalkreises und war bis vor einigen Jahren noch Kreisstadt. Trotz des folgenden Bedeutungsverlusts. ist Wurzen noch immer das ökonomische Zentrum der Region mit Lebensmittelindustrie (die bundesweit bekannte Keksfabrik). Baustoffindustrie und Werkzeugbau. Die Arbeitslosenrate liegt mit etwa 10% vergleichsweise niedrig.

Rechtsextremistische und nationalistische Ideen sind hier, wie an vielen anderen Orten Ostdeutschlands, nicht allein ein Phänomen unter Jugendlichen peers (Gleichaltrigengruppe), sie betreffen vielmehr eine breite Schicht der Bevölkerung. Die heutige Situation der Jugendszene von Wurzen und ihre Hintergründe genau zu beschreiben, ist an dieser Stelle zu umfangreich. Dazu ist an anderer Stelle schon umfangreicher geschrieben worden.

Auch auf anderen Gebieten ist der Bedeutungsverlust, den Wurzen nach der politischen Wende zu verzeichnen hatte, sichtbar. Von den kulturellen Einrichtungen die vor 1989 bestanden, gibt es heute, das Kino eingeschlossen, keine einzige mehr. An Kultur interessierte Bürgerinnen müssen in das 30 km entfernte Leipzig fahren. Junge und innovative Menschen verlassen, von Ausbildungs- und soziokulturellen Möglichkeiten nach Leipzig angezogen, ihre Heimatstadt. Zurück bleiben stark Verwurzelte. Handwerker und anderweitig in Wurzen beschäftigte. Modemisierungsverlierer, Arbeitslose, Vorruheständler etc. Wurzen wird so immer mehr zur Schlafstadt. Das bedeutet aber, daß der aktive Kern verschiedener kultureller und sozialer Milieus für Veränderungen in Wurzen nicht oder kaum zur Verfügung steht.

Für eine ganze Reihe anderer existierender Jugendgruppen (Skater, Raver, »Normalos«, Punks) sind keine Räume mehr vorhanden. Die drei bestehenden Jugendklubs werden von Jugendlichen der Mehrheitskultur dominiert. Normal ist hier Rechts-sein. Nicht-rechte Jugendliche treffen sich zu Hause, fahren nach Leipzig oder arbeiten in der AG Umwelt und Natur oder dem Verein Wunderbar e. V. mit.

Wurzen hat seit kurzem einen NPD Stadtratsabgeordneten und eine starke, politisierte rechte Szene. Von Seiten der Stadt wird dies jedoch weitgehend ignoriert oder gar toleriert.

Der Sächsische Verfassungsschutz schrieb im Sommer 1996 von 10 nationalen Kameradschaften im Muldentalkreis.[8] Nach diesem Bericht ist der Landkreis Muldetal eines der wichtigsten rechtsextremen Zentren in Sachsen und in der BRD.

II.2. Konzeptionslose Jugendarbeit ohne demokratische Vielfalt

(Gesprächssequenzen aus einem Treffen mit Verantwortlichen aus Jugendhilfe und Polizei im Muldentalkreis)
Anwesend:

1 Polizeichef des Muldentalkreises, Oberkriminalrat M.
2 Polizeichef von Wurzen, Herr F (1).
3 Jugendpflegerin, Frau F.
4 Verein zur Förderung umweltgerechten Handelns in Wurzen, Herr F (2).
5 Jugendamt Muldentalkreis, Referat Jugendhilfe, Jugendgerichtshilfe, Herr S.

1 Frau F. hat keine qualifizierte Ausbildung. Sie ist bekannt für ihren vehementen Einsatz für »ihre« Jugendlichen und ihren oft unreflektierten Redefluß.
Gefragt, ob sie nach einer bestimmten Methode arbeiten würde und wie sie mit den Jugendlichen in der Jugendfreizeitstätte arbeitet, bekamen wir folgende Antwort: » *Unsere Jugendfreizeitstätte ist offen für alle Jugendliche. Das Einzige ist, wenn mal ein Linker kommt, daß ich ihn auffordere sich zu waschen, oder einen meiner Jun^s mal mitschicke, weil ... die riechen doch immer so.«*
Die Frage nach der Ausbildung wurde von Frau F. gänzlich überhört.

2 Herr F (2). ist Mitarbeiter im Trägerverein des »Schweizergartens« und erläutert uns wie thematische Inhalte transportiert werden. Es gibt einen Raum für thematische Angebote. Diese sind grundsätzlich freiwillig. Besonderer Beliebtheit erfreuten sich Themen wie Verfassungsschutz, Polizeibericht oder Aufklärung über verfassungswidrige (Nazi-)Zeichen. Wörtlich: *»wo die Grenzen sind, was 'se tragen dürfen, darüber haben wir schon gesprochen.*[10]»
Zur Diskussion über die Hintergründe der verstärkten rechtsextremen Tendenzen in Wurzen sagt er: *»Die Einstellungen sind ja jetzt schon da. Wir brauchen uns ja nun bloß mit den Resultaten beschäftigen.*«*[1]

3 Herr S. - im Kreisjugendamt für Jugendhilfe/Jugendgerichtshilfe zuständig - ist schon lange Zeit in der Kreisverwaltung tätig. Gefragt über die Situation der Jugend im Kreis und die Jugendkriminalität bekamen wir zur Antwort: *»Es sind viel weniger kriminelle Delikte von >unseren< Jugendlichen zu verzeichnen als noch vor*

zwei Jahren, aber Sie sollten mal die Situation um das Asylbewerberheim in Hohburg (ein kleines Dorf in der Nähe von Wurzen) sehen und die Kriminalität die von den Bewohnern dort ausgeht! Man kann heute nach dem Dunkelwerden nicht mehr durch Hohburg gehen.«[12]

4 Herr F (1). ist erst seit anderthalb Jahren der Leiter der Polizeistation in Wurzen. Der Leiter vor ihm wurde wegen Strafvereitelung im Amt suspendiert.[13] Gefragt, wie er denn die Jugendlichen in der Jugendfreizeitstätte einschätzen würde, sagte er: *»Man sagt den Jugendlichen nach, daß sie vorwiegend »Rechts« orientiert seien.«* Er betonte ansonsten die meiste Zeit die Erfolge, die bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität zu verzeichnen seien. *»Und dann kommen Leuten von außerhalb und* ***haben überhaupt keine Ahnung über die wirkliche Si****tuation und ziehen - auf deutsch gesagt - unsere Arbeit in den Dreck.«*[14] Auf Nachfrage ob die geringere Zahl rechtsextremer Straftaten denn nicht auf das Interesse der NPD zurückzuführen sei, bei den Kommunal- und Landtagswahlen 1999 gut abzuschneiden und daher keine Gewalttätigkeiten zuzulassen, konnte Herr F. nichts antworten.

5 Herr M. hingegen gab uns in dieser Beurteilung der Lage recht und sagte offen, daß er eine deutliche Zunahme der Gewalt nach den (voraussichtlich) verlorenen Landtagswahlen befürchte.

Es wurde deutlich: Die Stadtverwaltung ist nicht bereit, ihre Jugendpolitik zu verändern. Es gibt keine nennenswerten Aktivitäten in der Jugendhilfeplanung des Landkreises Muldetal oder der Stadt Wurzen, die der beschriebenen und der Weltöffentlichkeit bekannten Situation Rechnung tragen würde. Die in diesem Bereich arbeitenden Menschen sind unterqualifiziert oder auf ABM-Basis angestellt. Die normale Fluktuation von einjährigen ABM-Stellen erschwert eine kontinuierliche Jugendarbeit zusätzlich.

Der Bürgermeister und viele Verantwortliche in Stadtverwaltung und Politik stimmen, obwohl in anderen Parteien organisiert, mit vielen Werten und Meinungen der rechts orientierten Jugendlichen überein. Auch der Vorsitzende der SPD-Abgeordneten im Wurzener Stadtrat macht da keine Ausnahme.[15] Die Situation bei der Polizei ist dagegen positiv verändert. Herr M., der Chef der Polizei im Landkreis, ist durchaus sensibilisiert und kennt die Materie aus eigener beruflicher Erfahrung. Er neigte beim Gespräch schließlich eher auf unsere Seite.

II.3. Projektmanagement oder: »Es gibt nichts Gutes - außer man tut es.«[16]

II.3.1. Positionsanalyse

Wir unterscheiden drei verschiedene Gruppen innerhalb der systemischen Problemmanagements:[17]

1. Die Problemträger

- Die Mehrheit der **Bürger** von Wurzen: Ihnen fehlt Soziokultur an ihrem Wohnplatz. Sie sind aber nicht in der Lage, etwas gegen rechtsextremistische Einstellungen bei Jugendlichen und daraus folgende Diskriminierungen und Gewalt zu tun. Oft teilen sie die Werte und Einstellung;' der rechts orientierten Jugendlichen. Wurzen ist persönlich Mensch kennt sich, weiß voneinander und redet (verdeck: versteht sich) übereinander. Probleme werden geleugne: oder den Opfern von verbaler und physischer Gewalt argelastet. Der bürgerliche Schein soll gewahrt bleiben. Die Grenze der kleinbürgerlichen Toleranz liegt in der Ausübung öffentlicher Gewalt. Solange »es ruhig ist« haben die Bürger kein Problem. Viele Bürgerinnen haben das Gefühl nur Deutsche zweiter Klasse zu sein (geringere Durchschnittseinkommen, hohe Arbeitslosenzahlen, keine Zukunftsaussichten auf ökonomischem Gebiet) wird oft an Minderheiten abreagiert. Diese diffuse Verliererermentalität kann mensch in fast allen sozialen Milieus Ostdeutsch-*lands antreffen.*
- Die zweite Gruppe von Problemträgern sind die **Jugendlichen** selbst. Viele haben keine gefestigten politischen Meinungen, sondern richten sich nach der Mehrheit. Der mainstream in Wurzen und dem Muldentalkreis ist jedoch nationalistisch und ausländerfeindlich eingestellt. Die ostdeutsche Jugend wehrt sich gegen das Verliererstigma. Das kapitalistische System der BRD wird diffus, aber öffentlich abgelehnt. Das betrifft auch Werte wie Demokratie, Menschenrechte von Minderheiten etc. Gewalttätig ist nur eine sehr kleine Gruppe, aber die anderen unterstützen diese. Das Ergebnis ist ein Kreis in dessen Mitte die rechtsextremen Jugendlichen sind, um sie herum die große Gruppe von Jugendlichen mit diffus rechten/nationalistischen Einstellungen. Diese Konstellation ist nur an den Rändern aufweichbar: Kulturelle events und ein interessantes Angebot in einem soziokulturellen Zentrum kann andere (noch nicht politisch gefestigte) Jugendliche anziehen. So können diese mit anderen Werte- und Normvorstellungen in Berührung kommen.

2. Lösungsinstanzen

- Ein Teil der **Bürgerschaft** im Muldetal ist schon alarmiert. Viele von ihnen sitzen noch zu Hause und fühlen sich zu schwach, für Veränderungen im gesellschaftlichen Klima zu sorgen. Es bestehen Vereine und Initiativen in denen Menschen mitarbeiten, die etwas wollen. Vielen in diesen Gruppen ist schon das Ansprechen von Rechtsextremismus zu politisch. Via Kultur und die Verbesserung der Lebensqualität in Wurzen sind sie aber vielleicht erreichbar. Eine Veränderung des Kräfteverhältnisses von heute kann, getreu der Systemtheorie, nur aus Wurzen selbst kommen.
- Eine wichtige Einrichtung in diesem Zusammenhang sind **die Kirchen.** Sie haben im kleinstädtischen Milieu noch immer einen Bonus, sind vertrauenswürdig und einflußreich. Die Kirchen sind aber heute außerordentlich vorsichtig, wenn es um politisches Engagement geht. Seit der deutsch-deutschen Vereinigung von 1990 ist auf diesem Gebiet ein großer Verlust an Kompetenz und vor allem an Willen festzustellen.
- Auch der Kontakt zu den **Schulen,** als der wichtigsten Sozialisationsinstanz, ist für unser Anliegen bedeutend. Der Einfluß der Lehrerinnen, Gleichaltriger und damit des Schulklimas auf die Identitätsbildung von Jugendlichen ist immens. Von Seiten des Netzwerkes gibt es erste Kontakte, die gefestigt werden müssen.

- Die **Unternehmer** (Betriebe von Wurzen) spielen eine ebenso bedeutende Rolle: Der wichtigste Betrieb von Wurzen sind die Keks-Werke. Er dürfte an einem guten Image von Wurzen interessiert sein.
Die lokale Verwaltung ist kein Partner für uns, denn hier ist kein Wille zur Veränderung zu spüren.

3. Initiativnehmer
Einzelne Vereine und Personen, denen an der Veränderung der Situation gelegen ist, sind allein nicht wirkungsvoll. Die Bündelung der bestehenden Kräfte und ihre Unterstützung durch Experten von außen ist Voraussetzung für einen Veränderungsprozeß (vgl. Lewin: >unfreezing< und >moving<). Das Zentrum Demokratische Kultur Berlin als Einrichtung der RAA ist ein tragfähiger, vertrauenswürdiger und bekannter Träger. Allerdings ist eine Implantation von außen risikoreich. Es kommt auf die Annahme in der Bevölkerung in Wurzen an (vgl. Systemtheoretische Überlegungen in diesem Text i. Kultur als Träger einer politischen Botschaft kann verbindender sein als verbale Botschaften. Natürlich ist nicht jede Organisation zur Zusammenarbeit bereit oder eine Zusammenarbeit möglich. Aber die Orientierung auf Sportvereine. Kultun ereine, Schulen und Kirchen ist wichtig.
Eine solche Zusammenarbeit erfordert das Aushalten gegenteiliger Meinungen. Sie ist ein Angebot zum Dialog. Ohne Akzeptanz innerhalb der Wurzener Bürgerinnenschaft bleibt eine demokratische, nicht rassistische, nicht nationalistische Jugendarbeit ein Randphänomen einer kleinen Gruppe. Diese Akzeptanz wird nicht sofort und überall zu erreichen sein. Sie sollte aber das mittelfristige Ziel eines Zentrums Demokratische Kultur bilden. Demokratie ist, so meine Definition, das gelebte Miteinander von Menschen mit verschiedenen Wertevorstellungen, sozialen Hintergründen und verschiedenem Alter. Natürlich hat eine solche Dialogkultur auch Grenzen. Dort, wo andere Menschen, aus welchen Gründen auch immer, als minderwertig (ungleichwertig) betrachtet werden, wo gesellschaftliche Grundwerte i Menschenrechte/Grundgesetz) nicht mehr geteilt werden, hat Dialog Grenzen. Diese Grenzen werden für ein Zentrum Demokratische Kultur zu definieren sein.

II.3.2. Aktivierungsmögliehkeiten
In Anlehnung an Kahn (1982 > kann mensch auch im Problemfeld Wurzen zwischen »social problems< und >social issues< unterscheiden: *»Problems are different from issues. Problems are things that an outside observer looking at a community would say are wrong with. But not everybody in the community would agree. People need to feel strongly about a problem for it to be an issue. It must be something that enough people feel strongly about to be willing to work to change. So issues are problems that people feel strongly about and want to do something about. But in order to bee a good issue, a problem must have a solution that can be achieved by people working together.«*^
Das Problemfeld Rechtsextremismus, das einige Menschen in Wurzen und aus dem RAA-Umfeld sehen, kann als >social problem< beschrieben werden, ist aber für die Mehrheit kein >social issue<. Ein offener Diskurs über nationalistische und rassistische Werte und Normen in der gesamten Gesellschaft liegt (nicht nur) in Wurzen in der Tabuzone. Mehr noch, die Mitte der bürgerlichen Gesellschaft (auch in Wurzen) ist daran aktiv beteiligt. Für die meisten Einwohner ist das Fehlen von kulturellen Einrichtungen und Aktivitäten (Soziokultur) in Wurzen das eigentliche Problem. Der St. Wenceslai-Verein der Evangelischen Kirche macht das durch seine Aktivitäten beispielhaft deutlich. Auf diesem Gebiet sind aktive Menschen erreichbar. Nach Leida Schuringa wird ein >social issue< durch folgende acht Gesichtspunkte beschrieben:[19]

1. etwas damit machen bringt (mir) was
2. das Problem anpacken vereinigt Menschen und spaltet nicht
3. das Problem betrifft viele
4. Menschen sind zur Problembeseitigung organisierbar/ erreichbar
5. das Problem eignet sich gut für Öffentlichkeitsarbeit
6. rund um das Problem leben starke Emotionen
7. das Problem ist einfach zu erklären/zusammenzufassen
8. Menschen wollen was machen

Alle diese Merkmale passen im Falle Wurzen eher auf das Problemfeld Soziokultur.

Erfolgschancen:
Wenn es über kulturelle Aktivitäten gelingt, mehr Vereine und Menschen als Netzwerk rund um das Zentrum Demokratische Kultur zu binden, gibt es echte Erfolgschancen. Ein Treffpunkt für die vielen Jugendlichen, die jetzt nach Leipzig müssen, weil sie in Wurzen Angst haben, kann der Beginn einer Arbeit gegen rechtsextreme Hegemonie in der Jugendkultur von Wurzen sein. Es geht um das in-Gang-setzen eines Vemetzungsprozesses. Eine Institution muß aufgebaut werden, die bestehende Vereine und Initiativen miteinander in Kontakt bringt. Politische Themen wie Demokratie, Courage, Bürgerengagement, Minderheitenrechte, etc. müssen dabei mit Ausdauer und mittels Kultur als Überbringer von Botschaften in die öffentliche Diskussion eingebracht werden.

II.4. Definitionsphase

II.4.2. Problemformulierung (These):
Wurzen hat eine hegemoniale rechts-orientierte Jugendkultur, weil die »normalen Bürger« keine Grenzen gegen rechtsextreme Werte und Meinungen, sowie den Einfluß rechtsextremer Organisationen auf die Jugend setzen.
Deshalb wollen wir nicht mehr, daß *die nicht rechtsextrem orientierten Menschen in Wurzen (die Mehrheit) nicht Zusammenarbeiten, sich nicht gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus artikulieren und nichts gegen Diskriminierung tun.*
Statt dessen wollen wir, daß *ein Teil der nicht rechtsextrem orientierten Menschen in Wurzen in zwei Jahren zusammenarbeitet, sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus artikuliert und etwas gegen Diskriminierung tut.*

Zielformulierung:
Lösung für das >social issue <:
Ein Zentrum Demokratische Kultur organisiert Veranstaltungen, wo Menschen aus verschiedenen Kulturszenen, aus verschiedenen sozialen Milieus und von verschiedenem Alter Zusammenarbeiten und ihre Programme und Aktivitäten finden können.
Lösung für das >social problemc
Menschen mit verschiedenen Hintergründen und aus verschieden Generationen werden mittels Projektarbeit zusammengebracht. Sie werden bei der Selbstorganisation unterstützt und erarbeiten zusammen mit den Mitarbeiterinnen des Zentrums Demokratische Kultur Argumente zur aktiven Auseinandersetzung (»Stimme erheben«) gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Diskriminierung.

II.5 Strategiephase

II. 5.1. Positionsanalyse für die Arbeit einer RAA in Wurzen:

Es ist außerordentlich schwer für Einrichtungen von außen, in einer Kleinstadt zu arbeiten[20]. Schon andere Versuche, eine vergleichbare Arbeit von außen zu installieren, gelangen nicht. Unser Ansatz ist daher systemimmanent. Die Hegemonie rechtsextremer Wertevorstellungen (nicht nur) in den Jugendkulturen Wurzens soll mit problembewußten Bürgern aus der Mitte der Bevölkerung heraus gebrochen werden, denn das demokratische Zusammenleben liegt in der Verantwortung aller mündigen Bürger. Die Zurückerlangung des öffentlichen Raumes durch die demokratische Gesellschaft ist für zu wenige Menschen in Wurzen ein zu diesem Moment mögliches Ziel. Soziokultur kann als Medium Kraft verleihen, zerstrittene Menschen zusammenführen und Erfolg vermitteln. Die Menschen müssen die Freiheit über ihr eigenes Handeln zurückerlangen.
Der Vorteil der Struktur ZDK ist seine bundesweite und internationale Verflechtung innerhalb eines Netzwerkes gegen Rassismus, Antisemitismus, Faschismus und zur Unterstützung von Flüchtlingen und Migrantlnnen. Der enge Kontakt zu Einrichtungen, die soziale Feldforschung oder sozialpolitische Methodenforschung betreiben, ist ebenso wichtig, wie eine Struktur zur Selbstreflektion der Arbeit und Supervisión von außen. Das alles sind Voraussetzungen professionellen Arbeitens. Es ist wichtig, beide formulierten Ziele als miteinander verbunden zu betrachten: Die Förderung kultureller Aktivitäten und eine politische Bildungstätigkeit im Sinne der Stärkung demokratischer Prozesse und Partizipation.

Faktorenanalyse:
Behindernde Faktoren halten das >System Wurzen< in der derzeitigen Situation (Gleichgewicht oder nach Lewin: freezing) fest. Unterstützende Faktoren sorgen hingegen für verändernde Dynamik (unfreezing und moving):
Behindernde Faktoren
- viele Bürgerinnen von Wurzen haben mit den Einstellungen von ihren Kindern (den rechts orientierten Jugendlichen) keine Probleme, denn sie denken ähnlich
- Stadtverwaltung arbeitet nicht mit - keine Hilfe/keine Zusammenarbeit
- Es gibt Einrichtungen und Organisationen in Wurzen, die von der bestehenden Situation profitieren
- großer Unterschied zwischen Innen- und Außenperspektive (Problembetrachtung), die Einwohner von Wurzen fühlen sich von außen bedroht (kritisiert) und wollen nicht mitarbeiten
- zuständige Kreis Verwaltung (Jugendamt) arbeitet nur unter Druck mit - nur wenig hilfreich
- Sachsen: keine Hilfe von Ministerien, Landesregierung sowie Verwaltungsbehörden; wollen nicht öffentlich zugeben, daß Probleme mit Rechtsextremismus bestehen, kein offenes Klima
- noch zu wenige problembewußte Bürger im Projekt involviert
- viele interessierte Menschen werden nach Leipzig abgezogen und stehen kaum für Veränderungen in Wurzen zur Verfügung
- Kirchen haben zwar Einfluß, sehen es aber nicht als ihre Aufgabe an, politische Bildung und soziokulturelle Arbeit zu machen; sie sind eher mit sich selber beschäftigt
- das bestehende Netzwerk ist zu schwach
- noch keine Subventionen für unser Projekt; gänzlich auf freie Förderung angewiesen (Stiftungen)

Unterstützende Faktoren
- in Wurzen sind aktive Menschen mit Problembewußtsein zu finden
- wir arbeiten mit Jugendlichen aus Wurzen zusammen, die Ideale und Ideen haben
- es besteht schon ein Netzwerk (ZDK) in Wurzen und dem Muldentalkreis
- das Fehlen von Soziokultur wird in Wurzen allgemein als Problem gesehen
- St. Wenceslai-Verein für kulturelle Arbeit und Erhalt der Kirche besteht; es gibt Anknüpfungspunkte
- einige Aktive der Kirche sind für unsere Ideen offen
- professionelle Hilfe von der RAA Berlin und dem Zentrum Demokratische Kultur in Berlin
- es gibt aktuelle Feldforschungen über Wurzen und den Mulden talkreis
- Situation in Wurzen ist bundesweit bekannt; Wurzen ist ein Synonym für unser Anliegen und eignet sich gut für Öffentlichkeitsarbeit
- es besteht öffentlicher Druck, eine demokratische Jugendarbeit im Muldentalkreis zu fördern
- die Polizei im Muldentalkreis ist bereit zur Zusammenarbeit
- es gibt ein Problembewußtsein bei privaten Geldgebern und Stiftungen
- die Medien sind interessiert; Bekanntheit kann ein Sicherheitsfaktor sein
- wir arbeiten unabhängig von öffentlichen Geldgebern und sind nicht auf deren Hierarchien und Strukturen angewiesen (kein Legitimationsdruck)

Netzwerkanalyse:
Ich habe verschiedene Systeme der Stadt Wurzen (System) und ihrer Bevölkerung beschrieben. Die verschiedenen kulturellen und sportlichen *Vereine* bilden Subsysteme.
Die *Kirche* mit ihren Strukturen und Hierarchien ein eigenes System. Es besteht ein guter Kontakt zum Landesju-

gendpfarramt der Evangelischen Kirche. Der St. Wenceslai-Verein und der Kirchenvorstand der Kirchgemeinde Wurzen müssen noch für unsere Arbeit gewonnen werden. Die *Schulen* von Wurzen sind ein weiteres, gesondert zu betrachtendes System. Die regionale *Wirtschaft* hat ein Interesse an einem guten Image von Wurzen in der Öffentlichkeit, jedoch wird auch über dunkle Kontakte zwischen Firmen und der NPD im Muldetal gesprochen. Interessant ist in diesem Zusammenhang - als positiver Werbeträger von Wurzen - die Keksfabrik. Wir sollten diesen positiven Werbeeffekt einer Wurzener Institution für unsere Aktivitäten nutzen. Ein »Copyright auf die Kekse« zu bekommen, hieße, mit verbindenden, positiven Elementen zu agieren. Wir sollte nicht ständig rechtsextreme Kampfbegriffe wiederholen. sondern uns ein positiveres Image geben. Linke Strategien zeichneten sich bisher eher gegenteilig im labeling »National befreite Zone« aus, was den Terminus der Rechten hoffähig gemacht hat und als (vorschnelles) Eingeständnis der Niederlage gewertet werden kann. Bündnispartner gewinnen heißt aber positive, verbindende Elemente setzen! Es gibt zu allen *demokratischen Parteien* mit Ausnahme der absolut regierenden CDU gute bis sehr gute Kontakte. Dabei sind auch in diesen Parteien, vor allem unter älteren Mitgliedern. Wertevorstellungen anzutreffen, die einer pluralen. demokratischen Gesellschaft entgegen stehen. Hier spielen (klein-(bürgerliche Wertevorstellungen (Sekundärtugenden w ie: Ordnung, Sauberkeit, Sicherheit, ...) eine nicht zu unterschätzende Rolle.?[1] Wir haben Kontakt zum DGB Sachsen und können so Kontakt zu *Gewerkschafterlnnen* in Wurzen aufnehmen. Insbesondere die Gewerkschaftsjugend hat Interesse an antirassistischer Bildungsarbeit und Eindämmung des Einflusses von rechtsextremen Orientierungen auf ihre Mitgliedschaft.
Ein Zentrum Demokratische Kultur muß alle diese (Sub-) Systeme von innen kennen und miteinander in Verbindung bringen. Es steht an der Schnittstelle zwischen Soziokultur, Jugendarbeit/Jugendhilfe. Gemeinwesenarbeit (GWA) und Bildungsarbeit. Unser Ziel ist die systemübergreifende Verfestigung der Netzwerkstrukturen in Wurzen. Bisher besteht noch gar kein Kontakt mit den Sportvereinen der Stadt, obwohl hier eine bedeutende Schnittstelle zwischen Schule, Freizeit und Soziokultur ist und Sport ein in Ostdeutschland sehr populäres, verbindendes Thema darstellt.

Strategie für und Arbeit mit der Projektgruppe

Es ist ein erklärtes Lemziel, das Netzwerk (Projektgruppe) zu einem Ort demokratischen, intergenerationellen Diskurses zu machen. Das erfordert Hilfestellung, Monitoring und eine ausgleichende und motivierende Moderation. Ein weiteres Ziel des Projektes ist es. den öffentlichen Raum Wurzens für das Problemfeld Rassismus. Nationalismus, rechtsextreme Tendenzen zu sensibilisieren. Das bisher gedeckelte Problem soll öffentlich verhandelt werden. (Sozio-)Kultur ist dafür ein geeignetes Medium.
Es ist daher nötig, das der/die Moderatorin der Projektgruppe die Gruppenmitglieder kennt und von ihnen als Autorität anerkannt wird, ohne zu viel Macht zu haben.
Der/die Moderatorin (>change agent<) ist Motor der Gruppe, nicht ihr Steuermann/Fahrer. Die Richtung der Arbeit ist Ergebnis einer gleichberechtigten Diskussion innerhalb der Projektgruppe. Systemische Projektarbeit ist auf die Selbsthilfekräfte der Gemeinschaft vor Ort angewiesen. Der/Die >change agentln< kann diese Selbsthilfekräfte aktiv fördern (Empowerment), darf jedoch nicht die eigene Kraft, die eigenen politischen Vorstellungen zum Mittelpunkt der Arbeit machen. Er/Sie muß die Mitglieder der Projektgruppe verbinden und koordinieren und hat schon damit große (Definitions-) Macht.
Die Zielorientierung der Gruppe ist von größter Bedeutung. Wir haben zwei Arten von Zielen: Eine Gruppe will etwas für das kulturelle Leben der Stadt tun, eine andere mehr gegen rechtsextreme Hegemonialtendenzen in den Jugendmilieus. Diese Ziele müssen miteinander verbunden werden. Für diese Aufgabe ist eine integrative Person (Moderatorin) erforderlich, aber auch eine verbindende Diskussionskultur in der Projektgruppe.

Zusammenfassung

Projektmanagement als Methode der soziokulturellen Animation stellt eine Möglichkeit dar, die Rückerlangung öffentlicher Räume zu organisieren. Dabei vertrauen wir auf die verändernde Kraft emanzipierten bürgerschaftlichen Engagements. Aus der Mitte unserer Gesellschaft heraus sollen Nachbarn ihre Nachbarn überzeugen, daß Menschenrechte, Solidarität, Basisdemokratie oder Ehrenamtlichkeit keine leeren Worthülsen sind. An vielen verschiedenen Orten unserer Republik entstehen aus kleinen ehrenamtlichen Initiativen hoffnungsvolle Ansätze. Rechtsextreme Alltagskultur bleibt nicht überall unwidersprochen. Im Umfeld der RAA's gibt es Unterstützungskreise oder Eigeninitiativen. Solche Graswurzelinitiativen müssen gestärkt und professionalisiert werden. Klar ist: ehrenamtliches Engagement kann professionelles Handeln nicht ersetzen. Die Arbeit von Sozialarbeiterinnen allein kann jedoch ohne die Mithilfe von mündigen Bürgerinnen nicht ihre verändernde Kraft entfalten. Wir setzen auf einen produktiven Austausch ehrenamtlicher und hauptamtlicher Kompetenzen. Was Schulung und Weiterbildung für die einen ist, kann Ideengebung und Übernahme von Verantwortung für die anderen sein. »Wie die Fische im Wasser sollt ihr sein« sagte Mao Tsedong am Vorabend der Kulturrevolution in China. Die rechtsextremen Intellektuellen haben uns mit ihren Konzepten vorgemacht, wie ernst dies zu nehmen ist. Eine verantwortliche Bürgergesellschaft wird sich aber als wehrhaft erweisen. Mit demokratischen Mitteln und humanistischen Werten sind wir allemal besser als gerüstet, meinen Sie nicht?

Anmerkungen

1 Hongler, Hanspeter/Willener, Alex, 1998: Die Projektmethode in der Soziokulturellen Animation, Luzern (Fachverlag HFS Zentralschweiz), S. 9
2 Reese-Schäfer 1992, 35 In: Schlippe/Schweitzer 1996: 72

3 das.: 71
4 Schuringa, Leida, 1997: Sociaal agogische projecten - de tweetrapsraket als methode, Baarn, S. 29
5 vgl. dazu Theorieteil in diesem Text
6 vgl. Antonio Gramsci
7 vgl. Die Zeit, Nr. 27/99
8 Sächsische Zeitung, 29. 7. 96
9 Mitschrift eines RAA-Mitarbeiters von einer Besprechung im »Verein zu Förderung umweltgerechten und sozialen Handelns«, Juni '99
10 das.
11 das.
12 das.
13 Er wurde dafür verantwortlich gemacht, daß die Polizei Wurzen Straftaten rechter Jugendlicher nachweislich nicht oder nur ungenügend verfolgte. Der Vater des bundesweit bekannten Rechtsextremisten (jetzt NPD Abgeordneter in Wurzen) Marcus Müller ist noch immer bei der Polizei Wurzen beschäftigt.
14 das.
15 vgl.: Schweikle Johannes 1999, Wo rechts gilt In: Die Zeit Nr. 27 1999
16 vgl. Erich Kästner und Anetta Kahane 1995: Es gibt nichts Gutes außer: man tut es. RAA Neue Länder, Berlin
17 Schuringa, Leida, das., S. 48/49
18 Schuringa, Leida, das., S. 50
19 das.
20 Die Gründe dafür sind von mir u. a. im Theorieteil dargelegt worden
21 vgl. Die Zeit Nr. 27/1999

»Wir begleiten Kinder und Jugendliche auf dem Weg zu selbständigen Persönlichkeiten.«

Ein Gespräch mit Margitta-Sybille Fahr (Ethnologin, Vorstand), Elke Reetz (Ingenieurin, Geschäftsfiihrerin), Ralf Müller (Soziologe, Projektleiter Schulstation und Tagesgruppe schuldistanzierte Schülerinnen) von der Gesellschaft zur Förderung angewandter Jugendforschung Berlin (GFAJe. V.)

Frage: Wie sieht die Arbeit der Gesellschaft zur Förderung angewandter Jugendforschung aus?
M. F.: Wir sind ein gemeinnütziger Verein und seit 1992 als freier Träger der Jugendhilfe tätig. Etwa 50 Mitglieder und Mitarbeiterinnen arbeiten auf dem Gebiet der Kinder und Jugendforschung (z.B. werden empirische Untersuchungen im Auftrag von jugendpolitischen Entscheidungsträgem durchgeführt) und in den Praxisprojekten.
Die wichtigsten Arbeitsfelder sind Gewalt- und Suchtprävention, interkulturelle Bildung und Erziehung, Entwicklung einer effizienten Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule, neue Formen politischer Bildung sowie die Analyse rechtsextremer Hegemoniebestrebungen und die Erarbeitung diesbezüglicher Gegenstrategien.
Außerdem haben wir eine Fachinformationsstelle für Jugendhilfe, -arbeit und -forschung aufgebaut, die u. a. die Nutzung von Fachinformationen mit Beratung und Vermittlung koordiniert und problembezogene Recherchen und Dokumentationen erstellt. Schwerpunktthemen sind Wertewandel, Jugendgewalt, Jugendkulturen, Suchterfahrungen/ -verhalten und schulbezogene Jugendarbeit. Die Einrichtung wendet sich hauptsächlich an Lehrer, Sozialpädagogen, Erzieher, Studenten und interessierte Jugendliche.
Nicht vergessen werden darf das Facharchiv rechtsextreme Jugendmedien. Die Mitarbeiterinnen arbeiten nicht nur auf dem Beratungs- und Informationssektor, sondern stellen auch Handreichungen für den praktischen Gebrauch in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen zusammen. Gerade wurde ein Manuskript über Kennzeichen und Symbole in der rechten Szene fertiggestellt. Leider fehlen uns die dringend benötigten Druckkosten.

Frage: Worin sehen Sie die Hauptaufgabe von Jugendarbeit? Was vermitteln Sie den Jugendlichen, mit denen sie arbeiten?
E. R.: Unser Anliegen ist es, Kinder und Jugendliche auf dem Weg zu selbständigen Persönlichkeiten zu begleiten, sie zu motivieren, Kreativität und Engagement für sich und andere zu entwickeln. Wir bieten deshalb nicht nur an, sondern greifen Ideen und Interessen auf und setzen sie mit den Kindern und Jugendlichen um. Auf dieser Basis arbeiten die Graffiti-Crew und die Fantasy-Rollenspiel-Gruppe. In diesen Kontext gehören auch unsere Theaterprojekte in Bernau, wo wir »Wieland der Schmied« und »Der gute Mensch von Sezuan« mit Schülerinnen inszenierten.

R. M.: Unsere Einrichtungen für Kinder im Grundschulalter sind vorrangig auf das Erlernen von sozialer Kompe-

tenz ausgerichtet. Soziale Kompetenz heißt dabei, den Umgang mit anderen Kindern in einer Gruppe zu erlernen und so einander gewisse Wertvorstellungen zu vermitteln. Das beginnt bei den einfachsten Dingen, dass man das, was ein anderes Kind gebaut hat, nicht kaputtmacht. Sehr viele Kinder haben aufgrund der schlechten sozialen Situation im Elternhaus keine soziale Kompetenz erlernt. Hinzu kommt, dass die Schule kaum noch willens und/ oder in der Lage ist. den Erziehungsauftrag umzusetzen. Daraus folgt, dass die Kinder und Jugendlichen auf sich selbst gestellt sind und ihre Wertorientierungen dort suchen, wo sie ihnen angeboten werden (Kleingruppen, Cliquen).

Frage: Schule funktioniert also nur noch als reine Wissensvermittlunesanstalt ?
M. F.: Selbst den Bildungsauftrag erfüllt Schule nicht mehr in dem Maße, wie man es erwartet. Immer wieder kommen beispielsw eise Praktikantinnen zu uns mit erheblichen Wissensdefiziten.

E.R.: Andererseits stimmen Einschätzungen seitens der Schule nicht mit unseren Erfahrungen überein. Schülerinnen, die uns als schwierig und unselbständig avisiert werden, erleben wir al< kreativ und selbständig, wenn man sie als Partner akzeptiert.

Frage: Würden Sie diese Tendenz als allgemeines Problem der Kinder- und Jugendarbeit betrachten?
M. F.: Ja. In der Regel ist es doch so. dass auf die ausgeprägten konsumtiven Yerhahensmuster bei Kindern und Jugendlichen abgehoben w ird. Das erleichtert die Arbeit natürlich ungemein, weil Me auf die Betreuungsfunktion reduziert wird. Dabei wird verdrängt, dass Jugendarbeit nach dem Kinder- und Jugendhiltegesetz auch eine Erziehungsfunktion auszuüben hat. Außerdem traut man den Jugendlichen zu wenig zu und unterbreitet Angebote, von denen man eigentlich weiß, dass sie nicht angenommen werden. Diese self-fulfilling prophecy schafft Frust für alle Beteiligten.

Frage: Gehen Sie auf die Kinder und Jugendlichen zu oder kommen diese zu Ihnen ?
E. R.: Das kommt auf das Projekt an. Anfangs gehen wir gewöhnlich auf die Kinder und Jugendlichen zu. vor allem in den präventiven Bereichen. Nehmen Sie unser Projekt Suchtprävention an Grundschulen, das wir flächendeckend im Stadtraum Ost anbieten. Wir meinen, dass es am sinnvollsten ist, Suchtprophylaxe einzusetzen, bevor die ersten Drogenerfahrungen gemacht werden bzw: Nikotin und/ oder Alkohol noch nicht als »normaler« Bestandteil der Alltagskultur angesehen werden.
Hier im Kiez um die Winsstraße in Prenzlauer Berg kommen die Kinder und Jugendlichen zu uns. Sie suchen Orte, an denen sie soziale Kontakte erleben und spielen können. Das ist so wichtig in einem Sozialraum, in dem überdurchschnittlich viele sozial schwache Familien leben. Um so unverständlicher ist es, dass wir in diesem Jahr w ieder monatelange heftige Scharmützel mit dem Arbeitsamt führen mußten, um den »Winskindem« das Lese- und Intemetcafé erhalten zu können. Kinder- und Jugendarbeit wird nie mit arbeitsmarktpolitischen Prämissen kompatibel sein. Es ist nicht zu vermitteln, dass eben diese heute schon benachteiligten Kinder in wenigen Jahren auf der Matte der Arbeitsvermittler stehen werden. Unsere Schulclubs sind sowieso immer voll. Wir präferieren übrigens dabei eine Kombination aus Schulclub und Schulstation.

Frage: Arbeiten Sie mit anderen Trägern zusammen?
R. M.: Zusammenarbeit ist ein wichtiger Punkt. Trotzdem gelingt sie nicht immer bzw. gestaltet sich als schwierig. Denn - da darf man sich nichts vormachen - die Konkurrenz zwischen den freien Trägem ist groß, und die Voraussetzungen für nicht selten auch unfaire Verhaltensweisen können von uns nicht abgebaut werden. Da die finanzielle Situation in den Bezirken schlechter ist denn je, und es ständig komplizierter wird, Finanztöpfe anzuzapfen, wächst die Konkurrenz zwischen den Trägem analog. Solidarität und gemeinsames Handeln finden sich kaum, obwohl sie so wichtig wären. Es gab Versuche, sich gemeinsam zu artikulieren. Leider endeten solche Versuche nicht selten damit, dass die »renitenten« Träger herausgedrängt wurden. Es gibt eine thematische Zusammenarbeit, allerdings nur auf der Ebene der konkreten Projekte, nicht bei der Einrichtung notwendiger Stellen. Da ist sich dann wieder jeder Träger selbst der Nächste.

Frage: Wie finanziert sich der GFAJ e. V.?
M. F.: Hauptsächlich über Regelfinanzierung und über den Fördersektor. Problematisch ist nach wie vor, dass Kinder- und Jugendarbeit Kontinuität verlangt. Statt dessen bleiben die Mitarbeiterinnen maximal ein Jahr. Das impliziert alljährliche eine Einarbeitungsphase und meistens auch noch eine Motivierungs-/Qualifizierungsphase für die neue, ungewohnte und oft ausbildungsfremde Tätigkeit. Wenn das Projekt richtig läuft, ist die Förderzeit bald abgelaufen und der Kreislauf beginnt von neuem.

Frage: Haben Sie schon Versuche mit Social Sponsoring unternommen, der Idee folgend, Problembewusstsein bei kleinen Firmen im Bezirk zu erzeugen und diese so zur Unterstützung Ihrer Arbeit zu bewegen?
E. R.: Es ist gleichermaßen schwierig, selbst minimalste Unterstützung von kleinen Firmen oder großen Unternehmen zu erhalten. In Deutschland fehlt einfach das Problembewusstsein für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen. Je schlechter deren Ausgangsbedingungen, desto schlechter die Chancen für Ausbildung und Beruf. Jeder Betrieb trägt heute die Verantwortung für seine Lehrlinge und Mitarbeiter von morgen!

R. M.: Bei kleinen und mittleren Betrieben darf man auch nicht vergessen, dass es gerade sie sind, die momentan um ihre Existenz kämpfen. Deshalb haben wir bei denen gar keine Möglichkeiten. Im Osten kommt noch hinzu, dass es kaum größere Wirtschaftsbetriebe gibt. Der Mittelstand fehlt völlig oder geht *>chon wieder kaputt, wie wir es hier im Kiez hautnah erleben.

Frage: Nach welchen Kriterien wählen Sie Ihre Projekte aus?
E. R.: Entsprechend unserem Vereinszweck und der schreibt die Unterstützung der Jugend- und Sozialarbeit fest.

Frage: Das Spektrum der Projekte ist aber doch recht groß: Sucht-, Gewaltprävention, interkultureller Austausch, Rechtsextremismus, offene Jugendarbeit, Theaterprojekte ...
E. R.: Wenn man genau hinschaut, dann ist das Spektrum gar nicht so breit. In den Projekten laufen die Themen und Arbeitsfelder zusammen. GEWALTprävention bzw. -intervention spielt eigentlich in allen Projekten eine mehr oder weniger herausragende Rolle. Primär natürlich im Projekt Gewaltprävention an Grundschulen oder in der Jugendhilfewerkstatt Marzahn, sekundär in der Arbeit der Fachinformationsstelle JUFIS oder in unserer Jugendfreizeitstätte »Treppenhaus« in Biesdorf.

Frage: Habt Ihr Erfahrungen im Umgang mit rechten und rechtsextremen Jugendlichen ?
M. F.: In unseren laufenden Projekten ist die direkte Arbeit mit diesen Jugendlichen nur von untergeordneter Bedeutung. Ich selber arbeite allerdings seit zwölf Jahren zu diesem Thema und unmittelbar mit rechtsorientierten und/ oder rechtsextremen Jugendlichen. Mein Forschungsgegenstand sind die soziokulturellen Erscheinungsformen.

Frage: Was halten Sie von akzeptierender Sozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen ?
M. F.: Gar nichts. Ich will nicht alles akzeptieren und tolerieren, was mir von dieser Klientel angeboten wird. Damit werden nur Freiräume geschaffen, in denen die Jugendlichen ihre rechten Orientierungen bzw. bereits manifesten rechtsextremen Einstellungen ausleben und konditionieren können.

Frage: Heißt das, wenn rechte Jugendliche zu Ihnen kommen, thematisieren Sie das immer?
M. F.: Natürlich. Der häufig begangene Kardinalfehler besteht doch in der gewollten räumlichen Trennung von Gruppen mit unterschiedlichen Denk- und Verhaltensweisen. Besonders schädlich finde ich den Ansatz, Projekte mit rechten Jugendliche bevorzugt zu fördern, wie ihn das AgAG-Programm gefahren hat. Jugendeinrichtungen müssen zwingend für *alle* geöffnet sein, nur so kann wirksam verhindert werden, dass öffentlich geförderte Jugendeinrichtungen zu Wärmestuben und Rekrutierungsbüros für Rechtsextremisten aller Strömungen mutieren.

Frage: Haben Sie Erfahrungen mit »friedlichen Koexistenzen« ?
M. F.: Ich habe eine Projektwoche zum Thema Rechtsextremismus an einem Gymnasium durchgeführt. Das Programm reichte von der Geschichte des Rechtsextremismus bis zur Kultfigur Rudolf Hess. Die Teilnehmerinnen aus der 9. Klasse definierten sich als »links«, die zahlenmäßig überlegenen Teilnehmerinnen aus der 10. Klasse bis auf zwei Ausnahmen als »rechts«. Unter den Zehntklässlem outete sich die Hälfte der »Rechten« als der NPD zumindest eng verbunden.
Die einen kamen, um etwas über Rechtsextremismus zu erfahren, die anderen wollten mal hören, wie »Umerziehung« läuft. Es war eine unglaubliche Polarisierung innerhalb einer kleinen, überschaubaren Gruppe. Am vierten Tag arbeiteten sie zusammen; die »Rechten« versuchten einen behinderten Teilnehmer in die Vorbereitung der Präsentation einzubeziehen, der von den »Linken« ausgegrenzt wurde...

Frage: Was haben die »Linken« denn für Positionen vertreten ?
M. F.: Gegen Ausländerfeindlichkeit und gegen rechte Gewalt. Ansonsten waren sie insofern »links«, als dass sie sich selbst so bezeichneten. Ein Mädchen sagte, sie sei eine »Zecke«. Wir sollten vorsichtig sein, die eigene Zuordnung der Jugendlichen mit unseren Maßstäben zu messen. »Linke« Teilnehmerinnen der Projektwoche hatten keine Schwierigkeiten, sich offen gegen vermeintlich »zu viele Ausländer« im Umfeld auszusprechen und deren »sofortige Abschiebung« ohne Nennung irgendwelcher Gründe zu fordern.

Frage: Das ist etwas, was wir zunehmend feststellen. Wirklich linke oder linksextreme Positionen werden nur von wenigen Jugendlichen vertreten. Viele Schülerinnen gelten schon als »links«, wenn sie einfach nicht »rechts« sind.
M. F.: Deshalb spreche ich auch lieber von humanistischen Grundwerten, wenn ich sage, Grundlage meines Denkens und Handelns ist die natürliche Gleichheit *aller* Menschen.
Allerdings muss ich an dieser Stelle betonen, dass Einstellungsmuster, die wir als »rechts« bestimmen, von vielen Bürgerinnen, eben nicht nur von Jugendlichen, nicht mehr so definiert, sondern als >normal< angesehen werden. Dem ist soweit zu folgen, als Ungleichheitskriterien weit verbreitet sind und das Alltagsleben und die Alltagskultur prägen. In diesem Sinne betrachte ich rechtsorientierte Jugendliche nicht mehr als Sondergruppe, sondern als Durchschnittsphänomen, Tendenz wachsend und unüberhörbar demokratiegefährdend.

Frage: Und wenn Rechte zu Ihren Projekten kommen?
M. F.: Beschäftige ich mich mit ihnen. Aber - es gibt eine Grenze, die ich setze.

Frage: Wenn Sie eine Gruppe von organisierten Rechtsextremisten haben, von denen Sie genau wissen, die gehören zu einer Kameradschaft, was würden Sie mit denen machen ?
M. F.: Diskutieren ja, Streetwork vielleicht, Jugendarbeit nein. Da gehe ich völlig emotionslos heran, will heißen, ich werde das Grundmuster, die Kategorie der Ungleichheit, nicht beseitigen können. Der Zug ist abgefahren. Wer glaubt, diese Jugendlichen »retten« zu können, aus welchen ehrenwerten Motiven auch immer, muss scheitern.

E. R.: Außerdem erhalten wir uns konsequent das Sanktionsrecht über eine Hausordnung. Wir legen damit die Grenzen fest. Das ist auch ein Vorwurf gegen die Parteigänger der akzeptierenden Jugendarbeit. Schrittweise wird die Distanz zur Klientel abgebaut. Grenzen verschwimmen, man guckt sich die »Glatze« schön, entdeckt die liebenswerten Züge und verdrängt das menschenverachtende Weltbild hinter dem weißen »T-Hemd«.

M. F.: Da kommt es dann bisweilen zu bizarren Konvergenzen. Wenn der grüne Abgeordnete und Leiter der Ju-

gendfreizeiteinrichtung plötzlich zum Chef der Jungen Union konvertiert und sein religiös ungebundener Clubrat, der der NPD nahestand, ebenfalls seine Heimat in der Jungen Union findet.
Bei der »Aussteigerfrage«, die oft hoch gespielt wird (es gibt nur eine knappe Handvoll), soll noch daran erinnert werden, dass sich Jugendliche, denen es gelingt, sich von der rechten Szene zu lösen, in der Regel in andere Zusammenhänge begeben, die einen ähnlichen Kick erzeugen. Vergleichbar der Suchtsubstitution. Rechtsextremisten rutschten in die Fetischszene, in kriminelle Milieus (Drogen-, Waffen-. Mädchenhandel). Das funktioniert auch andersherum, bei ultralinken Proselyten; so wurden aus Maoisten charismatische Neonationalsozialisten oder Nationalrevolutionäre .

Frage: Mal konkret zur Geschichtswerkstatt, das Beispiel hat ja Schule gemacht.
M. F.: Die Klientel war gemischt, allerdings ausschließlich »gemischt rechts-. Jugendliche, vor allem Mädchen, die eher dem rechten Rand zuzuordnen waren, aber auch Organisierte (FAP. Wiking- Jugend) und ein Substrat von prügelnden, kleinkriminellen Nazi-Glatzen und Skins mit einer starken Affinität zu Hochprozentigem (vulgo: Suff-Skins). Einige kamen nur. weil ihre Kumpels bei uns waren und sie an ihren sozialen Kontakten festhalten wollten. Die Idee entstand aus der Überlegung heraus, wenn man an das Kerngehäuse der Denkmuster heran will, muss man Methoden einsetzen. die akzeptiert werden, weil sie unmittelbar an die Interessenlagen andocken. Das sind historische Mythen und Legenden, die eine starke Kohäsionskraft innerhalb der Gruppen haben und somit das Selbstbild und den Wertehorizont wesentlich bestimmen. In den ersten Jahren haben wir folgerichtig ausschließlich Projekttage zur Geschichte des Nationalsozialismus angeboten. Bis eines Tages ein Jugendlicher laut darüber nachdachte, dass er nun genug von den berühmten zwölf Jahren habe, deutsche Geschichte sei ja schließlich mehr. An diesem Punkt kam es dann zum »großen Schisma«: Die organisierten, die Gewaltbereiten und die Suff-Skins trennten sich von den »Verrätern« im Projekt. Die Verbleibenden begannen aktiv die Projektnachmittage zu gestalten.

Frage: Wie haben Sie die Arbeit aufgebaut?
M.F.: Anfangs habe ich mal versucht, mit Hilfe historischer Faktizität zu überzeugen. Der Ansatz musste scheitern; die Jugendlichen fühlten sich überfordert und reagierten entsprechend, aus dem Bauch heraus. Emotional. Das war für mich eine Art Damaskus-Erlebnis: Der Zugang ist nur über die emotionale Ebene möglich. Aufgrund des männlich geprägten jugendkulturellen Bereiches, der eine wichtige Rolle in der Gruppe spielt, und das Zeigen von Gefühlen (Schwäche) quasi verbietet, führt die Konfrontation mit starken Gefühlen in Verbindung mit mythischen Vorstellungen zu Grabenbrüchen. Monolithische Bilder (Kameradschaft, Soldatenehre) bekommen Risse. Beispiel: Eine Fahrt zur »Heldengedenkstätte« Halbe wenige Tage vordem »Heldengedenktag« im November. Der Friedhof umfasst drei Gräberfelder, russische Kriegsgefangene, hauptsächlich Frauen und deren Kleinkinder; daneben die Gräber der gefallenen, sinnlos verheizten 22.000 Toten aus dem Kessel von Halbe 1945; auf dem dritten Gräberfeld nennt ein Gedenkstein die Namen der Toten des NKWD-Lagers in Ketschendorf. Wir sind vor dem Friedhofsbesuch die Begrenzung des Kessels abgefahren. Ich habe die Wehrmachtsberichte dieser Tage und Wochen vorgelesen: Den Deutschen wurde das tausendfache Sterben nahe der Reichshauptstadt verschwiegen. Dann der Durchbruch der Generalität der Waffen-SS mit Panzern in Richtung Westen - die eigenen Soldaten, SS-Kameraden, Völkssturm-Männer und Jugendlichen wurden von den Panzern platt gewalzt. Und die Grabsteine trugen Namen von Jungen, die sechzehn oder siebzehn Jahre alt waren. Der Tod hatte auf einmal ein Gesicht, einen Geburts- und einen Sterbetag. Am Abend sagte einer der Aktivisten der Gruppe: »Mich wird nie jemand in einen sinnlosen Krieg schicken können!«

Frage: Wir würden Sie die Arbeit der Geschichtswerkstatt im Nachhinein bewerten?
M. F.: Einerseits positiv, auch wenn Erfolgserlebnisse wie das eben beschriebene rar gesät waren. Andererseits - wenn ich mir überlege, dass wir ein solches Projekt damals ausschließlich für Rechte initialisiert haben, in der einzigen Jugendeinrichtung in einem großen Neubaukomplex, habe ich schwere Bedenken. Aus heutiger Sicht würde ich das Projekt nur noch aus dem Blickwinkel der offenen Jugendarbeit konzipieren.

Frage: Offenheit für alle heißt dann gleichzeitig keine Toleranz für rechte Sprüche, keine Toleranz für Intoleranz?
M. F.: Ja. Entscheidend ist hier wieder die konsequente Durchsetzung der Hausordnung. Das betrifft nicht nur rechte Sprüche oder habituelle Propaganda, sondern vor allem die Musik. Ist die Musikanlage gefallen, kippt die Einrichtung. Jugendliche, die keinen Geschmack an »rechter Mucke« haben, bleiben weg, werden - so sie sich als repressionsresistent erweisen - am Zutritt gehindert bzw. müssen nach dem Besuch Spießruten laufen. Wird hier nicht spätestens der Schlußstrich gezogen, ist die kulturelle Hegemonie sehr schnell hergestellt. In ländlichen Regionen ist diesbezüglich die Prognose düster. Dort findet man kaum noch kommunale Jugendeinrichtungen. Die wenigen vorhandenen Clubs werden in der Regel von freien Trägem oder Verbänden wie der Volkssolidarität betrieben. Die Mitarbeiterinnen sind froh, überhaupt wieder in Lohn und Brot zu stehen und neigen dazu, die Augen und Ohren fest zu schließen.

Frage: Welche Fehler dürfen Ihrer Meinung nach im Umgang mit rechten und rechtsextremen Jugendlichen auf keinen Fall gemacht werden?
M. F.: Die Einrichtungen müssen für alle Jugendlichen offen stehen. Dieses Gmndprinzip haben die Besucherinnen zu akzeptieren oder sie bleiben weg. Unverzichtbar ist Kompromisslosigkeit seitens der Mitarbeiterinnen, auch wenn sie unbequem ist und oft in einen Kampf gegen Windmühlen einmündet.

Das Interview führte Sabine Kritter.
GFAJ e. V., Jugend-Bildung-Service
Immanuelkirchstraße 9, 10405 Berlin

Rezensionen

Ethnische Säuberungen/ Ethnical Displacements

Sabine Kritter

Ethnische Säuberungen - so umschrieb einmal Günther Grass die deutsche Ausländerpolitik, mit der Folge des großen Aufschreis über diese Bezeichnung.
Ethnische Säuberungen - eine Beschreibung dessen, was derzeit tagtäglich in Teilen Deutschlands praktiziert wird, ohne daß sich eine größere Empörung vollzieht.
Ethnische Säuberungen - der Name einer im September 1999 erschienenen Broschüre, die aufzeigt, daß rassistische Angriffe und Einstellungen in Deutschland schon lange keine Einzelfälle mehr sind.

Die Broschüre, herausgegeben von der Antifaschistischen Aktion Berlin in Zusammenarbeit mit der AG Antirassismus an der Universität Potsdam dokumentiert rechte Übergriffe in Berlin und Brandenburg. Eine umfassende Chronologie, die Brandenburg und Berlin vom Sommer 1998 bis zum Frühherbst 1999 beleuchtet, verdeutlicht das Ausmaß rechter Gewalt: Für den Zeitraum Januar bis Juni 1999 werden allein für das Land Brandenburg über 70 Gewalttaten gegen Personen aus rassistischen Gründen gezählt. Das sind dreimal so viele wie die, die das Brandenburger Innenministerium bekanntgab.
Gestützt werden diese Zahlen nicht nur auf Presseberichte oder - wie sonst üblich - auf die polizeiliche Kriminalstatistik, sondern vor allem auf meist aus Angst vor Racheakten von den Opfern nicht zur Anzeige gebrachte Fälle. Etliche Gespräche mit Betroffenen und örtlichen antifaschistischen Initiativen bilden die Grundlage dieser umfangreichen Dokumentation - Übergriffe, die sonst meist nicht in die Öffentlichkeit gelangen. Doch trotz der ausführlichen Recherchen und Gespräche wird die Dunkelziffer rassistischer Gewalt als immer noch um ein zigfaches höher eingeschätzt.
Im Gegensatz zu Brandenburg, wo vor allem die internationale Berichterstattung für ein größeres öffentliches Interesse gesorgt hat, wird für Berlin ein recht erstaunliches Bild gezeichnet: Selbst laut Statistik des Bundeskriminalamtes für das Jahr 1998 rangiert Berlin gemäß der Einwohnerzahl bezüglich rechtsextremer Gewalttaten noch vor Brandenburg. »In Berlin gibt die Polizei keine Meldungen an die Presse, obwohl die Stadt Schwerpunkt rassistischer Gewalt ist,« halten die Herausgeber fest. Das hat zur Folge, daß nur die aufsehenerregendsten Fälle Medienberichte nach sich ziehen.
Ergänzt werden die Chronologien durch Kommentierungen und Berichte von Betroffenen. Berichtet wird dabei über den dunkelhäutigen Fußballer aus Cottbus, der aus Angst vor Rechtsextremisten die Stadt verläßt und über den Alltag in Guben nach der tödlichen Hetzjagd auf Omar Ben Noui. Außerdem werden in Form von Hintergrundberichten Themen wie akzeptierende Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen, Rassismus bei der Polizei und das Mobilmachen ganzer Gemeinden gegen die Unterbringung von Flüchtlingen angesprochen.
Die Autorinnen der Broschüre gelangen zu dem Ergebnis, daß in Deutschland eine systematische Vertreibung von allen, die als »undeutsch« eingestuft werden, stattfindet.
Bei der Betrachtung des Umgangs der Behörden mit rechtsextremen Erscheinungen wird außerdem gezeigt, daß von ihnen diese ethnischen Säuberungen nach wie vor verharmlost und vor allem kaum direkte Maßnahmen gegen diese Entwicklung eingeleitet werden.
Das Anliegen der Broschüre liegt deshalb darauf, durch die Dokumentation der enormen Anzahl von rechten Übergriffen den öffentlichen Druck -besonders den aus dem Ausland- auf kommunale und staatliche Stellen und die deutsche Gesellschaft zu erhöhen, um auf diese Weise eine Veränderung ihres Handelns zu bewirken.
Die Broschüre, die zweisprachig in deutsch-englisch herausgegeben wurde, wendet sich daher vorrangig an ein internationales Publikum.
Die Autorinnen kommen zu dem Schluß, daß die deutsche Gesellschaft bisher kein Interesse an einer Bekämpfung von Rassismus zu haben scheint. Auch scheint eine eindeutige Positionierung gegen Rechtsextremismus und Rassismus nur aufgrund negativer materieller Folgen denkbar zu sein. Die Konsequenz daraus: Der Aufruf zum internationalen Boykott von Berlin und Brandenburg.

Ethnische Säuberungen in Berlin und Brandenburg 1998/99 - Ethnical Displacements in Berlin and Brandenburg (Germany) 1998/99
88 Seiten, deutsch-englisch

Die Broschüre ist zu bestellen bei:

Antifaschistische Aktion Berlin
Engeldamm 68
10179 Berlin
Tel: (030) 27 56 07 56
Fax: (030) 27 56 07 55

Zivilcourage gegen Rassismus?

Sabine Kritter

»Den fremdenfeindlichen Tendenzen in Brandenburg etwas entgegensetzen«, war das Ziel antirassistischer und antifaschistischer Jugendlicher, die im letzten Jahr in verschiedenen Städten Brandenburgs die »Aktion Noteingang« starteten.
Einige hundert Aufkleber mit der Aufschrift »Wir bieten Schutz und Informationen bei rassistischen und faschistischen Übergriffen!« in deutscher, englischer und polnischer Sprache kleben mittlerweile an den Eingangstüren von Geschäften und öffentlichen Einrichtungen in insgesamt 13 Städten Brandenburgs - darunter auch Städte wie Fürstenwalde und Schwedt, die für viele, die dem Augenschein nach nicht westeuropäischer Herkunft sind, in Teilen bereits zu no-go-areas avanciert sind. Die Idee, auf diese Weise sowohl rechtsextreme Übergriffe zu thematisieren, als auch eine direkte Solidarität mit den von rechter Gewalt betroffenen zu entwickeln und so zum Engagement gegen alltäglichen Rassismus zu ermutigen, entstand im

Sommer 1998 als Reaktion auf die nicht abreißende Kette rassistischer Angriffe in Brandenburg.
All denjenigen, die im Falle eines rechtsextremen Übergriffs Hilfe suchen, soll in den mit dem Aufkleber gekennzeichneten Räumen Schutz geboten werden; für sie besteht in diesen Räumen die Möglichkeit, sich vor Angreifern in Sicherheit zu bringen. Wer möchte, bekommt außerdem Kontaktadressen von Gruppen und Initiativen, die eine weitere Betreuung. Hilfeleistung und Unterstützung bei eventueller Öffentlichkeitsarbeit anbieten.
Über ein Jahr läuft die Aktion mittlerweile, nicht selten hatten die Initiatorinnen mit Kritik und Ablehnung vor allem von Seiten einiger Kommunen zu kämpfen. Trotz der großen Medienresonanz und der zumindest in einzelnen Regionen starken Beteiligung fällt daher das Resümee der Veranstalter, das kürzlich in Form einer Broschüre veröffentlicht wurde, recht verhalten aus: »Es fehlt sehr weitgehend an einer Bereitschaft zur Positionierung. Von einem offensiven und praktischen Herangehen, das zur Überwindung von rassistischem und faschistischem Gedankengut und entsprechender Praxis auf den Straßen in unseren Städten und Dörfern beiträgt, sind wir nach unseren Erfahrungen meilenweit entfernt.«
Ein Jahr Aktion Noteingang, das ist kein Grund zum Feiern, aber auch keiner zum Aufgeben. Das ist weiterhin ein Versuch, die öffentliche Diskussion mitzuprägen, zum Mitmachen zu animieren und antirassistische und antifaschistische Perspektiven zu entwickeln. So gestaltet sich auch die Broschüre: Eine Situationsanalyse der Verhältnisse in Brandenburg, die Konzeption der Aktion und die Ergebnisse des Projekts - eingebettet in Beiträge von Birgit Rommelspacher und Lars Rensmann zu möglichen Erklärungsansätzen für erstarkenden Rechtsextremismus - vor allem aber die Erfahrungen, die bei der Durchführung der Aktion in den einzelnen Städten gemacht wurden, bieten in der Broschüre Gegenstand der Auseinandersetzung.

Aktion Noteingang - Zivilcourage gegen Rassismus?
Ein Jahr Aktion Noteingang: Erfahrungen eines antirassistischen Jugendbündnisses
Preis: *4*.

Bestelladresse:
Aktion Noteingang
c/o Dosto
Breitscheidstraße 43a
16321 Bernau
Tel./Fax: (03338) 5590

Literaturempfehlungen

Becker, Gerd/Simon, Titus (Hrsg.):Handbuch Aufsuchende Jugendarbeit und Sozialarbeit: Theoretische Grundlagen, Arbeitsfelder, Praxishilfen. 324 S. 58.00 DM
JUVENTA-Verlag, 1995.

Bölting, Franz-Josef: Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Wahrnehmungen, Hintergründe, Entscheidungen. Fürd. Sek.II. Sozialwissenschaften. 192 S. 31 40.00 DM
SCHÖNINGH, 1997
ISBN: 3-506-23887-6

Buderus, Andreas: Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. Sozialpädagogische Jugendprojekte gegen Rassismus und Gewalt seit Hoyerswerda. Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven. 192 S. 29.80 DM
Pahl-Rugenstein, 1998.
ISBN: 3-89144-246-7

Büttner, Manfred (Hrsg.): Braune Saat in jungen Köpfen, 2 Bde. Grundwissen und Konzepte für Unterricht und Erziehung gegen Neonazismus und Rechtsgewalt.
450 S. 60.00 DM
SCHNEIDER VERLAG HOHENGEHREN, 1999
ISBN: 3-89676-146-3

Deinet, Ulrich: Sozialräumliche Jugendarbeit. Eine praxisbezogene Anleitung zur Konzeptentwicklung in der Offenen Kinderarbeit und Jugendarbeit. Focus Soziale Arbeit, Materialien Bd. 4,228 S. 33.00 DM
LESKE & BUDRICH, 1999.
ISBN: 3-8100-1956-9

Hafeneger, Benno: Wieder die (Sozial-)Pädagogisierung von Gewalt und Rechtsextremismus. In: Deutsch Jugend, 3/93.

Held, Joseph u. a.: »Du mußt so handeln, daß Du Gewinn machst...« Empirische Untersuchungen und theoretische Überlegungen in politischer Orientierungen jungendlicher Arbeitnehmer, Diss-Texte Nr. 18, Duisburg 1991.

Möller, Kurt/Schiele, Siegfried (Hrsg.): Gewalt und Rechtsextremismus. Ideen und Projekte für soziale Arbeit und politische Bildung. Schwalbach/Ts. 1996.

Jelloun, Tahar Ben: Papa, was ist ein Fremder? Gespräch mit meiner Tochter. Rowohlt Berlin 1999.

Kalb, Peter E./Sitte, Karin/Petry, Christian (Hrsg.^Rechtsextremistische Jugendliche, was tun? 5. Weinheimer Gespräch. Beltz Pädagogik, 199 S., 34.00 DM; BELTZ 1999

Krafeld, Franz J.: Die Praxis Akzeptierender Jugendarbeit. Konzepte, Erfahrungen, Analysen aus der Arbeit mit rechten Jugendcliquen. In Zusammenarbeit mit Elke Lutzebäck, Gisela Schaar, Carola Storm u. a. 163S. 24.80 DM
LESKE & BUDRICH, 1996
ISBN: 3-8100-1559-8

Kress, Dietmar: Zum Aufbau der Jugendhilfe und Jugendarbeit in den neuen Bundesländern. Eine soziologische Analyse ausgewählter Beispiele. Diss. Focus Soziale Arbeit, Materialien Bd. 3., 244 S. 29.00 DM
LESKE & BUDRICH, 1997
ISBN: 3-8100-1902-X

Kursbuch: Begr. v. Hans M. Enzensberger. Hrsg. v. Karl M. Michel u. Tilman Spengler
Bd. 134 Auftritt von rechts. 187 S. 18.00 DM
Rowohlt, 1998
ISBN: 3-87134-134-7

Möller, Kurt/Schiele, Siegfried (Hrsg.): Gewalt und Rechtsextremismus. Ideen und Projekte für soziale Arbeit und politische Bildung. Schwalbach/Ts. 1996.

Stickelmann, Bernd (Hrsg.):Zuschlagen oder Zuhören: Jugendarbeit mit gewaltorientierten Jugendlichen. 208 S. 29.80 DM
JUVENTA, 1996
ISBN: 3-7799-0256-7
In diesem Band wird gelungene sozialpädagogische Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen beschrieben. Drei Ansätze markieren unterschiedliche Zugänge zu gewaltbereiten und rechtsorientierten Jugendlichen.

Wendt, Peter-Ulrich/Schmidt, Wilhelm/Neumann, Ulf (Hrsg.): Managementkonzepte in der modernen Jugendarbeit. 208 S. 29.00 DM
SCHÜREN PRESSEVERLAG, 1999
ISBN: 3-89472-255-X

Jugendgewalt im Brennpunkt, Auswege aus der Verstrickung von No-future-Gefühl und Randale: Fünf Modellprojekte im Hessischen Jugendaktionsprogramm gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Von Christiana Klose, Helmholt Rademacher, Benno Hafeneger u. a. 200 S. 36.00 DM
LESKE & BUDRICH, 1999
ISBN: 3-8100-2480-5

Sturzbecher, Dietmar; Freytag, Ronald: Antisemitismus unter Jugendlichen in Deutschland. Unterrichtsbausteine für die politische Bildung. 200 S. 49.80 DM
HOGREFE-VERLAG, 1999
ISBN: 3-8017-1169-2 (Erscheint November 1999)

Tiedemann, Markus: »In Auschwitz wurde niemand vergast«. 60 rechtsradikale Lügen und wie man sie widerlegt. Neuauflage. 183 S. 24.80 DM
ISBN: 3-86072-275-1
VERLAG AN DER RUHR, 1999 (Erscheint 4. Quartal 1999)

Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Was tun gegen rechts: (Antifa Edition). 1999. 248 S. 34.90 DM
ELEFANTEN PRESS, 1999.
ISBN: 3-88520-749-4

Service

Adressen

Berlin

RAA Berlin
Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen,
Jugendarbeit und Schule e. V.
Chausseestr. 29
10115 Berlin
Tel.: 49 (030) 282 96 27
Fax: 49(030)238 43 03
e-mail: RAA-Berlin@t-online.de
Mediathek der RAA: Tel.: (030) 238 43 02

Zentrum Demokratische Kultur
Rechtsextremismus. Jugendgewalt, Neue Medien
Chausseestr. 29
10115 Berlin
Tel.: 49 (030)28 39 15 32
Fax: 49 (030)238 43 03
ZDK Berlin @ aol.com

Amadeu Antonio Stiftung -
Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur
Chausseestr. 29
10 115 Berlin
Tel: 49 (030) 28 39 05 43
Fax: 49 (030) 238 43 03
e-mail: amadeu@RAA-Berlin.de

ARiC Berlin e. V.
Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum
Chausseestr. 29. 10115 Berlin
Tel.: 49 (030) 30 87 99-0
Fax: 49 (030) 30 87 99 12
e-Mail:ARIC-BERLIN@ IPN-B.comlink.apc.org
http://www.ipn.de/aric

»Anti-Defamation Forum« e. V
Jüdisches Forschungs-, Dokumentations- und
Kommunikationszentrum
Oranienburger Straße 31
10117 Berlin
Tel.: 49 (030) 283 65 52
Fax: 49 (030) 282 98 69

AntidiskriminierungsBüro Berlin
im Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalderstr. 4
10405 Berlin
Tel/Fax: 49 (030) 20 42 511

Bündnis gegen Rechtsextremismus -
für ein solidarisches Treptow
Rodelbergweg 6
: 2-137 Berlin
TeLFax: 49 (030)532 89 22

Antifaschistische Aktion Berlin
Engeldamm 68
10179 Berlin
Tel: (030) 27 56 07 56
Fax: (030) 27 56 07 55

Antirassistische Initiative Berlin
Yorckstr. 59
10965 Berlin
Tel.: 49 (030)785 72 81
Fax: 49 (030) 786 99 84
e-mail: Art-@VlBerlin.comlink.de

Antifa - Treptow
Bund der Antifaschisten e. V.
c/o Begegnungsstätte »pro«
Kiefholzstr. 275
12437 Berlin
Tel./Fax:49 (030) 532 86 44
http ://www. trepto w. de/antifa. htm

Bund der Antifaschisten
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Gewerkschafterlnnen gegen Rassismus und Faschismus
c/o DGB Jugend- und Kulturetage im Olof Palme Jugend-
zentrum
Brunnenstr. 125
13355 Berlin

Initiative gegen Rechtsextremismus Lichtenberg
Kontakt über: Giyasettin Sayan
Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

Reistrommel e. V.
Beratungszentrum für ausländische Mitbürgerinnen
Rhinstr. 139
Haus 1
10315 Berlin
Tel.: 49 (030) 549 57-447
Fax: 49 (030) 549 57-448

Gesellschaft zur Förderung angewandter Jugendforschung
(GFAJ e.V.)
Immanuelkirchstr. 8
10405 Berlin
Tel: (030) 442 80 32
Fax: (030)442 70 93

Iskra e. V. - Verein zur Förderung selbstgestalteter
Jugendkultur
Engeldamm 68
10179 Berlin

Forschungsgesellschaft Flucht und Migration
Gneisenaustr. 2a
10 961 Berlin

Brandenburg

RAA Brandenburg e. V.
August-Bebel-Str. 88
14482 Potsdam
Tel: 49 (0331)747 80-0
Fax: 49(0331)747 80 20

Opferperspektive
c/o RAA
August-Bebel-Str. 88
14482 Potsdam
Tel: (0171) 19 35 669

Bildungsoffensive 2000
Projekt des demokratischen JugendFORUM e. V.
Breitscheidstr. 43a
16321 Bernau

Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt
Bahnhofstr. 45
03046 Cottbus
Tel: (0172) 75 85 772

Jugendbündnis »Aktion Noteingang«
c/o Dosto
Breitscheidstr. 43a
16321 Bernau
Tel/Fax: (03338/5590)

RAA Angermünde
Berliner Str. 72
Haus II
16278 Angermünde
Tel: 49 (03331) 252 20 80, Fax: 49 (03331) 252 20 80

RAA Belzig
Niemöllerstr. 66
14 806 Belzig
Tel: 49 (033841)31 81 0

RAA Eberswalde
Am Bahnhof Eisenspalterei
16 225 Eberswalde
Tel/Fax: (03334) 28 54 87

RAA Lübbenau
Straße des Friedens 3a
03222 Lübbenau
Tel/Fax: 49 (03542) 39 58

RAA Forst
Richard-Wagner-Str.37
03149 Forst

RAA Frankfurt/Oder
Große Oderstr. 26/27
15230 Frankfurt/Oder
Tel/Fax: 49 (0335) 552 40 66

»Für ein tolerantes Eberswalde«, Netzwerk gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
c/o Ausländerbeauftragte Kreisverwaltung Barnim
Rudolf-Breitscheid-Str. 36
16225 Eberswalde
Tel: (03334) 214 866
Fax: (03334) 23 97 60

Antifaschistische Jugend Brandenburg
Hauptpostamt, Postfach 15 37
14 731 Brandenburg a. d. Havel

RAA Strausberg
Europäische Kinder- und Jugendbegegnungsstätte »Brücke«
Rosa-Luxemburg-Str. 9
15344 Strausberg

RAA Storkow
Friedensdorf 11
15859 Storkow
Tel/Fax: 49 (033678) 711 46

RAA Wittenberge
Schulplatz 4/5
19322 Wittenberge
Tel/Fax: 49 (03877) 60 76 2

Mecklenburg-Vorpommern

RAA Rostock
Wendenstr. 7
18055 Rostock
Tel.: 49 (0381)459 10 02
Fax: 49 (0381)459 10 02

RAA Schwerin
Kömerstr. 17
19055 Schwerin
Tel/Fax: 49 (0385) 56 30 30

RAA Waren
Lange Str. 17
17192 Waren/Müritz
Tel: 49 (03991)66 70 44
Fax: 49 (03991)66 70 43

Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern
c/o Büro der Ausländerbeauftragten
Fiesenstr. 29
19059 Schwerin
Tel./Fax: 49 (0385) 743 42 04

Sachsen-Anhalt

Bund der Antifaschisten/Antifa Halle
Große Klausstr. 11
06108 Halle
Tel.: 49 (0345) 202 12 79
Fax: 49 (0345)202 12 79

Arbeitskreis Antifaschismus
c/o Blaue Welt Archiv
Uhlandstr. 8
39108 Magdeburg

Sachsen

Flüchtlingsrat Sachsen e. V.
c/o Ausländerrat Dresden
Heinrich-Zille-Str. 6
01219 Dresden
Tel.: 49 (0351)471 40 39
Fax: 49 (0351)471 40 39

RAA Hoyerswerda
Straße des Friedens 27
02977 Hoyersw erda
Tel.: 49 (03571 (416 072
Fax: 49 (03571i 924 047

Bündnis gegen Rechts Leipzig
Postfach 54
04251 Leipzig

Sächsische Arbeitsstelle für Schule und Jugendarbeit
Hohenthalplatz 2 a
01067 Dresden
Tel: 49 (0351)490 68 6^

Thüringen

Verein für Arbeitnehmerbildung
DGB-Bildungswerk Thüringen e. Y.
Juri-Gagarin-Ring 150
99084 Erfurt
Tel.: 49 (0361)596 13 94
Fax: 49 (0361)596 12 46
e-mail: dgbbwt@t-online.de
http://www.dgb-bwt.com

Landesarbeitsgemeinschaft Antirassismus/Antifaschismus Thüringen
c/o Bildungswerk Thüringen e. V
Juri Gagarin-Ring 150
99084 Erfurt
Tel.: 49 (0361)659 98 0
Fax: 49 (0361)659 98 99

Die Adressen wurden der ARiCbase-Adreßdatenbank entnommen. Sie enthält 3000 Datensätze für Berlin und Neue Bundesländer. Programm und Anleitung sind auf Diskette **zum** Preis von 59,00 DM plus Versandkosten zu beziehen **bei:**
ARiC Berlin e.V., Chausseestr. 29, 10115 Berlin, Fon: **030-30 87** 99-0, Fax: 030-30 87 99 12
E-Mail: ARIC -B ERLIN @IPN-B.comlink.apc.org

Im Angebot

Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, Rechtsextremismus, Jugendgewalt, Neue Medien

Bulletin 1/1997
Kulturelle Hegemoniebestrebungen Rechtsextremer in der Jugendszene.
Dokumentation; enthält Chronik rechtsextremistischer Vorfälle NBL 1996
Freiwillige Schutzgebühr: 5,00 DM + Versandgebühr

Bulletin 2/1997
Rechtsextreme Militanz - kulturelle Hegemonie - Rechtsextreme in den Neuen Medien; enthält Chronik rechtsextremistischer Vorfälle NBL Januar bis März 1997
Freiwillige Schutzgebühr: 5,00 DM + Versandgebühr

Bulletin 1/1998
»National befreite Zonen« - Vom Strategiebegriff zur Alltagserscheinung, enthält Chronik rechtsextremistischer Vorfälle NBL April bis Juli 1997
Freiwillige Schutzgebühr: 5,00 DM + Versandgebühr

Bulletin 2/1998
»Die Rechten in Berlin oder wie sich Ost und West ergänzen«, enthält Chronik rechtsextremistischer Vorfälle NBL Januar bis März 1998
Freiwillige Schutzgebühr: 5,00 DM + Versandgebühr

Bulletin 3/1998
Rechtsextremismus heute. Eine kurze Einführung für Lehramt, Verwaltung, Polizei, Justiz und soziale Arbeit
Freiwillige Schutzgebühr: 5,00 DM + Versandgebühr

Bulletin 4/1998
Handeln für mehr Demokratie ist Handeln gegen Rechtsextremismus - Möglichkeiten der Intervention

Bulletin-Sonderausgaben:
Chronik rechtsextremer Vorfälle in den neuen Bundesländern 1997.
Chronik rechtsextremer Vorfälle in den neuen Bundesländern 1998.
Bernd Wagner: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern. Studie.
Freiwillige Schutzgebühr: 5,00 DM + Versandkosten

Das Bulletin kann bestellt werden beim
Zentrum Demokratische Kultur, Rechtsextremismus, Jugendgewalt, Neue Medien
Chausseestr. 29, 10115 Berlin
Telefon +49 (030) 282 96 27 und 28 39 15 32
Fax +49 (030) 238 43 03
e-mail: ZDKBerlin@aol.com

Zentrum Demokratische Kultur
Rechtsextremismus, Jugendgewalt, Neue Medien

Chausseestraße 29
10115 Berlin
Telefon +49 (030) 282 96 27 und 28 39 45 32
Fax (030)23843 03